Nr. 84. 17. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 10. April 1900. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin"

Junkertum oder Industrie.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat der engere Vorstand des „Bundes der Landwirte", das heißt das Trifolium Hahn-Wangenheim-Rösicke, einen langen Kampfartikel erlassen, den er „Zur Klärung der Lage" betitelt. Und zur Klärung der heutigen politischen Situation ist der famose Erlaß allerdings vortrefflich geeignet, wenn auch in andrem Sinne, als seine Verfasser beabsichtigt haben mögen. Was aus der Art und Weise des Vorgehens der Agrarier für jeden, der das bauernschlaue Spiel der Herren kennt, sofort deutlich wurde, von den Rednern für das Fleischeinfuhrverbot und den agrarischen Blättern aber unter der Miene der in ihren heiligsten Gefühlen gekränkten ländlichen Unschuld versteckt wurde, die Thatsache, daß das verlangte Fleischeinfuhrverbot nichts andres sein sollte als die erste Etappe im „Entscheidungskampf um die Wiedererrichtung eines ausreichenden Schutzes der Produktion der deutschen Landwirtschaft durch einen neuen Zolltarif", das wird jetzt in diesem ungeschickten Machwerk der Bundesleitung, [das freilich auch für alle Fälle bereits auf etwaige Reichstagswahlen und die ländliche Stimmung gegen die „gräßliche Flotte" Rücksicht nimmt, offen zugestanden. Die Maske, als handle es sich um den Schutz der Volksgesundheit, um Trichinengefahr und Volkswohlfahrt, wird fallen gelassen und als Ziel nur noch der „ausreichende" Zollschutz, die möglichste Verteuerung der Lebensmittel verkündigt. Stellt sich diesem Begehren die Regierung entgegen, so muß auch sie als Feind gelten; dann giebts nur eine Politik: die Politik strikter Opposition, auch bezüglich der Flottenforderungen. Zwar haben die Herren so oft erklärt, auf der Reichstags-Tribüne wie in der Presse, daß ihr patriotisches Herz sie bestimme, für die Flottenvorlage einzutreten, aber Voraussetzung war dabei, daß die patriotischen Herzenszuckungen recht hoch auf Reichskosten honoriert würden, womöglich mit beträchtlichem Agio. Nun, wo die Leitung des Bunds der Landwirte annehmen zu können meint, daß das Honorar nicht ganz ihren bekannten bescheidenen Erwartungen entsprechen wird, mag der vielgerühmte Patriotismus sich zum Teufel scheren. Mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit heißt es im Aufruf: „Die Berücksichtigung der Landwirtschaft bei den kommenden Handelsverträgen kann nur dann erreicht werden, wenn die Abgeordneten, die die landwirtschaftlichen Interessen im Reichstag zu vertreten haben, jede gouvernementale und persönliche Rücksichtnahme schwinden lassen und „rein sachliche Politik" treiben, eine Politik, vor der die Regierung der Linken gegenüber stets kapitulierte." Was unter dieser „rein sachlichen Politik", die in seiner Ungeschicktheit das Hahn-Wangenheimsche Machwerk bei der Linken anerkennt, zu verstehen ist, unterliegt keinem Zweifel: rücksichtslose oppositionelle Interessenpolitik.

Die komische Aufregung der modernen Don Quixotes, ist, wie ungeschickt es trotzdem auch von ihnen sein mag, ihren wahrsten Herzensgefühlen so unverhohlenen Ausdruck zu geben, aus ihrer seltsamen Geistesverfassung heraus nur zu begreiflich. Alles war so schön eingefädelt. Zunächst sollten als Abschlagszahlung auf die Zustimmung zur Flottenvorlage unter hilfreichem Beistand des agrarischen Teils des Centrums und des an dem Zustandekommen der Flottenvermehrung interessierten Nationalliberalismus das Fleischeinfuhr-Verbot durchgesetzt und darauf bei Gelegenheit des weiteren Kampfs für die Flotte als Entgelt noch einige niedliche Nachforderungen gestellt werden: die auswärtige Konkurrenz ausschließende Zölle auf Obst und frisches Gemüse, ein Pferde-Einfuhrverbot, vielleicht auch eine für später in Aussicht zu nehmende Erhöhung der Getreidezölle. Diese Errungenschaften gedachte man dann, wie sich aus den Auslassungen der agrarischen Presse zur Zolltariffrage genugsam ergiebt, als agrarische Minimalzollsätze einem sogenannten Minimaltarif zu Grunde zu legen, unter den bei den Verhandlungen über die ablaufenden Handelsverträge die Regierungsunterhändler nicht herunter gehen durften. Damit hätten, wie die „Berliner Politischen Nachrichten" neulichs ausführten, die Agrarier sich „dem sichern Gefühl hingeben können, daß ein gewisser Schutz ihnen auf alle Fälle gewahrt bleiben muß und daß unter dieser Grenze ihre Interessen nicht zur Erreichung von Konzessionen auf andren Gebieten geopfert werden können". Daß unter diesen Umständen den Staaten, die vorzugsweise in Deutschland landwirtschaftliche Produkte einführen, wie z. B. den Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland, von vornherein der Abschluß von neuen Handelsverträgen verleidet worden wäre, darüber befinden sich die Herren ebenso wenig im Zweifel, als über die Folgen, die ein solches Abschließungssystem haben muß. Im Gegenteil, eine Durchlöcherung der ganzen heutigen Handelsvertrags-Politik wäre ihnen in mancher Beziehung nicht unwillkommen; denn die von diesen Ländern unzweifelhaft ergriffenen Repressivmaßregeln würden nicht die Landwirtschaft, sondern die deutsche Exportindustrie, den Auslandshandel und den deutschen Schiffsverkehr treffen. Von einem Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten schreckt die edelen Bündler sogar nicht die anerkannte Thatsache ab, daß ein solcher Krieg ziemlich zweifellos mit einem Siege der Union enden muß, denn diese bezieht von Deutschland fast ausschließlich Industriewaren, die sie auch von England, Frankreich, Belgien erhält, während sie nach Deutschland neben Lebensmitteln vorzugsweise Rohstoffe liefert, die, wie zum Beispiel Baumwolle, die deutsche Industrie nicht entbehren kann.

Der Plan war nicht schlecht ausgeheckt; aber in seiner Selbstüberhebung übertrieb das Junkertum gleich von vornherein seine Forderungen und weckte dadurch die Gegenaktion der Großindustriellen und Schiffsreeder, denen trotz aller Flottenschwärmerei die ihren materiellen Interessen drohende Gefahr nicht verborgen blieb. Der Erfolg der übereilten Kraftprobe ist verschärftes Mißtrauen auf beiden Seiten und eine weitere Verschlechterung des seit dem Kanalsiege des Junkertums zwischen diesem und der Krone bestehenden gespannten Verhältnisses.

Es erscheint keineswegs ausgeschlossen, daß nicht immerhin noch das Junkertum in nächster Zeit einzelne seiner Forderungen durchsetzt, und insbesondere die preußische Regierung wird offen und versteckt es an kleinen oder großen Liebesgaben für die Agrarier nicht fehlen lassen, aber zu dem Ziel, das es zu erreichen hoffte, wird es nicht gelangen, auch nicht, wenn es sich zu der von den Herren Hahn und Wangenheim vorgeschlagenen junkerlichen Oppositionspolitik versteht. Die Nationalliberalen können beim besten Willen, so sehr auch manchen sein Herz zur agrarischen Brüderschaft zieht, nicht mitthun, und noch weniger dürfte das Centrum geneigt sein, zur Stärkung des Bundes der Landwirte der feucht-fröhlichen Führerschaft des Herrn Hahn zu folgen. Selbst unter den nicht zum agrarischen Mischmasch gehörenden Konservativen wird die Oppositionspolitik schwerlich großem Verständnis begegnen.

Alle Ueberhebung des Junkertums, alle Rücksichtslosigkeit, mit der es auftritt, vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß es mit seiner politischen Herrschaft bergab geht, mag es auch heute noch die wichtigsten Machtmittel des Staates, Heer und Bureaukratie, ziemlich fest in der Hand halten und namentlich in Preußen allen Fortschritt mit schwersten Gefahren bedrohen. Die wirtschaftliche Entwicklung bröckelt, wenn auch nur langsam, von dem Fundament, auf dem es steht, ein Stück nach dem andern ab, und gerade die letzten Jahre haben an ihm manche Verwitterungsspuren zurückgelassen. Die Bourgeoisie, die gegen das Fleischeinfuhrverbot Front machte, ist doch nicht mehr so ganz die alte von vor zehn Jahren. Der Unterschied kommt, weil die Veränderung erst begonnen hat, nur noch nicht völlig zum Bewußtsein. Nicht nur, daß in den letzten Jahren der Prosperität die Industrie mächtig fortgeschritten ist, der Außenhandel eine gewaltige Ausdehnung annimmt, und damit immer weitere kapitalkräftige Kreise sich mit ihren Existenzbedingungen in einen Gegensatz zu den agrarischen Bestrebungen versetzt finden, auch der Charakter des Kapitalismus hat sich verändert. Hinter den großen industriellen Unternehmungen steht heute vielfach nicht mehr der einzelne oder eine beschränkte Gesellschaft, sondern mächtige Banken und Bankgruppen, deren Einfluß auf alle Zweige des wirtschaftlichen Lebens ein ungleich weitreichenderer ist, als der einer industriellen Aktiengesellschaft. Und zugleich nehmen die großen Betriebe immer gewaltigere Formen an, ziehen immer weitere Interessenkreise in ihren Bann, ja verknüpfen mit sich das Schicksal ganzer Gegenden, wie z. B. die großen Bergwerks- und Hüttenbetriebe, die Schiffswerften, Schiffahrtsgesellschaften usw. Es ist ein andrer Kapitalismus, der sich dort zu regen beginnt, energischer, agressiver, weniger geneigt, für kleine Zugeständnisse sich seine Bewegungsfreiheit durch agrarische Landwirtschaftsretterei einengen zu lassen.

Mit dieser Ausdehnung ist auch das Interesse der Großindustrie am Zollschutz im Schwinden. War einst die Industrie gezwungen, der Landwirtschaft Konzessionen zu machen, um mit Hilfe des Agrariertums seine Schutzzollforderungen durchzubringen, so besteht heute diese Notwendigkeit nicht mehr. Die meisten unsrer großen Industrien haben gar keine, oder doch nur noch in einzelnen Branchen, ein Interesse an Zöllen; sie sind zu Weltmarkts-Industrien geworden, welche die auswärtige Konkurrenz aufnehmen können. Macht aber derart in dem Verhältnis zwischen der Großindustrie und dem Junkertum eine Entfremdung sich bemerkbar, so zeigt sich auf der andren Seite, zwischen dem Industrie- und Handelskapital, eine Annäherung. So lange der Importhandel meist fremde Fabrikate einführte, erblickte der Industrielle vielfach in dem Importeur seinen Feind, der ihm den einheimischen Markt verengerte; heute, wo die Einfuhr mehr und mehr auf Lebensmittel und Rohstoffe übergeht, schädigt der Auslandshandel den Industriellen nicht mehr. Im Gegenteil, die Industrie bedarf dieses Handels zum Bezug ihrer Rohstoffe und zur Absetzung des fertigen Fabrikats.

So geht die Entwicklung langsam aber sicher ihren Weg zur Untergrabung der Junkerherrschaft. Je mehr Deutschlands Industrie sich ausbreitet, je mehr muß sie sich in den Agrarländern ein Absatzgebiet für ihre Erzeugnisse sichern, und das kann sie nur, wenn Deutschland für die gelieferten Industriewaren die landwirtschaftlichen Produkte dieser Länder gewissermaßen in Rückvergütung nimmt. So stehen sich trotz aller schönen Phrasen Junkertum und Industrie gegenüber, — der Ausgang des Interessenstreits kann nicht zweifelhaft sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. April.

Von der kaiserlichen Werft in Kiel.

Aus Kiel wird uns geschrieben:

Unsre Mitteilungen über die kaiserl. Werft in Kiel haben in die Kreise der höheren Werftbeamten wie ein Donnerschlag eingeschlagen. Die Baubeamten des „Fürsten Bismarck" und die in Frage kommenden des Schiffsbauressorts bis herab zum geringsten Werkführer in der Schlosserei liefen gleich dem brüllenden Löwen herum. Erregte Konferenzen wurden abgehalten. Wer mag diese Dinge ausgeplaudert haben?

Am Freitagnachmittag sind in der Schlosserei ca. 15—20 Arbeiter plötzlich beauftragt worden, den Aufbewahrungsort der Fensterblenden aufzuräumen. Bis zum Sonnabendmittag haben die Leute daran gearbeitet, alles auf dem Boden aufgestapelte Material, die Zeugen verfehlter Arbeit, in die Schmiede zu schaffen. Deckverschraubungen, Kohlenbunkerdeckel, Dampfventile, Messingrohre usw. — alles ist unter dem Dampfhammer der Schmiede zusammengeschlagen und dann ins alte Metall geschafft worden.

Für Tausende von Mark früher unbrauchbar gewordene Arbeit ist dort jetzt endgültig aus der Welt geschafft und reif für die Schmelze geworden. Man hat es eilig gehabt, die Zeugen zahlreicher verfehlter Konstruktionen zu beseitigen. —

Ländliches zur lex Heinze.

Ueber die Sittlichkeit auf dem Lande giebt es jetzt eine eigentümliche gerichtliche Feststellung. Der „Bote aus dem Riesengebirge" berichtet:

„Wissentlich falsche Anschuldigung wird dem Rittergutsbesitzer Georg P. aus Wiesa zur Last gelegt. Noch vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wird wegen Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Das öffentlich verkündete Urteil lautet auf Freisprechung. Wie aus der Urteilsbegründung hervorgeht, hatte P. gegen eine bei ihm früher bedienstete Wirtschafterin, die ihn der versuchten Notzucht an ihr beschuldigte, Privatklage erhoben. Der Spieß wurde aber umgedreht und P. wegen wissentlich falscher Anschuldigung angeklagt. Der Gerichtshof hat aber weder objektiv in dem Vorfall, der der Wirtschafterin zu der Beleidigung den Grund gegeben, die Thatmerkmale der versuchten Notzucht feststellen können, noch aber subjektiv bei dem Angeklagten das Bewußtsein bei der Anstrengung der Privatklage, daß er sich durch sein Verhalten eines solchen Versuchs schuldig gemacht hatte. Dem Angeklagten ist hierbei die **auf dem Lande gebräuchliche „Annahme"**, daß **Personen in dergleichen Stellungen**, wie die der Zeugin, die sich zu **unverheirateten Dienstherren** vermieten, **auch denselben sonst gegenüber gefällig** sind, zu gute gerechnet worden. Es ließ sich deshalb nicht die Feststellung der wissentlich falschen Anschuldigung treffen. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt."

Diese jetzt gerichtsnotorische Annahme über das Agrarpaschawesen ist abermals ein Beweis, daß die Konservativen mit ihrer in der zweiten Lesung der lex Heinze erfolgten Zustimmung zu dem Arbeitgeber-Paragraphen eine ebenso lächerliche wie ekelhafte Farce der Heuchelei aufgeführt haben. Sie wußten wohl, warum sie in der dritten Lesung dann „schweren Herzens", aber mit bereiter Begier auf die Bestimmung verzichteten, die einen großen Teil der ländlichen Arbeitgeber schwer bedroht haben würde. —

* * *

Deutsches Reich.

Folgen des amerikanischen Pökelfleisches.

Das amerikanische Pökelfleisch scheint in der That bedenkliche Wirkungen zu haben, allerdings nur für diejenigen, die es nicht essen: Die Agrarier wollen lieber den Tod in der Schlacht sterben, als arme Leute amerikanisches Pökelfleisch essen sehen. Das beteuert ein Herr v. Kamele-Biziker in der „Deutschen Tages-Zeitung:

„Ich sage in Uebereinstimmung mit meinen Berufsgenossen, ob großen oder kleinen ist egal: „Lieber gar kein Gesetz, als eins nach dem Herzen der Herren Minister." Und wenn ich vorher sagte, kein Minister hoffe hoffentlich einen Socialdemokraten durch die Behandlung dieser Frage für die Flotte zu gewinnen, so sage ich jetzt als meine unumstößliche Ansicht, für die ich Belege habe: Bei einem großen Teile der Landwirte erreichen die Herren das Gegenteil. Viele werden durch solche Vorgänge aus Freunden **der Flotte Gegner,** allein durch diese Sache. Denn ich kann es wohl verstehen, daß man **als guter Pommer lieber den ehrenvollen Tod im Felde gegen England sterben will auch ohne Flotte, als den wirtschaftlichen, schrecklichen und langsamen unter der jetzigen Regierung."**

Kein Fleischwucher — keine Flotte! Pökelfleisch oder Panzerschiff — das ist die agrarische Frage. Ehe denn das amerikanische Fleisch in das deutsche Land einbricht, lieber geht der gute Pommer flottenlos gegen die Engländer in den Kampf und stirbt.

So furchtbar wirkt amerikanisches Pökelfleisch! —

Konservative Lügenpolitik. Da den Konservativen selbst von den Regierungen bezeugt wird, daß ihre Wünsche zum Fleischbeschau-Gesetz zur Schädigung nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirtschaft führen müssen, unternimmt die „Konf. Korresp." den Versuch, die ihr lästigen Anklagen durch lügnerische Ausstreuungen gegen die Socialdemokratie zu verdrängen. Der socialdemokratische Antrag, der die Hausschlachtungen unter dieselbe gesundheitliche Kontrolle stellen will wie andre Schlachtungen, habe nur den Zweck, „die Landwirte zu schädigen". „Gerade die kleinen Leute auf dem Lande und in Landstädten würde die Einführung einer doppelten Kontrolle bei Hausschlachtungen am schwersten betreffen".

Das ist ein rechtes Beispiel konservativer Gewissenlosigkeit im politischen Kampf. Die „Konf. Korresp." weiß genau, daß die socialdemokratische Fraktion des Reichstags einen Antrag gestellt hat, durch den die Kosten der Kontrolle der Hausschlachtungen den kleinen Landwirten abgenommen und der Gesamtheit auferlegt werden würden. Die Konservativen aber haben sich gegen diesen Antrag erklärt. Sie haben zudem den Hausschlachtungs-Paragraphen so gestellt, daß der Verkauf kranken Fleisches, wenn er nur nicht gewerbsmäßig geschieht, erlaubt bleiben soll.

Nur durch faustdicke Unwahrheiten glaubt das Organ der konservativen Partei die Absichten der Socialdemokratie bei der Landbevölkerung herabsetzen zu können. —

Attentatsjobber. Die „Post" und die „Konf. Korresp." versuchen noch immer, für den 5-Franks-Schuß des belgischen „Transvaal-Rächers" den Anarchismus und die ihm „befreundete" Socialdemokratie verantwortlich zu machen.

Aber es ist doch bereits festgestellt, daß der „Kladderadatsch" an der grausen That schuld sei, und der ist doch weder socialdemokratisch noch anarchistisch.

Nebenbei bemerkt die „Konf. Korresp." selbst, daß niemand glauben könne, „der politisch ganz indifferente britische Prinz sei von einem politischen Fanatiker als Opfer ausersehen worden".

Was will das Organ also eigentlich beweisen? Das schlechte Gewissen wegen der Englandhetze hat das Gemüt der amtlich-konservativen Korrespondenz anscheinend heillos verwirrt. —

Landtagswahl in Breslau. Die Breslauer Parteigenossen nahmen am Sonntag in einer zahlreich besuchten Versammlung Stellung zu der durch die Ungültigkeitserklärung der drei freisinnigen Mandate nötig gewordenen Breslauer Landtags-Neuwahl. Genosse Julius Bruhns charakterisierte in seinem die Debatte einleitenden Vortrag zunächst scharf die lügnerischen Behauptungen konservativer und ultramontaner Blätter und Parteimänner, die socialdemokratischen Wahlmänner hätten sich für die Freisinnigen durch Bestechung gewinnen lassen. Redner legt im weiteren dar, daß, da es sich nur um Ersatzwahlen für die durch Tod, Wegzug oder Kassierung erledigten Wahlmänner-Mandate handle, das Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien sich nicht wesentlich ändern könne. Den Breslauer Socialdemokraten sei es nicht nur vom politischen Interesse geboten, sondern in diesem Falle auch noch eine Ehrensache, den Sieg der reaktionären Kandidaten zu verhindern und also für die bisherigen freisinnigen Abgeordneten einzutreten.

Nach einiger Diskussion wurde fast einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Parteiversammlung beschließt:

In der Erwägung, daß unter allen Umständen der Sieg reaktionärer Kandidaten zum Landtag verhindert werden muß, auch im Interesse der Socialdemokratie, bei den kommenden Neuwahlen der Breslauer Landtags-Abgeordneten auf das entschiedenste für die Wiederwahl der drei bisherigen freisinnigen Abgeordneten einzutreten.

Die Versammlung weist ferner die verleumderischen Beschimpfungen der socialdemokratischen Wahlmänner durch konservative und ultramontane Preßorgane und Parteivertreter entrüstet zurück und erklärt, daß die Socialdemokraten Breslaus es nunmehr als ihre ganz besondere Ehrensache ansehen, den Sieg der verbündeten Konservativen und Ultramontanen zu verhindern."

Einstimmig wurde dann noch das bisherige Wahlkomitee mit den Arbeiten für die Neuwahl beauftragt. —

Zur bündlerischen Kriegserklärung bemerkt die konservative „Schlesische Zeitung":

„Wenig stichhaltig erscheint es, wenn zur Rechtfertigung des schroffen Vorgehens behauptet wird, es handle sich nicht um das bisher eingeführte geringe Quantum Pökelfleisch (etwa 5 Proz. der gesamten Einfuhr von Fleischprodukten), sondern um eine Generalprobe für den Entscheidungskampf um die Wiedererrichtung eines ausreichenden Schutzes der Produktion der deutschen Landwirtschaft durch den neuen Zolltarif."

Auch meint das genannte Organ, daß die Erklärung des engeren Vorstandes nur der Ausdruck der Stimmung einiger Werbe-Offiziere sei, die die Masse nicht hinter sich hätten. Demgegenüber versichert die „Deutsche Tages-Zeitung", daß der Aufruf nicht nur die Auffassung des Gesamtvorstands des Bundes widerspiegele, sondern sich auch mit den Ansichten der übergroßen Majorität der konservativen Fraktion decke. Weiter erklärt das Bündlerblatt, daß man es im Bundesvorstande abgelehnt habe, die Flottenforderungen irgendwie mit dem Fleischbeschau-Gesetze zu verquicken; und die Abgeordneten der agrarischen Gruppen würden bezüglich der Flottenvorlage ebenso sachlich urteilen und von rein sachlichen Erwägungen ihre Abstimmung abhängig machen, wie beim Fleischbeschau-Gesetz. Die Erklärung gipfelte in dem Wort, daß die agrarischen Vertreter nunmehr rein sachliche Politik ohne jede persönliche Rücksicht treiben müßten. Sie würden diese sachliche Politik überall treiben, auch in der Flottenfrage.

Die Bündler haben sich mit der Wendung von der nunmehr zu betreibenden **sachlichen** Politik schändlich verheddert. Was man von den „gouvernementalen" Rücksichten in dem Aufruf las, konnte sich am ehesten auf Berücksichtigung gewisser „allerhöchster" Lieblingspläne beziehen, unter denen die Flotte keine geringste Rolle spielt. Nunmehr erklärt das Organ der Bündler aber, daß es auch aus „sachlichen" Gründen für die Flotte eintreten werde, was bedeutet, daß kein Kuhhandel getrieben werden solle. Die Phrase von der „sachlichen" Würdigung soll aber wahrscheinlich nach oben Eindruck machen und den verlorenen gouvernementalen Einfluß zurückerobern helfen.

Sehr tragisch, vielleicht über Gebühr tragisch, nimmt die „Frankfurter Zeitung" den Aufruf. Sie befürchtet von der so früh einsetzenden Wühlarbeit der Agrarier einen „furchtbaren Kampf" um höhere Schutzzölle, da auch die Großindustrie zur Schutzpolitik neige. Wir halten die Chancen der Kanitzmänner für nicht ganz so günstig, möchten aber auch vor allzugroßer Vertrauensseligkeit warnen.

Sehnsucht nach dem entschwundenen Zuchthausgesetz. Die Handelskammer in Halberstadt hat folgende Resolution angenommen:

„Auf allen Gebieten unsres gewerblichen Lebens zeigt sich ein energisches Vorgehen der organisierten Arbeiterschaft auf Erweiterung ihres Machtbereichs. Mögen diese zielbewußten Bestrebungen, sofern sie mit erlaubten und lauteren Mitteln betrieben werden, an sich als berechtigt anzuerkennen sein, so hat doch die Art und Weise ihrer Bethätigung vielfach zu Mißständen geführt, welche bei Gewährung der in Betracht kommenden Rechte nicht vorausgesehen werden konnten und einer Beseitigung dringend bedürftig erscheinen.

Es hat sich gezeigt, daß die organisierte Arbeiterschaft mit großem Erfolge einen weitgehenden Zwang ausübt, welcher die Rechte der übrigen Arbeiter völlig aufzuheben geeignet ist, und daß sie jede Gelegenheit benutzt, den Einfluß und die Machtstellung der Organisationsleitung überall in einem durch die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigten Maße zu stärken.

Wir halten es daher für unsre Pflicht, im Interesse des socialen Friedens der verschiedenen Berufsstände und einer gedeihlichen und ruhigen Entwickelung der heimischen Industrie auf die bedenklichen Zustände hinzuweisen, welche infolge der Lücken in der bestehenden Gesetzgebung entstanden sind, und wünschen, daß dementsprechend **eine Gesetzesreform zur Durchführung gelangt, welche insbesondre dem ruhigen und besonnenen Teil der Arbeiterschaft den erforderlichen und lange vermißten Schutz der Staatsgewalt gegenüber den diktatorischen Anordnungen gewerbsmäßiger Hetzer in vollem Umfang gewährleistet.**"

Für einige Zeit ist ja den gewerbsmäßigen Hetzern vom Schlage der Halberstädter Handelskammerherren das Handwerk doch gelegt. Die Sorge um die Rechte „der übrigen Arbeiter" ist natürlich eitel Flunkerei; nur um eine Knebelung der Arbeiterklasse im Sinne des Zuchthausgesetzes handelt es sich, um dem Unternehmertum eine ruhige und gedeihliche Ausbeutung zu gewährleisten. —

Prinz Arenberg. Wie die Münchener „Allg. Ztg." aus Berlin erfährt, hat der Kaiser das gegen den Lieutenant in der Schutztruppe Prinz Arenberg wegen der Kainschen Affaire gefällte kriegsgerichtliche Urteil wegen unzureichender Bemessung der Strafe nicht bestätigt.

Arenberg hat bekanntlich den Kain auf die grausamste Weise ermordet.

Dekorative Kunst in der Armee. Als erneuten Beweis seiner königlichen Gnade hat der Kaiser nach dem „Militär-Wochenblatt" am 22. März den Generalen zum Interims-Waffenrock eine neue Stickerei verliehen. Er bestimmte hierzu die Stickerei, „welche von dem Regiment Alt-Larisch getragen worden ist, einem Truppenteil, der sich im siebenjährigen Krieg einen unvergänglichen Ruhm erkämpft und auch auf seinem letzten Waffengang des preußischen Namens sich würdig gezeigt hat". —

Ehrenurkunden für Arbeiter.

Aus Solingen wird uns geschrieben:

Schallende Heiterkeit wird ein Beschluß der Handelskammer zu Solingen hervorrufen, der da bestimmt, daß gewerbliche Arbeiter, die mindestens 25 Jahre in einem Betriebe beschäftigt waren, durch eine besondere Ehrung, die nebenbei der Handelskammer keine Kosten verursacht, ausgezeichnet werden. Die Handelskammer scheint zu vermuten, daß für die Arbeiterwelt noch jene Streberei fehlt, die man innerhalb der Bourgeoisie mit Ordensjagd bezeichnet. Da indessen die Handelskammer noch nicht die Befugnis hat, förmliche Orden neu zu schaffen, so begnügt sie sich vorläufig mit „künstlerisch ausgestatteten Diplomen". Die Verleihung erfolgt jedesmal in einer feierlichen Sitzung der Handelskammer. Beileibe aber wird nicht jeder, der 25 Jahre in einem Betrieb seine Arbeitskraft aufgebraucht hat, ohne weiteres mit der Ehrenurkunde ausgezeichnet. Dazu ist noch eine besondere Bescheinigung darüber nötig, daß die Arbeitsleistungen des Jubilars befriedigend waren, und daß er ferner die ganzen 25 Jahre hindurch sich einer guten Führung befleißigt habe. Als ob ein einziger Fabrikant einen Arbeiter 25 Jahre lang behielte, wenn derselbe zu seiner Unzufriedenheit gearbeitet und sich schlecht geführt hätte! Wahrscheinlich sind diese Vorbehalte besonders gemacht, um dadurch die socialdemokratischen Arbeiter, die ja bekanntlich nach solchen Ehrungen überaus lüstern sind, ein für allemal von den feierlichen Sitzungen der Solinger Handelskammer auszuschließen. Wenn durch solche Perspektiven die Arbeiter nicht endlich davon abgehalten werden, überhaupt noch Socialdemokraten zu werden, dann trifft sicherlich die Solinger Handelskammer in Zukunft keine Schuld mehr. Interessant für die Tendenz der ganzen Ehrungsgeschichte ist indessen noch folgende Nebensache. Bei der Beratung der Bestimmungen über die Verleihung von Ehrenurkunden an gewerbliche Arbeiter wurde auch angeregt, man möge diese Urkunden auch an kaufmännische Angestellte verleihen. Dagegen wurde indessen geltend gemacht, daß Bedenken obwalten müßten, die gleiche Ehrung zwei in socialer Hinsicht recht von einander abweichenden Personengruppen zukommen zu lassen — d. h. ein Diplom, das für den Arbeiter eine Ehre sein soll, das kommt einer Beleidigung gleich, wenn man es einem Handelsangestellten anbietet. Wie dankbar werden die Arbeiter im Handelskammerbezirk Solingen für diese ihnen gnädigst erwiesene Einschätzung ihrer Ehre sein!

Dresden, 7. April. (Eig. Ber.) Die Dresdner Künstler und Gelehrten hielten heute abend eine von über 1000 eingeladenen Personen besuchte **Protestversammlung gegen die lex Heinze** ab. Ansprachen hielten der Kunstschriftsteller Ferdinand Avenarius, Hofrat Professor Dr. Treu, Hoftheater-Dramaturg H. Meyer, Amtsrichter Dr. Heinze und Prof. Paul Schumann. Dem Komitee der Veranstaltung gehörten u. a. noch an: Professor Diez, Professor Gotthard Kühl, Professor Pauwels, Professor Wallot, Professor Prell, Professor Schilling, Generaldirektor Graf Seebach, Theaterintendant der königl. Schauspiele. Auf Vorschlag des Komitees wurde eine Abteilung des Goethe-Bunds gestiftet, dem sofort sämtliche Anwesende, auch die etwa 25 Journalisten am Berichterstattertisch als Mitglieder beitraten. Eine Resolution an den Bundesrat wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. — Erfreulich war es, daß sich alle Redner frei von allem byzantinisch-chauvinistischen Gepräge hielten. Besonderen Eindruck machten die Ausführungen des Amtsrichters Dr. Heinze. Daß ein amtierender sächsischer Richter die Auslegungen des Groben Unfug-Paragraphen scharf verurteilt, daß er sogar verschiedene Fälle von Bestrafungen socialdemokratischer Groben-Unfugs-Verüber mißbilligt, ist nicht unerfreulich.

Erdrosselungssteuer in Sachsen. Die Abgeordneten Dr. Schill und Opitz haben in der Zweiten Kammer nachstehenden Antrag eingebracht, der von den meisten konservativen und nationalliberalen Abgeordneten der Kammer unterzeichnet worden ist:

Im Hinblick auf das gesetzgeberische Vorgehen in andern deutschen Staaten und da die Erreichung eines befriedigenden Erfolgs im Wege der autonomen Regelung des Gegenstands durch Gemeindebeschlüsse zweifelhaft bleibt, vielfache Ungleichheiten hervorruft und jedenfalls mit vielen Schwierigkeiten und Weiterungen verbunden sein würde, wird die königl. Staatsregierung ersucht, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der unter besonderer Berücksichtigung der sächsischen Verhältnisse durch eine stärkere Heranziehung solcher gewerblichen Betriebe, welche durch die Konzentration des Handels mit verschiedenen Warengattungen oder durch von den Gebräuchen des soliden Handels abweichende Maßnahmen sich besondere Vorteile verschaffen, zu den Steuern den Schutz und die Entlastung des kleineren und mittleren Gewerbebetriebs erstrebt.

Es ist bezeichnend für das Widerspiel der kapitalistischen Interessen, daß in dem industriell so entwickelten Sachsen eine Mittelstandsretterei wie die durch exorbitante Besteuerung der Konsumvereine und Warenhäuser möglich ist. —

Gegen die Erdrosselungssteuer agitieren unermüdlich die an der Umsatzsteuer interessierten Kreise. Nicht uninteressant ist die Drohung derselben, durch eine Abänderung der Form der Warenhäuser den Mittelstandspolitikern ein Schnippchen schlagen zu wollen. So schreibt das „Warenhaus":

„Die Inhaber der meisten größeren Warenhäuser sind entschlossen, die ihnen durch das in Aussicht stehende Gesetz zugemutete neue Belastung keineswegs zu tragen. Soweit sie es nicht für angebracht halten, die Sondersteuer auf die Lieferanten und Angestellten oder das Publikum abzuwälzen, fassen sie eine Auflösung ihres Geschäfts und eine vollständige Umänderung der Form, in der sie bisher betrieben wurden, ins Auge. In erster Reihe ist vorgeschlagen worden, zur Umgehung des Gesetzes den Weg zu wählen, daß, soweit mehrere Inhaber einer Firma vorhanden sind, jeder von ihnen eine der bisher geführten Warengruppen übernimmt. Zum Teil sollen an die Stelle der Inhaber die jetzigen Abteilungs-Vorsteher treten. In einigen Fällen würden die Eigentümer von Warenhäusern bei einer Aufteilung der verschiedenen Gebiete ihrer Geschäfte gegenüber den Vorstehern der selbständig werdenden einzelnen Abteilungen die Rolle von Grossisten übernehmen. Man glaubt, daß sich die geplanten Aenderungen unter Beibehaltung der bisherigen Räumlichkeiten vollziehen lassen. Weitere Einzelheiten über die zum Schutz gegen die Steuer zu ergreifenden Maßnahmen stehen noch nicht fest." —

Im Großherzogtum Sachsen-Weimar sind unsre Parteigenossen schon rührig zu der im kommenden Herbst stattfindenden Landtagswahl. Der Landesausschuß hat bereits die Forderungen der Partei sowie das Wahlprogramm veröffentlicht. —

Eine Flottenparade vor dem Papst. Dem protestantischen Gemüt des „Reichsboten" bereitet es bittere Schmerzen, daß am gestrigen Sonntag der Papst die Absicht hegte, hundert katholischen Matrosen des deutschen Geschwaders eine Audienz zu gewähren. Wir für unsre Person wüßten nicht, warum wir an der marinistischen Audienz besonders Anstoß nehmen sollten. Selbst eine päpstliche Flottenrede würde nach den vielen Flottenreden, die wir über uns haben ergehen lassen müssen, keine Schrecken haben. Vielleicht aber handelt es sich gar nicht darum, durch den Papst auf das ohnehin nicht allzu flottengegnerische Centrum einen sanften Druck auszuüben. Vielleicht beabsicht der Papst nur, die nicht gerade im Ruf der Askese stehenden „blauen Jungen" vor jenen sittlichen Gefahren zu warnen, die ihnen in gewissen Marinestädten durch zwar nicht behördlich konzessionierte, aber doch toleriere öffentliche Häuser drohen. Bei den schlechten Aussichten der lex Heinze wäre das nicht unverdienstlich. —

Eine Parlamentssession, die nicht sterben kann. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen besitzt unter andern auch die Eigentümlichkeit, daß seine Sessionen, allem guten Willen des Hauses und der Regierung zum Trotz, des öftern nicht sterben können. Er bedarf zu letzterm Zweck, wie bekannt, eines hochoffiziellen Totenscheins in Gestalt der kaiserlichen Schließungsordre, und da unser Rentnerparlament just in der „wunderschönen Stadt" tagt, sein kaiserlicher Herr aber begreiflicher-

---

Am Grabe Karl Oertels.

Nürnberg, 8. April 1900.

Bleigrau und schwer liegt der Sonntagmorgen über der ruhenden Arbeiterstadt; Regen, Regen, Regen, „zum Abschiednehmen just das rechte Wetter". Und zu Tausenden zogen die Arbeiter Nürnbergs aus allen Gassen heran, durch die Vorstadt hindurch, hier immer neue Tausende in sich aufnehmend, hinaus nach dem Central-Friedhof, um wiederum Abschied zu nehmen, diesmal von dem, den sie vor kurzem erst erwählt zu ihrem Sprecher, zu ihrem Bannerträger.

Endlich nach dreiviertelstündigem Wege ist der Centralfriedhof erreicht; und während wir an den Stufen der Halle stehen, darin der Leichnam unsres Genossen Karl Oertel aufgebahrt steht, der so unerwartet, jäh und in so unsagbar tragischer Weise uns und den Seinen entrissen worden ist, grüßt, alle andern Denkmäler mächtig überragend, uns die überlebensgroße Bronzebüste des unvergessenen und unvergeßlichen Grillenberger, dessen Aschenurne hier aufgestellt ist.

Kaum zweieinhalb Jahre sind verflossen, seitdem wir ihn in Gotha zur Feuerstätte getragen an jenem wundervollen Herbstsonntag des 24. Oktober 1897 — zum drittenmal erst ist seitdem der Frühling ins Land gegangen, und heute schon stehen wir vor dem Grabe seines Schülers und Nachfolgers in den Ehren- und Vertrauensämtern der Partei Karl Oertel!

Mit thränenerstickter Stimme hat Oertel in Gotha seinem Lehrer und Freund den letzten Gruß und Dank gegeben, strotzend von Gesundheit, ein Bild jugendlicher Manneskraft, und heute liegt er im Sarg vor uns, nicht wie Grillenberger ein vom Blitz gefällter Eichenstamm, nicht wie jener mitten im Kampfe vom stärkeren Tod bezwungen, nein, von einem heimtückischen Leiden heimlich überschlichen, das ihn langsam und stückweis gebrochen, seinen Körper geschwächt, den Geist ihm umnachtet hatte! Erntereich hat das Leben vor ihm gestanden! Jung an Jahren, aber vom Vertrauen der Genossen an die höchste Stelle gehoben, versprach der politische Kampfplatz ihm eine Zukunft voll innerer Befriedigung, voll Ehren, voll Erfolg; glückverheißend schien auch sein äußeres Leben ihm, seinem Weibe und seinen 4 Kindern sich zu gestalten: da trat das unerbittliche Schicksal über seines Glücks Schwelle: die Krankheit seines Vaters warf über ihn ihren Schatten, wie dieser fast im gleichen Alter, ist er am 4. April in geistiger Umnachtung gestorben, kaum 34 Jahre alt, nachdem er seit Monaten, vielleicht schon seit Jahren mit dem Leiden gerungen hatte!

War er selber dessen sich bewußt, hat die Furcht vor dem Geschick seines Vaters ihn in jene, oft so unerklärlichen Aufregungen versetzt — wer möchte das sagen, wo die Diagnose des Arztes noch wenige Tage vor seinem Tode so weit von der Wahrheit abirrte!

* * *

Um 9 Uhr setzten die Klänge der Trauermusik ein, die Tausende und Abertausende von Arbeitern, die den weiten Kirchhof füllten, entblößten zum letzten Gruß ihr Haupt, acht Genossen hoben den Sarg auf ihre Schultern und trugen ihn die wenigen Schritte von der Halle bis zur Grabesstätte. Unmittelbar neben der Aschenurne Grillenbergers, ihm zur rechten Seite gebettet, so haben die Nürnberger Genossen Oertel begraben, auch im Tode Lehrer und Schüler, Freund und Freund nebeneinander.

Unmittelbar hinter dem Sarge gingen seine beiden ältesten Kinder, die 14jährige Tochter, die die Größe des Verlustes bereits bitter empfand, der 10jährige Knabe, dem die Jugend die Schwere des Schlages noch verheimlichte, der Stiefvater, der ihn so liebevoll hatte den Verlust des Vaters vergessen lassen, Schwester, Schwager und Schwägerinnen; nur sein Weib und seine Mutter waren auf Zureden der Freunde daheim geblieben, allein mit ihrem Schmerz. Hinter der Familie folgten die unzähligen Freunde und Vertreter der Partei, der Gewerkschaften, der Vereine usw. Für den Parteivorstand waren Auer und Singer erschienen, aus der Fraktion Fischer-Berlin und Wurm, von der bayrischen Landtagsfraktion der greise Gabriel Löwenstein, er, der älteste der Nürnberger Garde, der die jüngsten vor sich ins Grab sinken sieht, weiter Birk, Ehrhart, Kerdel, Scherm, Segitz, Vollmar. Auch die liberale Kammerfraktion war durch vier Mitglieder vertreten, darunter Sartorius und Friedel, der neugewählte Reichstags-Abgeordnete für Bayreuth, ebenso ein Mitglied des Bauernbundes. Die socialdemokratische Fraktion der zweiten badischen Kammer hatte die Genossen Dreesbach und Geck mit ihrer Vertretung beauftragt, aus einer Reihe bayrischer Städte waren Delegierte erschienen, und Kränze und Blumenspenden waren von Nah und Fern gesandt — ein leuchtender Berg von blühenden Blumen, mit strahlenden Inschriften auf roten und schwarzen Bändern und Schleifen erhob sich über dem Grabe, als in endloser Reihe alle die Delegierten ihren Abschiedsgruß niedergelegt hatten.

Nachdem die Nürnberger Arbeiter-Gesangvereine die Feier würdevoll eingeleitet hatten, trat der Prediger der Nürnberger freireligiösen Gemeinde, deren Mitglied Oertel gewesen war, an das Grab. Ueber seine Ansprache wollen wir hier hinweggehen; sie erregte allgemeine Mißstimmung, denn sie zeigte großen Mangel an Kenntnis der persönlichen und parteipolitischen Verhältnisse des Verstorbenen.

Für die Nürnberger Genossen sprach Segitz das Abschiedswort. Würdig, ernst, klar, liebevoll schilderte er den Toten, mit dem ihn unlösliche Bande jahrelanger Freundschaft verknüpft, mit dem er die gleiche politische Laufbahn betreten und dessen tragisches Geschick daher von ihm doppelt schwer empfunden ward. Kein Lebensbild könne er, an dieser Stelle, von ihm entwerfen, keine volle Würdigung dessen, was die Partei, die Arbeiterklasse an Oertel verloren, nur ein paar charakteristische Züge wolle er herausheben.

Als blutjunger Mann betrat Oertel die politische Laufbahn; lange bevor er das wahlmündige Alter erreicht hatte, trat er als Redner in politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen auf, wirkte er als Organisator. Unter dem Socialistengesetz machte er seine Lehrzeit, als die Partei am härtesten bedrängt war, als sie Männer bedurfte von ganz besonderer Entschlossenheit, von ganz besonderer Vertrauenswürdigkeit. Sein guter Stern hatte ihn nach Nürnberg geführt zu unserm unvergeßlichen Grillenberger, der den jungen, eifrigen von Hingebung und Wissensdurst erfüllten Genossen ins öffentliche Leben einführte und später stolz auf diesen Schüler war. Die Gefahren des politischen Kampfs unter dem Socialistengesetz schreckten den Freund nicht zurück, alle Rücken und Tücken des Gesetzes überwand er bis zum Elberfelder Geheimbundsprozeß, aus dem er mit Grillenberger frei von Strafe hervorging. Gleichwohl blieb es auch ihm nicht erspart, für seine Ueberzeugung ins Gefängnis zu gehen; als er in einem Streik den Frieden vermittelte, da fiel er der neuen Anwendung des Erpressungsparagraphen zum Opfer und büßte mit 2 Monaten sein Friedensamt.

War Oertel unter dem Socialistengesetz einer der Eifrigsten, zur vollen Entfaltung seiner Kräfte und Fähigkeiten gelangte er erst, als mit dem Fall des Ausnahmegesetzes die Schranken für unsre Agitation weiter gezogen wurden. Und nun schilderte Segitz seine Thätigkeit und Bedeutung für die socialdemokratische Agitation in Nordbayern, die es erklärlich machte, daß, als Grillenberger, der Meister der Agitation und Organisation, gefallen war, nur eine Stimme laut wurde, daß Oertel an seine Stelle treten müsse — ein Vertrauen, das bei der zweiten Wahl in der erhöhten Stimmenzahl (22 000 gegen 20 000) seinen Ausdruck fand. Und ein Jahr später mußte er zu der schweren Bürde auch noch die neue, nicht minder schwere Bürde des Landtagsmandats übernehmen.

Eine solch' intensive Thätigkeit auf dem politischen und wirtschaftlichen Kampfplatz erfordert nicht bloß Wissen, Geschick und Eifer, sondern auch stählerne Nerven; die Aufregungen, Widerwärtigkeiten, Erfolge und Mißerfolge dieses Kampfs können auch den stärksten Körper erschüttern und ihn schließlich zu Grunde richten.

weise in der Regel „fern von Madrid“ weilt, so geschieht es ab und zu, daß jene Ordre nicht zur richtigen Zeit beigebracht werden kann und die Herren Députés infolge dessen wider ihren Willen und den der Landesregierung sich zu einer zwangsweisen Weitertagung verurteilt sehen, obwohl der Eifer, mit dem sie ihren parlamentarischen Berufspflichten obzuliegen pflegen — mit dem gesetzgeberischen Arbeitspensum längst aufgeräumt hat.

Dieser in der Geschichte des modernen Parlamentarismus nicht gerade häufige Fall hatte sich bereits einmal, zu Anfang November 1898, ereignet, als das Reichsoberhaupt sich auf der Reise ins gelobte Land befand und die telegraphische Verbindung zwischen ihm und der Puttkamerschen Regierung in der Reichslandshauptstadt, allen Bemühungen zum Trotz, nicht herzustellen war. Alle Versuche, die Schlußrede für den Landesausschuß zu beschaffen, blieben damals erfolglos, und man mußte sich notgedrungen mit dem Ausweg einer Vertagung an Stelle des Sessionsschlusses behelfen.

Der jüngste Donnerstag brachte nun das zweite derartige Ereignis in den Annalen der jüngsten unter den Volksvertretungen Deutschlands. Die Herren Députés, deren parlamentarischer Pflichteifer über jedes Lob erhaben ist — sie erhalten pro Tag und Kopf 20 Mark „Anwesenheitsgelder!“ —, waren mit den Vorlagen der Session nahezu zu Ende und sollten sich vormittags nur zu dem Zweck nochmals ein Stelldichein geben, um nach Erledigung eines unbedeutenden Gesetzentwurfs und einiger Petitiönchen mit der Verlesung der kaiserlichen Schließungsordre die letzte Oelung zu erhalten. Doch die Ordre kam nicht; selbst die durch das höchsteigene Erscheinen des Staatssekretärs v. Puttkamer geweckte Hoffnung, man werde nun endlich nach den anerkannten Regeln der parlamentarischen Kunst zu den heimischen Penaten entlassen werden, erwies sich als trügerisch. Nach langen Viertelstunden, während deren man „regierungsseitig“ in peinlichster Verlegenheit die kaiserliche Entscheidung erwartete, griff der Präsident des Hauses, dem grausamen Spiel ein Ende zu bereiten, um die Mittagsstunde zum letzten Mittel des parlamentarischen Staatsstreichs, indem er kurzerhand die Sitzung schloß und eine neue auf nachmittags 3 Uhr anberaumte, für die er fürsorglich die Petition einer Beamtenwitwe um Erhöhung ihres Pensionsbetrags als letzten Verzweiflungsrest des parlamentarischen Beratungsstoffs hinübergerettet hatte. Doch damit war den sonst so geduldigen und willfährigen Herrn Députés — sie erhalten pro Tag und Kopf 20 M. „Anwesenheitsgelder!“ — der Geduldsfaden gerissen. Als der Herr Präsident nachmittags nach zweistündigem Zuwarten um 5¼ Uhr zur Glocke griff, um die Sitzung wieder zu eröffnen, war von den 54 Volksvertretern nur etwa der vierte Teil auf dem Posten. Das Schlimmste aber war, daß die langersehnte schmerzlich erwartete Ordre aus Berlin immer noch nicht eingetroffen war. So blieb nichts andres übrig, als sich abermals zu vertagen und dem Präsidium die Festsetzung des nächsten Sitzungstags zu überlassen.

Ueber die Zeit der Osterwoche wird es nun hoffentlich gelingen, das Versäumte nachzuholen, so daß nach dem Fest der „ordrelosen, der schrecklichen Zeit“ unverzüglich ein sicheres Ende bereitet werden kann. —

Dementiert wird von offiziöser Seite die Nachricht, daß die geplante Unterstellung der Medizinalverwaltung unter das Polizeiministerium „endgültig beschlossen“ sei. Die Angelegenheit sei vielmehr nicht über das Stadium der Erörterung hinaus gediehen. —

Leist in Amerika. Eine Skandalgeschichte, die den wegen seiner in Kamerun begangenen Grausamkeiten schließlich disciplinarisch abgesetzten Heinrich Leist und den kürzlich zum Generalkonsul in New York beförderten früheren deutschen Konsul in Chicago Büng betrifft, wird jetzt in deutsch-amerikanischen Zeitungen viel besprochen. Nachdem Leist nach den Vereinigten Staaten ausgewandert, wußte er sich auf irgend eine Weise die Bestallung als öffentlicher Notar für den Staat Illinois zu verschaffen, obgleich nach dem Gesetz der Posten nur von Bürgern der Vereinigten Staaten bekleidet werden kann, und Leist, der erst im Herbst 1895 auswanderte, das Bürgerrecht, das nur nach mindestens fünfjährigem Aufenthalt erworben ward, unmöglich schon rechtmäßig erlangt haben kann. Kaum hatte er sich indes auf noch unerklärte Weise die Ernennung zum Notar verschafft, als sein Freund Konsul Büng ihn auch schon mit den Notariatsgeschäften des Konsulats betraute. Die Rechtmäßigkeit der von einem Mann, der sein Amt in gesetzwidriger Weise erlangt hat, ausgestellten Beglaubigungen ist mindestens anfechtbar; aber trotzdem das Konsulat darauf aufmerksam gemacht worden ist, hat es Leist als seinen Notar beibehalten. So ward Leist für die in Afrika der preußischen Civilisation geleisteten Dienste nachträglich belohnt.

Ein taktvoller Prediger.

Von einem Genossen, der dem Begräbnis unsres Genossen Oertel in Nürnberg beiwohnte, wird uns geschrieben:

Beim Begräbnis unsres Genossen Oertel fungierte als Redner der freireligiösen Gemeinde deren Sprecher Ziegler, ein geborener Thurgäuer, der zuletzt in Königsberg angestellt war. Das Reden ist schließlich nicht jedermanns Sache; es sollte freilich die eines Predigers sein. Und über den Geschmack läßt sich nicht streiten, weil die Ulk des einen des andern Nachtigall ist. Was uns bei der Grabrede wie Schmieren-Pathos erschien, mag für Andre freireligiöse Verzückung mit begeistertem Augenverdrehen gewesen sein. Auch Taktgefühl, Beurteilung dessen, was schließlich gewesen ist, ist nicht jedermanns Sache. Wie wäre sonst dieser freireligiöse Pfaffe, der Prediger einer Gemeinde, die zu neun Zehnteln aus Socialdemokraten besteht, dazu gekommen, in einer Grabrede auf ein so tragisch von der Höhe des Glücks gestürztes Gemeindemitglied es als besonderen Widerspruch hinzustellen, daß der Verstorbene öffentlich gegen das Privateigentum geeifert, und doch selber Privateigentum erworben habe! Man kann freilich von einem Ausländer, der die „Frankfurter Zeitung“ als Parteiorgan bezeichnet, nicht verlangen, daß er deutsche Parteiverhältnisse überhaupt und Nürnberger persönliche Verhältnisse speciell kennt; was man aber verlangen kann, ist, daß er dann über solche Dinge schweigt oder nur an solchen Orten redet, wo die Möglichkeit der Gegenrede geboten ist. Welch' kleinliche Gesinnung lag auch darin, daß er am offenen Grab sogar einseitig die Polemik weiter spann, die unser Genosse Oertel vor Jahren mit dem früheren Prediger der Freien Gemeinde geführt hatte! Und höflich gesagt — der Gipfel der Geschmacklosigkeit war es, daß er sogar die Wahnvorstellungen unsres erkrankten Genossen, daß er verhungern müsse, daß seine Freunde ihn verlassen hätten usw., als Thatsachen anführte und sie — o so recht freireligiös! — mit dem frommen Wunsch charakterisierte: „Mögen die Geschicke bald diese Vorstellungen als traurigen Wahn erkennen lassen!“ Wir wollen nicht rechten, daß der freie Mann nur die eine Hälfte der Wahnvorstellungen unsres unglücklichen, erkrankten Genossen anführte, aber wir fragen, wenn der arme Kranke den Wahn gehabt hätte, Kaiser von China oder freireligiöser Prediger zu sein, ob er dann auch geschlossen hätte: „Mögen die Geschicke bald diese Vorstellungen als traurigen Wahn erkennen lassen!“ Wir thun ihm wohl nicht Unrecht, wenn wir annehmen, daß er dann über diese Wahnvorstellungen schweigend hinweggegangen wäre, weil sogar er sie als das erkannt hätte, was sie sind: die krankhaften Erscheinungen eines krankhaften Zustands, mit dem man Mitleid haben muß, die aber kein anständiger Mann gegen den Toten oder gegen die Lebenden ausspielt.

Vielleicht tröstet aber den taktvollen Prediger das Bewußtsein, daß er mit seinen Worten zwar nicht die Achtung der socialdemokratischen Mitglieder seiner Gemeinde, wohl aber den Beifall der ordnungsparteilichen Gegner seiner Gemeinde erworben hat, die in dem neuberufenen Prediger Fleisch von ihrem Fleisch, Geist von ihrem Geist erblicken werden. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Strafendemonstration gegen die Prager Wahlreform. Prag, 9. April. Der von Czechen und Socialdemokraten abgehaltene Demonstrationsumzug, welcher sich gegen die Prager Wahlreform richtete, verlief ohne besondere Störung. Nur beim Rathause kam es zu kleinen Zusammenstößen mit der Polizei. —

Frankreich.

Kolonialheer und Staatsstreich. Gelegentlich der Verhandlung über das zu bildende Kolonialheer, das nunmehr aus einem stehenden Söldnerheer bestehen wird, wurde von socialistischer Seite auch die Frage des Staatsstreichs angeschnitten. Der Socialist Sembat brachte den Antrag ein, daß das Kolonialheer niemals im festländischen Frankreich weilen dürfe, um nicht in der Hand ehrgeiziger Abenteurer das gefügige Mittel zum Staatsstreich zu bilden. Der Kriegsminister Graf Galliffet sah sich durch diesen Antrag veranlaßt, allerhand aus der Schule zu plaudern, das äußerst gemütlich und drollig klingen mochte, aus dem aber doch auch allerlei Schlüsse gezogen werden könnten, die Galliffet nicht beabsichtigt hatte. Der interessante Passus aus Galliffets Rede lautete:

„Man spricht von einem Staatsstreich. Der Staatsstreich ist unmöglich. Man macht keinen Staatsstreich in Lorient und Brest. Nicht einmal in Toulon. Man macht ihn in Paris. Ich habe einige Erfahrung in Staatsstreichen. Man hat mir häufig vorgeschlagen, ihn zu machen. Man hat dazu nicht einmal abgewartet, daß ich Minister sei. Für einen Minister hätte es mir natürlich geschienen. Man begnügte sich aber mit meinem Generalstitel. Da sagte ich zu mir selbst: Freundchen, wenn man dir mit diesem Vorschlag kommt, so hat man ihn offenbar vorher schon allen andren gemacht. Diese Erwägung hat mich gedemütigt. Ich habe abgelehnt. Aus drei Ursachen. Ich bin erstens stolz genug, kein Verbrechen am Vaterlande zu begehen. Ich habe zweitens den Antrag dumm und unvorsichtig gefunden. Endlich hätte die Anstellung, die dabei für mich herausgekommen wäre, mir äußerst langweilig geschienen. Zu einem Staatsstreich in Paris bedarf es der Einwilligung des Kriegsministers und des Pariser Militärgouverneurs. Ich kenne meinen Freund, den General Brugère. Er würde mich verhaften lassen, wenn er mich im Begriff sähe, einen Staatsstreich zu versuchen. Ich würde ihm denselben Gefallen thun, wenn ich ihn bei dem Versuch ertappte . . . Die Kammer braucht sich bei der Furcht vor einem Staatsstreich nicht aufzuhalten.“

Galliffet war also verschiedentlich zum Exekutor des Staatsstreichs ausersehen. Die Absicht des Staatsstreichs war mehr als einmal vorhanden. Galliffet dankte freilich für die ihm zugedachte ehrenvolle Mission. Er war angeblich zu stolz, um einen Auftrag auszuführen, den man wahrscheinlich vorher schon andren angeboten hatte. Und die ihm in Aussicht stehende Anstellung erschien ihm langweilig. Ja, werden diese zufälligen Charaktereigentümlichkeiten denn aber bei jedem Staatsstreichs-Kandidaten vorhanden sein? Und werden die jeweiligen Kriegsminister und Pariser Militärgouverneure stets so verfassungstreu sein? Die Kolonialarmee aber wäre, wenn sie zum erheblichen Teil in Frankreich selbst garnisonierte, in der That ein gefährliches Werkzeug der Staatsstreichslüsternen. Die Gefahren, die die Kolonialpolitik in sich birgt, sind, wie Figura zeigt, äußerst mannigfaltig. —

Paris, 9. April. Der Kriegsminister Galliffet erhielt durch den stellvertretenden Kommandeur des 19. Armeecorps ein Telegramm des Obersten Vertrand, in welchem bestätigt wird, daß die Oase Igli am 5. d. M. abends besetzt wurde. Die Expeditionskolonne begegnete keinem wirklichen Widerstand; jedoch mußte am 1. April die Artillerie Aufstellung nehmen, da die Taghit-Leute feindselig gesinnt schienen. Es erwies sich jedoch nicht als notwendig, Feuer zu geben.

Paris, 9. April. Die Kammer bewilligte 300 000 Fr. Repräsentationsgelder für den Senatspräsidenten Fallières und den Kammerpräsidenten Deschanel anläßlich der Eröffnung der **Weltausstellung.** Im Lauf der Debatte hatte der Deputierte Pinder sich gegen den für Fallières bestimmten Posten ausgesprochen, indem er dessen Thätigkeit als Präsident des Staatsgerichtshofs kritisierte, und war deshalb zur Ordnung gerufen worden.

Paris, 9. April. Die Deputiertenkammer beschäftigte sich im weiteren Verlauf der Sitzung in langer Beratung mit der Angelegenheit der Ableitung der Abwässer von Paris in die Seine und Oise; die weitere Beratung wurde auf morgen vertagt. Sodann wurde mit 487 gegen 86 Stimmen die Kreditforderung für die **Vervollkommnung des Kriegsmaterials** und die Verbesserung der Militärverwaltung bewilligt und die Sitzung geschlossen.

England.

London, 9. April. Das Oberhaus erledigte heute sämtliche Beratungen der Finanzbill und vertagte sich sodann bis zum 30. d. M.

Im Unterhaus teilte Unterstaatssekretär Brodrick mit, am 31. März 1899 seien 274 Meilen der Uganda-Eisenbahn fertiggestellt gewesen. Von den noch herzustellenden 303 Meilen seien inzwischen 83 fertig geworden und die vom Parlament für den Bahnbau bewilligte Summe sei jetzt verausgabt. Die nötig gewordene Kreditforderung für die Vollendung der Bahn werde am 30. d. M. dem Hause unterbreitet werden.

Italien.

Die Zurückziehung des decreto-legge. An dem gleichen Tag mit dem Manifest der äußersten Linken gegen das parlamentarische Knebelgesetz erschien die Verfügung, welche das Dekret-Gesetz zurückzog. Der „Avanti“ bezeichnet diese Maßregel als einen „Rückzug und einen Hinterhalt“. Die Regierung, so meint unser Organ, rechne darauf, durch diesen „Rückzug“ den Sturm der öffentlichen Entrüstung zu beschwören, und hoffe dann in aller Stille mit Hilfe der „parlamentarischen Guillotine“ ihre geplanten Reaktionsgesetze bei passender Gelegenheit durchdrücken zu können.

Das entspricht sicherlich auch der Wahrheit. Die Socialisten und Republikaner sind aber auf der Wacht — sie werden in dem Kampf nicht nachlassen, und sobald das Parlament wieder zusammentritt, auch den parlamentarischen Sturmlauf gegen das herrschende System fortsetzen. Die „Vossische Zeitung“ läßt sich zwar von ihrem berüchtigten Crispi-Korrespondent aus Rom schreiben, das Manifest der äußersten Linken sei ohne jegliche Wirkung geblieben, allein ein Blick in die italienischen Zeitungen zeigt deutlich, daß hier der Wunsch Vater des Gedankens ist. Thatsächlich dehnt die Bewegung sich in Italien immer mehr aus und gewinnt von Tag zu Tag an Stärke und Tiefe. —

Amerika.

Die Verluste Amerikas im Philippinen-Feldzug. Nach einer amtlichen Aufstellung hat die amerikanische Armee auf den Philippinen seit Besetzung der Inseln vom 1. Juni 1898 bis 17. Februar 1900 im ganzen 1525 Mann, wovon 65 Offiziere, verloren. Die mir bis zum 1. Dezember 1899 reichende Statistik des Generalarztes der Philippinen-Armee giebt den Verlust auf 58 Offiziere und 1263 Mannschaften an. Davon kamen 48 Offiziere und 570 Mann gewaltsam um und 16 Offiziere und 693 Mann starben durch Krankheit. In den als gewaltsam umgekommenen sind auch diejenigen gezählt, welche durch Selbstmord endeten. Wie viel Selbstmorde vorkamen, geht nicht aus der Statistik hervor. Es wird nur mitgeteilt, daß 137 Offiziere und Mannschaften gewaltsam, aber nicht durch den Feind, ums Leben kamen. Die Gegner des Kriegs behaupten, daß die Verlustziffer viel größer sei. Im Kongreß verlangt Senator Allen darüber Auskunft. Allen sagt, Amerikaner könnten es auf den Philippinen nicht länger als zwei Jahre aushalten, und es sei ihm von eingeweihter Seite gesagt worden, daß die ganze Armee sehr bald zurückberufen werden müßte. Erkrankung und Selbstmord nähmen erschrecklich zu. Es sei Pflicht aller, die die Wahrheit wüßten, öffentlich vor Eintritt in die Philippinen-Armee zu warnen.

Wenn, selbst nach der amtlichen Statistik, von den 1525 Mann der Verlustliste 137 durch Selbstmord geendet haben, so wäre das in der That ein so ungeheurer Prozentsatz, daß die Lage der amerikanischen Occupationsarmee eine verzweifelte sein müßte. Den angegebenen Verlusten an Menschenleben und den enormen materiellen Opfern gegenüber werden die merkantilen Vorteile des jungen amerikanischen Imperialismus verschwindend sein. Trotzdem wäre es sehr gewagt, ein Abflauen der imperialistischen Strömung in den Vereinigten Staaten prophezeien zu wollen. Gewisse engere Kreise machen ihr Geschäft beim Imperialismus, die Masse aber läßt sich durch vorgespiegelte Vorteile und Aufstachlung des nationalen Wahns leider noch allzuwillig ins Schlepptau nehmen. —

Demonstration für die Boeren. Washington, 9. April. Gestern Abend fand im großen Opernhause eine sehr zahlreich besuchte Versammlung zu Gunsten der Boeren statt, an welcher viele Senatoren, Mitglieder des Repräsentantenhauses und andre hervorragende Persönlichkeiten teilnahmen. Resolutionen, in welchen die Sympathie für die Boeren ausgesprochen waren, wurden unter allgemeinem Beifall angenommen.

General Otis abberufen. General Otis, der bisherige Oberstkommandierende auf den Philippinen, ist abberufen und durch General McArthur ersetzt worden. Da die Philippinen mit Ausnahme der wichtigsten Küstenplätze sich noch immer in hellem Aufruhr befinden und der von den Tagalen geführte Guerillakrieg für die Amerikaner äußerst schwierig und verlustreich ist, wird es dem neuen Kommandierenden nicht leicht fallen, glücklicher zu operieren, als sein Vorgänger. —

Asien.

Ein gefundenes Fressen für die Welteroberer. Nach einer Shanghaier Dalziel-Meldung vom 7. d. Mts., haben die Gesandten Englands, Amerikas, Deutschlands und Frankreichs dem Tsungli-Yamen eine gemeinsame Note überreicht, die **in drohenden Ausdrücken die gänzliche Unterdrückung der „Boxers“** binnen zwei Monaten fordert, widrigenfalls die beteiligten Mächte Truppen landen und sie nach dem Innern von Shantung und Tschili senden würden zum Schutz der dortigen Fremden.

Das heißt kategorisch gesprochen. Geht der sehnliche Wunsch der Mächte, daß die Unterdrückung der „Boxers“ binnen zwei Monaten nicht durchgeführt ist, in Erfüllung, so kann die Campagne zum „Schutz der Fremden“ losgehen. Bei einer bloßen Streife zur Züchtigung der „Boxers“ wird man's ja nicht bewenden lassen, da eine definitive Pacifizierung der Landesteile erst von einer Eroberung und Belegung mit Garnisonen zu erwarten ist. Die Rettung Chinas würde auch in diesem Fall nur der gegenseitigen Mißgunst der Mächte zu danken sein.

So ist denn auch Oertel frühzeitig zusammengebrochen: ein unheimliches, tückisches Leiden hatte allmählich seine Gesundheit untergraben. Aber wenn wir auch klagen ob des tragischen Geschicks, wenn unser Herz auch blutet über den Verlust des so früh Dahingegangenen, über den Schmerz der Familie: das Eine wissen wir, daß wir sein Andenken nicht besser ehren als wenn wir weiter kämpfen für die hohe heilige Idee, der er sein Leben lang gedient, der Befreiung der Arbeiterklasse. Dies Gelöbnis sei unser letzter Gruß ins offene Grab.

Im Namen der socialdemokratischen Partei Deutschlands, des Parteivorstands und der socialdemokratischen Reichstagsfraktion legte Genosse Singer ein prächtiges Palmen-Arrangement am Grabe nieder. Tief erschüttert und schmerzerfüllt — so begann er — stehen wir am Sarge eines Genossen, der, obgleich so jung an Jahren doch in unsrer Partei ein alter Mitkämpfer war. Deshalb wollen wir auch unser Abschiedswort ausklingen lassen in das Wort des Danks für die treue Liebe und die reiche Arbeit, die er, gemeinsam mit uns allen, für die große gemeinsame Sache geleistet hat. Und mit allgemein verstandener und allgemein gebilligter Bezugnahme auf die Taktlosigkeiten des freireligiösen Predigers fuhr Genosse Singer fort: Heute, in dieser feierlichen Stunde und an dieser ernsten Stätte wollen wir kein Wort des Widerspruchs erheben, nicht mit dem tragischen Ende, nicht mit den Wahnvorstellungen eines Kranken haben wir uns hier zu beschäftigen, heute beseelt uns nur das eine Gefühl der Hochachtung, der Liebe und der Dankbarkeit gegen den, der was er als „junger Mann“ versprochen, später gehalten und schon so früh bewiesen hat, daß auch ein Jüngling volle Mannesarbeit leisten kann.

In den schwersten Zeiten der Partei war Genosse Oertel eine feste Stütze der Bewegung; in jener Zeit, da jeder Tag für den Einzelnen den Verlust persönlicher Freiheit auf Jahre hinaus bringen konnte, da setzte er Leben und Freiheit für die Partei ein, da stärkte und stählte er sich zu dem Charakter, der ihn in so jugendlichen Jahren das Vertrauen, die Liebe und Achtung der Nürnberger Arbeiter gewinnen ließ. Wer da weiß, was unser toter Freund in jenen trüben Tagen geleistet, der ist erfüllt von Liebe und Dankbarkeit für den, der all' sein Wissen, all' seinen Eifer, all' seine Energie in den Dienst der Partei gestellt hat, deren Lehren seinen Geist erfaßt, deren Ideale sein Herz erfüllt hatten! Lange bevor jemand den frühzeitigen Hingang Grillenbergers ahnen konnte, wurde Oertel von seinen Freunden scherzweise der „Kronprinz“ genannt, weil seine Treue, seine Hingabe, seine Kenntnisse, seine Tapferkeit ihn zum Nachfolger Grillenbergers geeignet erscheinen ließen. Und als dann so plötzlich der unersetzlich scheinende Verlust sich auftat, da stellte ihn das Vertrauen seiner Genossen an diesen ebenso ehrenvollen wie verantwortungsreichen Posten. Und ich darf es auch hier an dieser Stelle sagen, wir in der Reichstags-Fraktion verlieren in dem Toten nicht nur einen guten Freund und tapferen Kollegen, sondern auch einen treuen Berater für unsre Beschlüsse, dessen klares, logisches Urteil, dessen Energie von uns allen hochgeschätzt worden ist. Redner schildert dann in kurzen Umrissen, wie überraschend die Kunde seines Leidens kam, wie heiße Wünsche für seine Besserung, welch' große Hoffnungen für seine baldige Genesung gehegt wurden, und wie nun all' diese Wünsche und Hoffnungen mit ins Grab gesenkt werden müßten. Wenn auch für die Familie in diesen ersten Stunden des Schmerzes kein Trost gegeben sei, so müsse doch der Gedanke, daß in Millionen deutscher Arbeiterherzen das Andenken Oertels liebevoll eingegraben sei, der Gedanke, daß Millionen deutscher und Millionen andrer Arbeiter, die in der Socialdemokratie ihre politische Vertretung gefunden haben, heute mit uns voll Dankbarkeit trauern, eine Milderung der Schmerzen bringen. Und er schloß mit dem Gelöbnis: Was Du geleistet, was Du erstrebt, was Du gelitten und erstritten hast, das wird unvergessen bleiben. Dein Namen und Dein Andenken wird von uns allen allezeit dankbar und freudig erhalten bleiben.

Genosse Birk sprach dann im Namen der bayrischen, Genosse Dreesbach im Namen der badischen Landtagsfraktion einige warm empfundene anerkennungsreiche Abschiedsworte, die Trauermusik ließ ihre Weisen erklingen, die Arbeiter-Gesangvereine stimmten den letzten Abschiedsgruß an, ergreifend klang das Lied: „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben“ über die Gräberreihen, dann legten all' die Hunderte ihre Kränze nieder und die Tausende von Genossen, die in schwarzen Massen die Gänge zwischen den Gräbern des weiten Friedhofs füllten, zogen schweigend und trauernd am Grabe vorüber, ein aufrichtiges Wort des Danks in das neue Grab, ein ebenso aufrichtiges emporsendend zu der mächtigen Büste des unvergeßlichen Grillenberger.

Wie ein schwarzer Strom fluteten nunmehr die Tausende nach der Stadt zurück, allmälig sich verbreiternd und verlierend in unzählige Adern.

So war das Begräbnis eine Riesendemonstration für die Socialdemokratie geworden, obgleich all' die Tausende nur der Schmerz über den Verlust, die Pflicht der Dankbarkeit gegen den zusammengeführt hatte, der sein kurzes Leben mit ihnen und für sie gekämpft hatte für das gemeinsame Endziel: die Befreiung der Arbeiterklasse.

Die „National-Zeitung" bemerkt übrigens zu obiger Meldung: Von unterrichteter Seite wird uns diese Meldung als unzutreffend bezeichnet. Richtig ist, daß jede der bezeichneten vier Mächte vor einiger Zeit eine besondere Note in Peking überreichen ließ, in der Maßregeln gegen gewisse Sekten verlangt werden. Es bleibt abzuwarten, welche Antwort von chinesischer Seite erteilt werden wird. Im übrigen sind die Angaben der „Agentur Dalziel" sehr übertrieben.

Bestritten wird also nicht, daß thatsächlich etwas im Werke ist. Nur soll es sich um eine getrennte Aktion der Mächte handeln. —

Zur Fleischfrage.

Die „Korrespondenz" des „Bundes der Landwirte" fühlt sich durch den Artikel „Mittelstands- und Landwirtschaftsreiterei" unsrer letzten volkswirtschaftlichen Sonntagsbeilage (Nr. 77) in ihren uneigennützigen Bestrebungen zur Behütung des deutschen Volks vor den ausländischen, nicht vaterländischen Trichinen tief verletzt und mit jener sittlich-verschämten Entrüstung, die ihrer ländlichen Züchtigkeit so wohl ansteht, beschuldigt sie uns, jene bürgerlichen Blätter zu unterstützen, die aus dem Munde der Herren Kommerzienräte und Großreeder düstere Prophezeiungen von der baldigen Aushungerung des deutschen Volkes und der Vernichtung deutschen Handels und deutscher Industrie verbreiten. Zwei Missethaten sind es, welche den Hintermännern des ehrenwerten Blattes Anlaß zur zten Wiederholung dieser nicht mehr ganz neuen agrarisch-antisemitischen Insinuation bieten; erstens haben wir eine Aufstellung der „Magdeburger Ztg." übernommen, in der die Schweins- und Rindsdärme zu den durch das Fleischeinfuhrverbot bedrohten Einfuhrgegenständen gezählt werden, und zweitens haben wir den Fleischkonsum in Deutschland als „außerordentlich niedrig" bezeichnet. Zwei demagogische Vergehen, die tiefste Verachtung verdienen.

Richtig ist, daß in der Tischierschkys Schrift „Das Fleischeinfuhrverbot" entlehnten Aufstellung der „Magdeburger Ztg." auch Därme als unter das Einfuhrverbot fallend aufgezählt sind, obgleich sie nach den Kommissionsbeschlüssen auch nach dem 1. Januar 1904 noch eingeführt werden dürfen. Falsch würde es jedoch sein, deshalb ohne weiteres anzunehmen, daß dieser Artikel — von Magen, Blasen 2c. ist nirgends die Rede — später gleich ungehinderten Eingang in Deutschland findet, wie heute. Der § 14b beschränkt die Einfuhr auf bestimmte Zollämter: eine Maßregel, die bei diesem Gegenstand bis zu gewissem Grade prohibitiv wirken muß, und überdies ermächtigt der § 14d der Kommissionsbeschlüsse den Bundesrat, jederzeit weitergehende Einfuhrverbote und -Beschränkungen zu erlassen. Doch abgesehen von allen derartigen Möglichkeiten, können überhaupt die Berechnungen über die Wirkung des vollen, für den 1. Januar 1904 geplanten Fleischeinfuhrverbots bestenfalls nur auf ungefähr annähernde Richtigkeit Anspruch erheben. Wahrscheinlich wird jedoch der Ausfall noch größer sein, als die „Magdeburger Zeitung" unter Zugrundelegung der letzten Einfuhrziffern berechnet, denn die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch hat in den letzten Jahren enorm zugenommen und ein weiteres Steigen steht zu erwarten. In den Jahren 1896—98 stieg der Import von 21 auf 72½ Millionen Mark.

Weit mehr noch scheint die „Korrespondenz" erbost zu haben, daß in der betreffenden Sonntagsbeilage der „Vorwärts" den deutschen Fleischkonsum mit dem französischen und englischen in Vergleich gestellt hat. Sie nennt den Nachweis, daß der deutsche Fleischkonsum dem englischen und französischen weit nachsteht, eine „tendenziöse Legende" und fügt hinzu:

„Der Fleischkonsum ist keinesfalls ein „außerordentlich niedriger" und ohne Zweifel bedeutend größer, als 20 bis 25 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung, wie der „Vorwärts" meint. Woher seine Schätzung stammt, ist nicht ersichtlich, aber sicherlich entspringt sie nicht einer Kenntnis der Thatsachen. Ein Blick in die umfangreiche Begründung der Regierungsvorlage zum Fleischbeschaugesetze genügt, um auf Grund zahlreicher, recht eingehender Berechnungen zu erkennen, daß der Fleischkonsum Deutschlands gerade das Doppelte, etwa 45 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung beträgt. Diesen umfangreichen Konsum ermöglicht fast ganz ausschließlich die inländische Erzeugung, da dieselbe etwa 23 Millionen Doppelcentner, der Import hingegen nur 2 Millionen Doppelcentner beträgt. Von diesen 2 Millionen Doppelcentner sollten indes durch sofortiges Einfuhrverbot nur 200 000 Doppelcentner, d. h. nur etwa 0,8 Proz. des Konsums ausgeschlossen werden. Selbst socialdemokratische Unkenntnis landwirtschaftlicher Verhältnisse wird nicht bestreiten können, daß die deutsche Viehzucht in kürzester Frist diesen Ausfall von 0,8 Proz. zu ersetzen vermag. Ebenso kann darüber bei einiger Aufrichtigkeit kein Zweifel sein, daß für die 350 000 Doppelcentner = 1,5 Proz., für welche ein Einfuhrverbot mit dem 1. Januar 1904 in Kraft treten sollte, bis dahin aus der Steigerung inländischer Erzeugung Ersatz geschaffen werden kann. Die Sorge vor einer Schädigung der Konsumenten ist nach alledem nichts als ein tendenziöses Agitationsgespenst."

Wenn die „Korrespondenz" erzählt, es sei nicht ersichtlich, woher unsre Schätzung stammt, beliebt sie ihren lieben Lesern etwas aufzubinden. Der betreffende Artikel unsres Blatts weist ausdrücklich auf das Fehlen einer zuverlässigen allgemeinen deutschen Fleischverbrauchs-Statistik hin und nimmt dann auf die sächsische Statistik als die beste Bezug, nachdem er erörtert hat, weshalb deren Ziffern nicht als Durchschnittsziffern gelten können. Es mag ja den Hintermännern der „Korrespondenz" aus agitatorischen Gründen nicht angenehm sein, daß der Konsum pro Kopf für 1897 nur auf 20 bis 25 Kilogramm geschätzt wird, doch steht diese Schätzung mit den Angaben der bedeutendsten Volkswirte im Einklang. Möglich, daß die „Korrespondenz" aus der Begründung der Regierungsvorlage und sonstigen Materialien einen Konsum von 45 Kilogramm pro Kopf oder noch mehr herausrechnet. Leider nur dürfte es außerhalb der leichtgläubigen Gefolgschaft des Herr Hahn kaum einen ernsthaften Menschen geben, dem solche mit den vagsten Annahmen manipulierenden Rechenkunststücke imponieren. Schwerlich wird die „Korrespondenz" auch nur einen einzigen anerkannten Statistiker aufzählen können, der zu ihrem famosen Ergebnis gelangt.

Zum Vergleich sei hier aus dem Statistischen Jahrbuch deutscher Städte (VI. 1897) der Fleischkonsum einiger größeren Städte für 1895 angeführt. Selbst diese Ziffern erreichen zum Teil nicht die Höhe des Verbrauchs, welche das Agrarierblatt unterstellt, obgleich erstens der Fleischkonsum in den größeren Städten ungleich stärker ist, als auf dem Lande, zweitens meist solche Städte noch einen größeren Umkreis (Vorstädte, Nachbarortschaften, Dörfer) mit Fleisch versorgen und drittens in ihnen (vornehmlich in Bädern, Residenzstädten 2c.), zeitweilig viele Fremde zusammenströmen, deren Verbrauch ein außergewöhnlich starker ist. Wie bedeutend dieser Einfluß ist, ergiebt sich schon daraus, daß Wiesbaden den höchsten Fleischverbrauch aller deutschen Städte hat.

Es kam in 1895 an geschlachtetem Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung in:

Altona	38,8 Kg.	Halle	42,0 Kg.
Augsburg	56,2 „	Königsberg	45,4 „
Barmen	39,0 „	Liegnitz	48,9 „
Chemnitz	51,2 „	Magdeburg	57,03 „
Dortmund	44,8 „	Potsdam	43,4 „
Duisburg	49,4 „	Spandau	53,4 „

Begreiflich ist, daß solche Ziffern den Herren Bündlern in ihren Bemühungen um die angebliche Hebung der Volksgesundheit nicht recht passen; aber an den Thatsachen ändert das nichts. Uebrigens wenn der Fleischimport so außerordentlich unbedeutend ist, wie ihn die „Korrespondenz" darstellt, und wenn ferner, wie sie indirekt selbst zugiebt, heute die Landwirtschaft noch nicht im stande ist, den durch das Einfuhrverbot entstehenden Ausfall zu decken, weshalb dann im Parlament und in der agrarischen Presse jene pathetischen Deklamationen, als stehe oder fiele mit dem Fleischeinfuhrverbot zugleich die deutsche Landwirtschaft? Entweder wird das eine oder das andre Mal gelogen.

Partei-Nachrichten.

Der „Fall Oertel" wird weiter fruktifiziert. Zwar die authentische Erklärung Auers kann man nicht ignorieren, aber, so schreibt jetzt die „Frankfurter Ztg.", die von dieser Erklärung Notiz nimmt, die „Berliner Parteileitung" war ja gar nicht gemeint, es handle sich ja um die „Nürnberger Parteihäuptlinge". In Wahrheit sind aber gerade gegen die „Berliner Parteileitung" schwere Vorwürfe erhoben worden, der die Absicht unterstellt wurde, auf die angeblich dissentierende bayrische Partei Einfluß zu gewinnen. Das ist ein Vorwurf, den zu glauben bei Leuten, die mit den wirklichen Verhältnissen unbekannt sind, noch keine unanständige Gesinnung voraussetzt. Gegen solchen Vorwurf wehrt man sich, und das ist geschehen durch die Erklärung Auers.

Wenn jedoch jetzt nur noch die „Nürnberger Parteihäuptlinge" übrig bleiben, so kann es sich doch nur um Vorwürfe so niedrigen Charakters handeln, wie sie auch die „Kölnische Volkszeitung" in ihrer Ausgabe vom Sonnabendabend erhebt: Oertel sei erkrankt an dem gemeinen Neide der Genossen, der „Parteihäuptlinge", die das Blatt selbst in die Hände bekommen und den Gewinn selbst einstreichen wollten für die Parteikasse, „über welche die Häuptlinge verfügen". Das ist die alte Geschichte von den Hetzern, die sich von den Arbeitergroschen mästen; dieser Vorwurf ist auch dem Genossen Oertel nicht erspart geblieben und wird gerade von denen erhoben, die sich Oertels jetzt angeblich im Interesse von Recht und Gerechtigkeit annehmen. Leute von anständiger Gesinnung bekämpfen den politischen Gegner nicht mit solchen Schmutzwaffen.

Ueber das Nürnberger Reichstagsmandat läßt sich die „Vossische Ztg." folgende Kombination aus Nürnberg melden:

Die Socialisten haben zum Nachfolger Oertels im Reichstagsmandat den ehemaligen Privatdocenten Dr. Arons-Berlin in Aussicht genommen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Zur Handhabung des Vereinsgesetzes in Anhalt.** Das anhaltische Staatsministerium hat jetzt im Landtag auf Anfrage eines Abgeordneten die Erklärung abgegeben, daß ihm die Entscheidung des Naumburgischen Oberlandesgerichts amtlich zugegangen sei und daß die Behörden nun angewiesen seien, bei der Handhabung des Gesetzes gleichmäßig zu verfahren, das heißt, das Gesetz so anzuwenden, wie es der unzweideutige Wortlaut erfordert. Das Ministerium hätte sich viele Angriffe sparen und zur Erhaltung der Autorität der Behörden viel beitragen können, wenn es nicht erst den Zwang eines gerichtlichen Urteils abgewartet hätte zur Herbeiführung der richtigen Handhabung des Gesetzes.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Förderung der socialdemokratischen Frauenbewegung soll nach einem von Berliner Parteigenossinnen in der „Gleichheit" gemachten Vorschlage zwei Tage vor Beginn des nächsten Parteitages in Mainz eine Besprechung der Genossinnen stattfinden. Es sollen dabei nur die Fragen der Organisation und der praktischen Arbeit zur Schaffung und Förderung eines festen Zusammenhalts unter den socialdemokratischen Frauen diskutiert werden.

Die preußischen Fabrikinspektorinnen. Wie die „Gleichheit" erfährt, sei das Gerücht verbreitet, daß ein Fräulein v. Windheim eine der neuen Fabrikinspektorinnen sein soll. Sie schreibt:

„Schon vor etlichen Monaten besuchte eine Dame, welche als Fräulein v. Windheim vorgestellt wurde, in Begleitung des Gewerbe-Inspektors unter anderm eine der größten Berliner Buchdruckereien. „Das war die künftige Fabrikinspektorin", erklärte einer der Betriebsleiter der Firma später mehreren Arbeiterinnen. Von Leistungen eines Frl. v. Windheim, welche die Qualifikation für das Amt der Gewerbeaufsicht erweisen, ist uns bis jetzt nichts bekannt."

Das würde auch die außerordentliche, bei der preußischen Regierung in Erfüllung von Kulturaufgaben ganz ungewohnte Schnelligkeit erklären, mit der diese Stellen besetzt worden sind. Am 24. März teilt der unbekannte Herr aus dem Handelsministerium der Genossin Baader mit, daß die Stellen bereits vergeben sind; am 31. März, also sieben Tage nach der Vergebung der Stellen, ist der Etat und damit auch diese Stellen erst vom Herrenhause genehmigt worden. Das ist ja beinahe schneller gegangen wie bei Schiffsbauten.

v. Windheim giebt es nach dem Adreßbuch in Berlin außer dem Polizeipräsidenten einen Kammergerichtsrat a. D. und einen Major im Generalstab.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der Möbeltransport-Firma Uebel, Brunnenstraße, hatten Mitte März mit Hilfe des Centralverbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter einen Tarif durchgesetzt. Herr Uebel gab damals die schriftliche Erklärung, die gestellten Bedingungen einzuhalten. Am vergangenen Sonnabend prangte nun auf dem Hof der Firma Uebel ein Plakat folgenden Inhalts:

„Von heute ab zahle ich Arbeitslöhne nach meinem Ermessen. Den hiermit nicht einverstandenen Arbeitern verbiete ich das Betreten meines Grundstücks und machen sich Zuwiderhandelnde des Hausfriedensbruchs schuldig. W. Uebel."

So halten Unternehmer ihr gegebenes Wort, aber die Arbeiter werden für die Zukunft ihre Folgerung daraus ziehen und sich die Handlungsweise des Herrn Uebel merken. In so unbegründeter und skrupelloser Weise ist wohl selten ein Kontraktbruch begangen. Herr Uebel hat auch die weitere Maßregel getroffen, sämtliche Arbeiter zu entlassen und führen seine Aufträge die Firmen G. Knauer und Paul Schnr aus.

Der Streik der Berliner Maßschneider ist erfolgreich beendet, die Arbeiter haben in kurzer Zeit die Einführung der Tarife durchgesetzt. Darüber ist das Unternehmerorgan, die „Post", sehr erbittert, besonders, daß den Arbeitern der Erfolg so leicht gelang. Das Blatt faselt wieder vom Terrorismus der Arbeiter; es sollte sich nur um die Gewaltmittel der Unternehmer kümmern, an Beispielen fehlt es nicht, aber hier versagt die Entrüstung. Wie ja auch die „Post" das einzige Organ war, das seiner Zeit während des Streiks der so elend entlohnten Konfektionsarbeiterinnen tapfer die Interessen der Unternehmer vertrat.

Ausland.

Der Warnsdorfer Textilarbeiter-Streik, der länger als ein Vierteljahr dauerte, ist beendet. Die Hauptforderung der Streikenden, die zehnstündige Arbeitszeit, ist durch Vermittlung des Bürgermeisters Hübl bewilligt, dagegen sind einige andre Forderungen, so die Freigabe des 1. Mai, abgelehnt. Den Arbeitern gebührt eine ehrende Anerkennung für ihre unermüdliche Ausdauer in diesem Kampf.

Die Buchbinder in Brünn haben folgende Vereinbarung mit den Unternehmern getroffen:

1. Die tägliche Arbeitszeit ist eine neuneinhalbstündige und dauert von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von halb 2 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends.

2. Der Wochenlohn beträgt im ersten Jahre nach der Auslehre 13 Kronen, im zweiten Jahre 15 Kronen und vom dritten Jahre an 18 Kronen.

3. Für Arbeiten außerhalb der Werkstätte wird per Stunde ein Zuschlag von 6 Heller geleistet.

4. Ueberstunden müssen auf Verlangen der Arbeitgeber in dringenden Fällen gemacht werden und wird hierfür nachstehende Entschädigung geleistet: Für die ersten zwei Stunden 2½ Heller per Stunde von der Lohnkrone, für die dritte und folgenden Stunden 3 Heller per Stunde von der Lohnkrone.

5. An folgenden Feiertagen: Ostern, Pfingsten, Weihnachten, Neujahr und Cyrill und Method, wird nicht gearbeitet, und werden diese Feiertage in den Wochenlohn eingerechnet. — An den übrigen Feiertagen wird gearbeitet und beginnt die Arbeitszeit um 8 Uhr früh und dauert bis 12 Uhr mittags und wird hierfür der ganze Tag in den Wochenlohn eingerechnet. Falls aber an einem Feiertag aus irgend welchem Grunde nicht gearbeitet werden sollte, so muß gleichfalls der ganze Tag in den Wochenlohn eingerechnet werden. — Am Karsonnabend sowie am heiligen Abend endet die Arbeitszeit um 2 Uhr nachmittags und wird über die Mittagspause gearbeitet. — Am 1. Mai ruht die Arbeit, der entfallende Betrag wird jedoch vom Wochenlohn in Abzug gebracht; dem Arbeiter steht es jedoch frei, an diesem Tag zu arbeiten.

6. Diese Vereinbarungen treten am 1. Mai 1900 in Kraft.

Der Krieg.

In höchst unangenehmer Lage

scheint Lord Roberts sich zu befinden. Die Umzingelung durch die Boeren scheint vollendet zu sein. Roberts selbst vermag infolge seines schlechten Pferdematerials keine Aktionen gegen die beweglichen Feinde unternehmen. Zum Mangel an Pferden und zur Wasserkalamität hat sich für ihn eine neue Sorge gesellt: „Daily News" melden aus Kapstadt, daß Roberts nicht nur Hunderte von Pferden gefallen sind, sondern daß auch viele Soldaten an Lungenentzündung daniederliegen, die durch die zu leichte Bekleidung hervorgerufen worden ist. So lange Roberts keine wärmeren Uniformen erhalte, sei er nicht im stande, größere Bewegungen zu unternehmen. Roberts wird demnach den um Bloemfontein konzentrierten Boerenabteilungen nicht allzuviel zu schaffen machen können.

In Ermangelung andrer Thaten hat Roberts den jüngsten Bruder des Präsidenten Stejn von seinem zwölf Meilen nördlich von Bloemfontein belegenen Gute weg verhaften lassen, da man gegen ihn den Verdacht hegt, daß er die Boeren mit Informationen versehe.

Wie schon gesagt, scheinen die Engländer vorläufig zur

Unthätigkeit

verdammt zu sein. Meldungen über wichtige Zusammenstöße liegen nicht vor.

Die „Times" melden aus Ladysmith: Eine Patrouille der 13. Husaren kam bei Waschbank mit den Boeren in Fühlung. — Dasselbe Blatt meldet aus Boshof: Lord Methuen rückte gestern auf Zwartskopfontein, 10 Meilen östlich von Boshof vor, ohne auf Widerstand zu stoßen. Die Boeren waren tags zuvor abgerückt.

Dagegen hat sich Gatacre, der bei seiner Rekognoszierung Reddersburg von den Boeren besetzt fand, ohne sich auf einen Kampf einlassen zu können, zurückziehen müssen.

Von den

30 entkommenen Boeren,

die aus Simonstown entkommen waren, sind bei einer Absuchung des Geländes 15 wieder ergriffen worden. Drei derselben wurden durch Bajonettstiche verwundet.

Unter den gefangenen Boeren sind vier weitere Todesfälle infolge typhösen Fiebers vorgekommen. Das Fieber hat auch die Stadtbewohner ergriffen und es hat bereits unter diesen ein Todesfall stattgefunden.

In London besteht die Befürchtung, daß bereits die

telegraphische Verbindung mit Bloemfontein

abgeschnitten sei. Auch soll die **Eisenbahnlinie** von den im Süden sehr stark konzentrierten Boeren bedroht sein. Nach einer Meldung der „Central News" soll ein starkes Boeren-Kommando unter General de Wet südlich von Bethanie stehen, offenbar mit der Absicht, die Bahn zu zerstören. Gelingt es den Boeren, die Bahnlinie abzuschneiden, so sitzt Roberts in der schönsten Mausefalle.

Eine barbarische Kriegführung

scheinen die Engländer in dem nördlich von Natal gelegenen Swaziland zu belieben.

Ein Telegramm des Reuterschen Korrespondenten in Lebombo (Swaziland) schildert die Lage des Landes als eine schreckliche. Die Regimenter der Königin (Queens Impis) im Swazilande metzelten die schlecht angesehenen Häuptlinge mit ihren Familien und ihrem Gefolge massenhaft nieder.

Britische Verstärkungen.

Vom 9. November 1899 bis Ende Februar 1900 trafen folgende britische Verstärkungen in Süd-Afrika ein: 4028 Offiziere, 107 594 Unteroffiziere und Mannschaften, zusammen 111 622 Mann. Davon gingen 1466 Offiziere und 40 907 Unteroffiziere und Mannschaften nach Natal. Seit Anfang März trafen in Süd-Afrika 1169 Offiziere und 33 627 Unteroffiziere und Mannschaften ein, was seit dem 9. November ein Total von 5197 Offizieren und 141 221 Unteroffizieren und Mannschaften, zusammen 146 418 Mann, ausmacht.

In Brighton werden am 6. April drei neue Batterien Feldartillerie, die 128., 129. und 130., gebildet werden, während in Chatham am gleichen Tage die 131. zusammentreten wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Streikbewegung in Carmaux.

Carmaux, 9. April. (W. T. B.) Trotz des Widerstands und Kundgebungen der ausständigen Arbeiter ist die Arbeit hier unter dem Schutze von Gendarmen wieder aufgenommen worden. Es wurden zwölf Verhaftungen vorgenommen.

Carmaux, 9. April. (W. T. B.) Als die heute früh eingefahrenen Grubenarbeiter die Schächte verließen, veranstalteten die Ausständigen Kundgebungen. Der Präfekt versprach auf Bitten der Ausständigen, zu Gunsten der wegen der Kundgebungen Verhafteten Schritte zu thun. In der Stadt herrschte heute früh lebhafte Bewegung.

Auf Verwenden des Präfekten sind drei der Teilnehmer an den heutigen Kundgebungen aus der Haft wieder entlassen worden.

Rußland in Ostasien.

London, 9. April. Das „Reutersche Bureau" erfährt, die zwischen den drei Mächten Rußland, Korea und Japan gepflogenen Verhandlungen wegen Erwerbung des Hafens Masampo durch Rußland hätten zu keinem Resultat geführt, weil Japan Korea in seinem Widerstand gegen die Forderung unterstützt habe. Rußland habe jetzt die Forderung gestellt, Korea sollte sich verpflichten, die Insel Kojedo (Cargodo) an keine fremde Macht abzutreten. Diese Abmachung werde von den Japanern nicht in günstigem Sinn angesehen. Es heiße, daß die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt seien. Von irgend einer Frage betreffend die Insel Quelpart sei in diplomatischen Kreisen nichts bekannt.

Gratz, 9. April. (W. H.) Seit dem 30. März ist das Schutzhaus von Hochlantsch unter einer sechs Meter tiefen **Schneedecke** begraben. Man befürchtet, daß das in demselben wohnende Ehepaar ums Leben gekommen ist. Erst heute ist es einer Hilfsexpedition gelungen, sich durch den Schnee durchzuarbeiten, um vielleicht die Leute noch zu retten.

Oedenburg, 9. April. (W. T. B.) Ueber das **Hochwasser** liegen hier folgende Meldungen vor: In dem Dorfe Hovej stehen einige Häuser unter Wasser. Bei Vittnyed ist der Damm an vier Stellen durchbrochen, infolgedessen sind 10 000 Joch Ackerland überschwemmt, zwei Brücken sind fortgerissen. Bei Repec-Szemerl ist der Bahnkörper in einer Ausdehnung von 300 Meter samt der eisernen Brücke fortgeschwemmt. In Csaford und Janosda stehen mehrere Häuser unter Wasser, einige sind eingestürzt. Die Raab ist im Steigen begriffen, wodurch die Umgegend von Kapuvar, Revalag und Sarkany gefährdet ist.

Verantwortlicher Redacteur: **Paul John** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Aus England.

London, den 7. April.

(Der Municipalsocialismus und seine Ankläger. — Arbeiterfreundliche Parlamentsbeschlüsse. — Ein Rechtsspruch gegen den Grafschaftsrat. — Die Irlandreise der Königin und die Nationalisten.)

Der starke Drang nach Ausdehnung der Gemeindethätigkeit, der sich unter der Wirkung der Demokratisierung der Gemeinde-Vertretungen seit einer Reihe von Jahren in England bemerkbar macht, hat die Welt der kapitalistischen Unternehmer und ihre theoretischen oder doktrinären Vorkämpfer zu allerhand Gegenaktionen angestachelt. Das englische Parlament ist im ganzen noch wenig vom Socialismus angesteckt, wenngleich es sich schon vieler Ketzereien gegen St. Manchester hat zu Schulden kommen lassen. Aber in den Gemeindevertretungen feiert der Socialismus oder dessen Abart, der „Municipalsocialismus", seit Jahren allerhand Triumphe. Hier sitzen in vielen Städten Socialisten der verschiedenen Schulen und Gewerkschaftsvertreter im Rat, und selbst wo das nicht der Fall, zwingt die Rücksicht auf die Wähler aus der Arbeiterklasse zum Bruch mit dem alten Schlendrian. Das Gemeindewahlrecht ist zwar noch immer an Beschränkungen geknüpft, welche diejenigen, die ihre Wohnung nicht selbständig inne haben, von der Wahl ausschließen, aber dafür hat England keine Sondervertretung von privilegierten Klassen. Das giebt in den industriellen Orten oder Bezirken der Arbeiterklasse, wenn nicht das thatsächliche so doch das potentielle Uebergewicht. Es nötigt zu stärkerer Fürsorge für die Bedürfnisse der ärmeren Klassen und damit zu erhöhten Ausgaben, was wieder zur Ausschau nach neuen Einnahmequellen drängt. Vor die Wahl gestellt, die Gemeindesteuern heraufzuschrauben oder einträgliche Unternehmungen in Gemeindebetriebe zu verwandeln, wird aber der konservativste Stadtvater leicht zum Socialisten. Daher allerorts Kommunalisierung von Gasanstalten, Wasserleitungen, Straßenbahnen, elektrischen Anlagen usw. Nach einer im Vorjahre veranstalteten amtlichen Erhebung ziehen die städtischen Kommunen Englands zur Zeit aus solchen Betrieben durchschnittlich 3,6 Millionen Pfd. Sterl., beziehungsweise 72 Millionen Mark im Jahr, und doch steht die Bewegung erst in ihren Anfängen.

Aber nun beginnt sich die Gegenaktion zu regen. Bisher bloß lokal am Werk, hat sie jetzt sich zu nationalem Vorgehen aufgerafft. Alle größeren Unternehmungen, die ein natürliches Monopol repräsentieren, bedürfen in England der Konzessionierung durch das Parlament. Da ist es nun in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß die Gesuche kapitalistischer Gesellschaften, um die Konzessionierung von Elektricitätswerken 2c. an dem Einspruch der beteiligten Munizipalitäten gescheitert sind, die sich selbst die Anlage vorbehalten wollten. Dies ist unter andern einer Gründergesellschaft passiert, die voriges Jahr einen mehrere Grafschaften umspannenden Riesendistrikt Mittelenglands für von ihr geplante Elektricitätswerk zu „belegen" versuchte. Die Vereitelung des Versuchs führte zur Entdeckung, daß der Gemeindesocialismus Vornahme von Handelsgeschäften durch die Gemeinden — „municipal trading" — sei, und der Ruf erscholl, das Parlament möge diesem Einbruch in die legitime Sphäre der privaten Unternehmung irgendwie steuern, den einbrecherischen Gemeinden schärfer auf die Finger sehen.

Bei Lord Salisbury, der in diesen Dingen fast so halsstarriger Manchestermann ist wie Eugen Richter, fand der Ruf williges Gehör. Und so hat sich die Regierung breitschlagen lassen, den Antrag auf Anstellung einer parlamentarischen Untersuchung einzubringen, der befinden soll,

„nach welchen Principien die an Gemeinden und andren Ortsverwaltungen übertragenen Vollmachten zum Betrieb industrieller Unternehmungen innerhalb oder außerhalb ihres Verwaltungsgebiets zu regeln sind".

Trotzdem der 276 Städte umfassende Verband der Gemeindevertretungen Englands sich einstimmig gegen die Untersuchung, d. h. dagegen erklärt hatte, daß man ein für allemal feste Regeln darüber aufstelle, welche Unternehmungen den Gemeinden anzuvertrauen seien und welche nicht, ist der Antrag trotzdem vorgestern mit 141 gegen 67 Stimmen angenommen worden. Die Mehrzahl der Liberalen stimmten gegen ihn, doch fanden sich auch einige von ihnen auf der Regierungsseite, während eine Anzahl Konservativer, darunter der Großfabrikant Mayle und der Präsident der Vereinigten Handelskammern, Sir A. K. Rollis, den Regierungsantrag energisch bekämpften.

Es wird also über den Municipalsocialismus Untersuchung eröffnet, allerhand Material zum Beweis für seine Verwerflichkeit angeschleppt werden. Dennoch ist ein Sieg seiner Gegner unwahrscheinlich. Es mag ihnen im äußersten Fall gelingen, ein bißchen zu bremsen, aber auch das würde nicht lange vorhalten. Die Kräfte, die auf ihn hinwirken, sind viel zu sehr Produkt der Verhältnisse und erhalten immer neue Verstärkungen.

Ein Beispiel für die Lebenskraft des Municipalsocialismus liefert die jetzige Bewegung zu Gunsten einer energischeren Fürsorge der Gemeinden für gute Volkswohnungen. In dieser Frage hat die Manchesterlehre so sehr bankrott gemacht, daß die Regierung selbst sich genötigt gesehen hat, eine Vorlage einzubringen, die den Gemeinden das Bauen oder Erwerben von Häusern außerhalb ihres Verwaltungsgebiets erlauben soll. Diese Vorlage ist von allen Seiten als nicht weitgehend genug bezeichnet worden, und die erwähnte Städtekonferenz verlangt in einer Resolution fernerhin das Recht für die Gemeinden, Grund und Boden für spätere Bauzwecke im voraus erwerben und halten zu dürfen. Ein Zusatzantrag, der das Recht auf Zwangsenteignung für solche Zwecke verlangte, ward nur deshalb zurückgezogen, weil er im jetzigen Parlament keine Aussicht auf Annahme habe. Er wird aber im Parlament von den Radikalen und den Arbeitervertretern energisch verfochten. Weiter verlangt die Städtekonferenz Erleichterung der Aufnahme von städtischen Anleihen für Bauzwecke und Ausdehnung der gesetzlichen Frist für die Ablösung solcher Anleihen. Ebenso wurde die Forderung des Rechts der Besteuerung von bebauten und unbebauten Grundstücken verlangt. Die höhere Besteuerung der Grundwerte wird voraussichtlich eines der Hauptstücke des Aktionsprogramms der Liberalen im nächsten Wahlkampf bilden. —

Mit Parlamenten ist's umgekehrt wie mit den Besen: sie kehren am besten, wenn es mit ihnen zu Ende geht. Regierung und Parlamentsmehrheit haben sich für die Ausdehnung des Chamberlainschen Unfallentschädigungs-Gesetzes auf die Landwirtschaft und andre, ursprünglich aus der Bill fortgelassene Berufe eingesetzt, und vorgestern (am 5. April) hat das Parlament ohne Opposition die zweite Lesung des Gesetzes genehmigt, das den Eisenbahn-Gesellschaften die Einführung automatischer Wagenverkoppelungen vorschreibt. Als Minister Ritchie voriges Jahr das dem Schutz des Lebens der Eisenbahn-Arbeiter bestimmte Gesetz einbrachte, brach ein wahrer Sturm von Angriffen wider dasselbe los, und der unglückliche Gewerbeminister konnte sich dieses Sturms nur dadurch erwehren, daß er eine Untersuchungskommission vorschlug, der die Frage zur Prüfung vorgelegt werden sollte. Diese Kommission hat ihre Sache wider Erwarten gut gemacht. Eisenbahn-Direktoren und Vertreter der Eisenbahnarbeiter haben in ihr, wie John Burns im Parlament erklärte, in einer Weise zusammengearbeitet, die zu den erfreulichsten Erscheinungen des Parlaments gehöre, und haben einen Gesetzesvorschlag vereinbart, der noch über die ursprüngliche Vorlage hinausgeht. Dieser radikalere Vorschlag aber ward vorgestern im Parlament von einer ganzen Flut von Segenssprüchen überschüttet. —

Vor dem Londoner Chancery Gerichtshof ist gestern ein Rechtsfall entschieden worden, der in das Gebiet des Munizipalsocialismus herüberschlägt. Die Straßenbahngesellschaft, deren Betrieb der Londoner Grafschaftsrat vor zwei Jahren übernahm, unterhielt auch einige Omnibusse, die die Verbindung zwischen ihren Hauptlinien durch Straßen herstellten, durch die keine Schienenstränge gelegt werden können. Der Grafschaftsrat hatte die Omnibusse mit übernommen und ließ sie als selbstverständlich in der alten Weise fungieren. Soweit stieß er auch auf keine Opposition. Als er aber vor kurzem eine neue und billige Omnibustour einrichtete, erklärten die Omnibusgesellschaften, das sei unerlaubter Wettbewerb, der Grafschaftsrat habe überhaupt kein Recht, Omnibusdienst zu betreiben, seine gesetzlichen Vollmachten lauteten ausschließlich auf den Straßenbahndienst. Und diese Ansicht ist in der That gestern im Chancery Gericht durchgedrungen. Der Richter erklärte, der Grafschaftsrat habe sich an den Buchstaben seiner Vollmacht zu halten, und da diese nichts von Omnibussen sage, sei der Betrieb ungesetzlich.

Natürlich wird die Sache nicht dabei bleiben. Aber vorläufig jubeln die Gegner des „socialistischen" Grafschaftsrats. —

Die Blätter sind voll von Berichten über die Irlandreise der alten Königin. Wenn man ihnen Glauben schenken kann, war die Aufnahme der Königin in Dublin eine überaus herzliche. Da Irland sehr viel Loyalisten zählt, war vorauszusehen, daß es an Hurrarufern nicht fehlen würde. Zudem hat die Königin nichts unterlassen, was die Irländer günstig für sie stimmen konnte, und schließlich halten es die Führer der Nationalistischen Partei für politisch klug, der königlichen Familie sich zwar zurückhaltend, aber nicht feindlich gegenüberzustellen. So sind größere Demonstrationen feindseliger Natur unterblieben, die Loyalisten und die Masse der leicht zu entflammenden Gefühlsmenschen hatten das Feld für sich. Hier und da versuchten Anhänger der extremeren Richtung Gegendemonstrationen, die aber ohne Mühe zerstreut werden konnten. Das Blatt „United Irishman", das wegen eines sehr heftigen Ausfalls auf die „Hungersnot-Königin" von der übereifrigen Polizei konfisziert wurde, wird von den meisten Nationalisten, wie der „Star" berichtet, für ein Lockspitzelblatt, seine Herausgeberin, Miß Donne, die eine Schönheit ersten Ranges sein soll, für eine russische Agentin gehalten. Selbst Michael Davitt, der jetzt auf der äußersten Linken der Homerule-Partei steht, soll jeden Verkehr mit ihr und ihrem Anhang aus dem Wege gegangen sein. —

Sociales.

Ein internationaler Arbeiterschutzkongreß wird unter den Auspicien des französischen Handelsministeriums vom 25. bis 28. Juli dieses Jahrs in Paris tagen. Der Kongreß schließt sich an die bisherigen Arbeiterschutzkongresse von Zürich und von Brüssel an, und wie jene Kongresse soll er allen Parteien offen stehen.

Sargschiffe. Das Seeamt in Bremerhaven verhandelte am Donnerstag über die Strandung der Schoonerbrigg „Friedrich" an der schottischen Küste. Das Schiff war 117 Registertons groß und 1864 erbaut.

Nach Schluß der Beweisaufnahme führte der Reichskommissar Chüden aus: Aus den Zeugenaussagen sei ersichtlich, daß der Verlust des Schiffs lediglich auf dessen Altersschwäche und Seeuntüchtigkeit zurückzuführen sei. Vom Kapitän sei die Windstärke auf 6 bis 7 geschätzt. Das sei ein Wetter, bei welchem die Schiffe in der Nordsee seetüchtig bleiben müßten. Es müsse im Interesse von Schiff und Besatzung gefordert werden, daß Schiffe, die dies nicht leisten, von der Schiffahrt ausgeschlossen werden. In jedem andern Betrieb sei eine staatliche Aufsicht vorhanden, nur bei der Schiffahrt nicht. Um so mehr sei es Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Klassifikations-Gesellschaften das leisten, was verlangt werden muß. Die Schiffsleitung und die Mannschaft treffe keine Schuld. Der Energie und Umsicht des Kapitäns sei es vielmehr zuzuschreiben, daß kein Menschenleben verloren gegangen ist.

Die organisierten Seeleute fordern seit langer Zeit vergeblich Kontrolle der Schiffe sowohl beim Bau wie beim Auslaufen durch das Reich und gesetzliche Vorschriften über die Beschaffenheit, Ausrüstung und Bemannung der Schiffe. Sie haben diese Forderung auch zu den dem Reichstage jetzt zugegangenen Gesetzentwürfen betreffend Seemanns-Ordnung 2c. gestellt. Ob man sie berücksichtigen wird, ist allerdings mehr als zweifelhaft.

An der Spitze der Socialreform soll bekanntlich Deutschland marschieren. Dabei läßt man sich fortwährend von andren Staaten übertreffen. Das Arbeitersekretariat in Halle erhielt vom Arbeitsstatistischen Amt in Wien — einer Einrichtung, die man bei uns auch noch nicht kennt — folgendes Schreiben:

> Für die Zwecke einer Arbeit über die Errichtung und bisherige Thätigkeit der verschiedenen Arbeitersekretariate und Arbeiterkammern erlaube ich mir das höfliche Ersuchen zu stellen, mir die hierorts noch fehlenden dortigen Statuten, Geschäftsordnungen, Jahresberichte und sonstigen Publikationen übersenden zu wollen, wofür ich im voraus meinen verbindlichsten Dank abstatte.

Wie aus dem Schreiben hervorgeht, hat die östreichische Behörde die socialpolitische Bedeutung der Arbeitersekretariate erkannt und widmet ihnen die gebührende Beachtung. In Deutschland werden diese und ähnliche Arbeiterschöpfungen fast ausnahmslos von polizistischen Gesichtspunkten aus betrachtet und als Einrichtungen zur Verhetzung der Arbeiter behandelt.

Soziale Rechtspflege.

Der Fensterputzer U. beanspruchte von Herrn Pohle, dem Inhaber eines Fensterreinigungs-Instituts, den Lohn für zwei Tage, an denen er sich des Morgens vergeblich zur Verfügung gestellt hatte. Der Beklagte bestritt vor der Kammer VIII des Gewerbegerichts jede Verpflichtung. Er behauptete, es sei dem Kläger die Bedingung gestellt worden, daß er sich stets des Morgens einzufinden habe; jedoch sei ihm gesagt worden, daß er nicht auf Bezahlung rechnen könne, wenn er nicht beschäftigt werde. U. widersprach dieser Behauptung. Er müßte indessen zugeben, daß er schon öfter des Sonnabends mit Abzügen einverstanden gewesen war, wenn er im Laufe der Woche an einzelnen Tagen unverrichteter Sache wieder hatte nach Hause gehen müssen. Der Kläger wurde mit folgender Begründung abgewiesen: An sich stehe selbst bei Kündigungsausschluß dem Arbeiter ein Lohnanspruch für einen Tag zu, wenn er am Morgen oder im Laufe des Tags fortgeschickt werde. Im vorliegenden Falle sei aber anzunehmen, daß ein stillschweigendes Einverständnis mit der Nichtzahlung vorliege. Nachdem der Kläger sich wiederholt entsprechende Abzüge habe gefallen lassen, könne er jetzt nicht mit einem Male für die fraglichen Tage eine Entschädigung verlangen. Besser und billiger mit Rücksicht auf die Arbeiter wäre es ja, wenn der Arbeitgeber den Arbeiter schon am Abend vorher davon unterrichte, daß am andren Tage keine Arbeit für ihn vorhanden sei.

Gerichts-Zeitung.

Feurige Kohlen sind gestern dem bekannten Fabrikbesitzer Dopp von socialdemokratischer Seite aufs Haupt gestreut worden. Dieser Herr war, wie noch erinnerlich sein wird, vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt worden, weil er den Arbeiter Weinberg, als dieser an die aus der Doppschen Fabrik kommenden Arbeiter Einladungen zu einer gewerkschaftlichen Versammlung verteilte, „verfluchter Socialdemokrat, Hetzer, Anarchist, Brandstifter" geschimpft hatte. Dopp legte gegen das Urteil erster Instanz Berufung ein, denn er will die angeführten Schimpfworte nicht auf Weinberg, sondern auf die umstehende Menschenmenge bezogen haben. Vor der Berufungskammer schlossen die Parteien, der Anregung des Vorsitzenden folgend, einen Vergleich auf folgender Grundlage: Der Beklagte Dopp erklärt, er habe nicht die Absicht gehabt, den Kläger Weinberg zu beleidigen, er bedaure, die beleidigenden Aeußerungen, falls sie auf den Kläger bezogen werden könnten, gebraucht zu haben. Beklagter erklärt sich zur Uebernahme sämtlicher Kosten des Verfahrens bereit und der Kläger zieht die Klage zurück.

Seht, wir „Hetzer" sind doch bessre Menschen, so kann man, ein bekanntes Dichterwort umschreibend, mit Bezug auf den Ausgang dieses Prozesses sagen. Aus Anlaß der Zettelverteilung vor der Doppschen Fabrik ist Weinberg lediglich infolge der Denunziation des Herrn Dopp wegen Hausfriedensbruchs mit einer Geldstrafe von 30 M. belegt worden, nachdem eine von Dopp eingereichte Denunziation wegen groben Unfugs nicht den von dem Fabrikbesitzer gewünschten Erfolg hatte. Trotzdem also Weinberg dem Eifer Dopps eine immerhin empfindliche Strafe verdankt, war der in Ausübung seiner gewerkschaftlichen Thätigkeit schwer gekränkte Arbeiter so großmütig, auf eine Bestrafung der ihm widerfahrenen, und in erster Instanz durch drei Zeugen erwiesenen Beleidigung zu verzichten.

Möge Herr Dopp und seinesgleichen daraus für die Zukunft die nötige Lehre ziehen und socialdemokratischen Arbeitern gegenüber namentlich dann, wenn diese in Ausübung ihrer gewerkschaftlichen Pflicht begriffen sind, sich eines gesitteten, achtungswürdigen Betragens befleißigen!

In der Strafsache v. Kriegsheim ist jetzt dem Angeklagten und den Rechtsanwalten Morris und Dr. Schwindt das Urteil zugestellt worden. Es umfaßt nicht weniger als 220 Seiten. Der Angeklagte selbst hat neben der von den Verteidigern einzureichenden Revisions-Rechtfertigungsschrift noch seinerseits Revisionsanträge zu Protokoll des Gerichtsschreibers gestellt. Er beschwert sich darin insbesondere darüber, daß vor der Verhandlung jedes einzelnen Falles die Darstellung der Anklageschrift in der mündlichen Verhandlung durch den Vorsitzenden verlesen worden sei. Der Angeklagte behauptet, daß hierdurch die beisitzenden Richter gegen ihn eingenommen worden seien, da sie auf diese Weise die einseitige Darstellung der Anklageschrift in sich aufgenommen hätten, ehe die Zeugen zu jedem einzelnen Punkt der Anklage gehört wurden. Da nun das Protokoll über diesen Vorgang keine Angaben enthält, so hat der Angeklagte v. Kriegsheim am Sonnabend zunächst in der Gerichtsschreiberei den Antrag auf Berichtigung des Sitzungsprotokolls gestellt, da dieses nach seiner Auffassung die thatsächlichen Vorgänge der mündlichen Verhandlung nicht richtig wiedergebe. Unter solchen Umständen dürfte die Entscheidung des Reichsgerichts in dieser umfangreichen Sache noch sehr lange auf sich warten lassen. Inzwischen wird in etwa 14 Tagen die Verhandlung in betreff des Graf Egloffsteinschen Falls vor sich gehen. Dieser Fall mußte aus der Hauptverhandlung im Februar ausgeschieden werden, weil K. behauptete, daß er sich hierüber erst erklären könne, wenn ihm seine beschlagnahmten Papiere wieder zugänglich gemacht seien.

Das sittliche Normalmaß. Daß es auch ohne lex Heinze geht, zeigt folgender Fall. Das Landgericht I Berlin hatte die beantragte Unbrauchbarmachung einer Schrift „Eine Nacht in Venedig" abgelehnt, weil dieselbe zwar geeignet sei, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung zu verletzen und die Phantasie des Lesers in sittlich verwerflicher Weise zu erregen, auch die Tendenz der Schrift dahin gerichtet sei; die Verletzung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls sei aber keine gröbliche. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und führte nach der „Dt. Juristenzeitung" u. a. aus: In früheren Urteilen sei allerdings das Wort „gröblich" bei Definition des Unzüchtigen gebraucht, bei andern aber nicht, und es habe damit durchaus nicht ein Begriffserfordernis aufgestellt werden sollen. Es sollen die Begriffe von Scham, Sitte und Anstand in geschlechtlichen Dingen beim Einzelnen geschützt werden. Es könne nicht erlaubt sein, dieses ideale Gut bis zu einem Grade zu verletzen, sondern das normale Maß jener Gefühle müsse unbedingt geschützt werden. Dieses normale Maß, eine gewisse Mittellinie, zu finden, sei Aufgabe thatsächlicher Natur und nur in diesem Sinne könne man von gröblich oder nicht gröblich sprechen. Der Vorderrichter habe es aber offenbar in andrem Sinne gethan; denn er hätte die Unzüchtigkeit verneinen und nicht bejahen müssen, wenn er nur gemeint hätte, die Schrift verletze nicht das normale Maß des im Volke herrschenden Scham- oder Sittlichkeitsgefühls. Außerdem habe der Vorderrichter aber auch unterlassen, in Betracht zu ziehen, auf welches Lesepublikum die Schrift berechnet sei; denn das gehöre zur richtigen Beurteilung einer Schrift.

Extrablattschwindel vor Gericht. „Vollständige Vernichtung der englischen Armee." Unter diesem alarmierenden Titel wurde eines Tages in der Stadt eins der bekannten „Extrablätter" ausgebrüllt. Ein Redacteur erstand ein solches, um zu sehen, welcher Schwindel dabei wieder obwalte, und fand außer der sensationellen Ueberschrift nur noch eine Depesche, welche einem Morgenblatt entnommen war und eine angebliche Depesche aus Pretoria, wonach über 20 Bahnzüge abgesandt werden mußten, um alle Verwundeten und Gefangenen aufzunehmen. Gegen den „Redacteur" dieses Extrablatts, Handelsmann E. Reiche wurde daraufhin die Anklage wegen Betrugs erhoben, er wurde aber vom Schöffengericht freigesprochen. Das Schöffengericht ging dabei von folgenden Gesichtspunkten aus: Der angeblich geschädigte Redacteur, der das Blatt gekauft, sei nicht geschädigt worden, denn er habe es in der Erwartung erstanden, daß darin ein Schwindel enthalten sei. Die sensationelle Ueberschrift sei eine Schlußfolgerung, die der Angeklagte aus der Depesche aus Pretoria gezogen, und stelle eine Uebertreibung dar, „wie sie in der heutigen Presse gang und gäbe sei" (!). Der Staatsanwalt legte Berufung ein und führte darin aus, daß die an erster Stelle im Extrablatt abgedruckte angebliche Depesche aus Pretoria überhaupt nicht vorgelegen habe und auch in keiner Tageszeitung abgedruckt worden sei, so daß die auf Sensation berechnete Ueberschrift ohne jede materielle Unterlage hergestellt und nur gewählt sei, um das Publikum hineinzulegen. Der Angeklagte behauptete, er habe mit einem Ausläufer des Wolffschen Telegraphen-Bureaus in Verbindung gestanden, der es ihm ermöglicht, habe, die Depeschen — unter denen sich auch die aus Pretoria befunden habe — abzuschreiben. Obgleich der Vorsitzende der fünften Strafkammer, Landgerichtsrat Rinne, wiederholt betonte, daß auch eine solche Depesche den Angeklagten keineswegs berechtigt hätte, die Vernichtung der ganzen englischen Armee in die Welt auszupofaunen, beschloß der Gerichtshof doch, die Sache zu vertagen, um dem Angeklagten Gelegenheit zu geben, den angeblichen Ausläufer des Wolffschen Bureaus namhaft zu machen, damit er als Zeuge vernommen werden kann.

Die bekannte Affaire Canitz gegen Dr. Echtermayer hat kürzlich vor dem Schöffengericht ihren Abschluß gefunden. Der Sachverhalt war folgender: In einer öffentlichen Versammlung am 5. Juli vor. J., in welcher Herr Canitz einen Vortrag über Männerkrankheiten hielt, hatte Dr. Echtermayer den Vortragenden „Lügner" und „Schwindler" genannt und ihn ins Gesicht geschlagen. Herr Canitz hatte deshalb Privatklage erhoben. Im Termin zog der Beklagte es vor, auf Vergleichsvorschläge einzugehen. Er gab dem durch Rechtsanwalt Ulrich vertretenen Kläger folgende Erklärung ab: „Ich bedaure die Vorgänge in der Versammlung vom 5. Juli 1899 und nehme die Herrn Canitz zugefügten ehrverletzenden Kränkungen zurück. Ich übernehme die Kosten des Verfahrens und räume Herrn Canitz die Befugnis ein, den Wortlaut dieses Vergleichs durch Veröffentlichung in einer Berliner Zeitung und im „Naturarzt" zu veröffentlichen." Nach anfänglicher Genehmigung des Vergleichs entfernte sich der Beklagte Dr. E. auf kurze Zeit mit seinem Verteidiger aus dem Sitzungssaale. Nach seinem Wiedereintritt erklärte er, seine draußen wartenden Kollegen seien über den beabsichtigten Vergleich so entrüstet, daß er davon zurückträte. Erst als ihm der Vorsitzende vorhielt, daß er doch selbst Mann genug sei, um selbständig zu handeln und daß die Ehrenerklärung in seinem Interesse liege, kam der Vergleich zum endgültigen Abschluß.

In dem Meineidsprozeß gegen die Kutscherfrau Pusch und die Arbeiterfrau Ziegran, welche beschuldigt waren, in dem Prozeß Rosengart einen Meineid geschworen zu haben, wurden beide Angeklagte freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte das Schuldig beantragt.

Versammlungen.

Die Brauer beschäftigten sich in einer am Sonntag abgehaltenen öffentlichen Versammlung mit dem Resultat ihrer Lohnbewegung. Ueber die von den Brauern aufgestellten Forderungen haben Verhandlungen mit dem Verein der Brauereien stattgefunden und letzterer hat, wie der Referent Richter mitteilte, folgendes bewilligt:

1. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden per Tag und zwar innerhalb 12 Stunden einschließlich 2 Stunden Pause in allen Brauereien, welche mit doppelten Kolonnen in Tag- und Nachtschicht arbeiten, und innerhalb 13 Stunden 3 Stunden Pause in denjenigen Brauereien, welche mit einfachen Kolonnen arbeiten. Dem Wunsche, auch in den Brauereien, welche zwar mit doppelten Kolonnen, aber nicht in Tag- und Nachtschicht arbeiten, die Arbeitszeit auf zwölf Stunden einzuschränken, wird man namentlich in den größeren Brauereien nach Möglichkeit Rechnung tragen.

2. Als Sonntagsarbeit gilt die Arbeit von Sonnabendnacht 12 Uhr bis Sonntagnacht 12 Uhr. Die Sonntagsarbeit ist nach Möglichkeit einzuschränken. Es dürfen nur solche Arbeiten, die überhaupt gesetzlich zulässig sind, ausgeführt werden. Alle Arbeit an Sonntagen ist als Ueberarbeit zu bezahlen.

3. Der Minimallohn für Brauergesellen soll für 6 Arbeitsschichten a 10 Stunden 30 M. — zuzüglich 2 M. als Wohnungsentschädigung — zusammen also 32 M. betragen.

4. Ueberstunden sollen an den Wochentagen nicht unter 50 Pf., an Sonn- und Feiertagen nicht unter 60 Pf. bezahlt werden.

5. Die Brauereien werden nach Möglichkeit für Beschaffung von Umkleideräumen sowie von Wasch- und Bade-Einrichtungen, wo solche nicht schon bestehen, besorgt sein.

6. Die Brauereien werden, wo dies nicht schon geschehen ist, einen Arbeiterausschuß errichten und in Funktion treten lassen.

7. Die einzelnen Brauereien sind bereit, die Lohnzahlung auf den Freitag zu verlegen, sofern der Arbeiterausschuß es beschließt.

8. Der Verein wird dahin zu wirken suchen, daß auch in denjenigen Brauereien, wo dies noch nicht der Fall ist, den im Sudhaus beschäftigten Brauergesellen eine Mittagspause von wenigstens einer Stunde gewährt wird.

9. Der Verein hat festgestellt, daß auch diejenige Arbeitszeit als Ueberarbeit zu bezahlen ist, während welcher Arbeitnehmer auf Anordnung der Betriebsleiter im Betriebe anwesend sein müssen, auch wenn sie keine Arbeit auszuführen haben. Innerhalb dieser Zeit gewährte feste Pausen sind in Abzug zu bringen.

10. In den zum Verein gehörenden Brauereien werden bei den eigentlichen Brauerei- und Mälzerei-Arbeiten in der Regel nur gelernte Brauergesellen beschäftigt. Im übrigen muß die Regelung dieser Frage den einzelnen Brauereien überlassen werden.

Nach längerer Diskussion nahm die Versammlung folgende Resolution an:

Die Versammelten stimmen den Abmachungen, welche die Fünfer-Kommission mit dem Verein der Brauereien getroffen hat, zu. Die Versammlung bedauert, daß die Arbeitgeber betreffs der Verkürzung der Arbeitszeit kein größeres Entgegenkommen gezeigt haben. Die Versammlung bedauert ferner, daß Punkt 10 der Abmachungen eine provisorische Fassung erhielt, und deshalb die Möglichkeit immer noch nicht ausgeschlossen ist, durch Einstellung billigerer Arbeitskräfte das Errungene illusorisch zu machen. Die Versammelten verpflichten sich, strengstens darüber zu wachen, daß die getroffenen Abmachungen gehalten werden, und wo es nicht geschieht, die Fünfer-Kommission zu benachrichtigen.

Hierauf berichtete Tröger über die Stellung der ringfreien Brauereien zu den Forderungen der Brauer. Diese Brauereien haben der Kommission teils gar nicht, teils ausweichend geantwortet, und verhalten sich mit wenigen Ausnahmen den Arbeitern gegenüber ablehnend. In der Diskussion betonten alle Redner, daß eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den ringfreien Brauereien durchaus notwendig sei, umsomehr, als in diesen Betrieben nicht selten arge Mißstände bestehen. Die ringfreien Brauereien müßten zur Anerkennung der mit dem Verein der Brauereien getroffenen Abmachungen gezwungen werden. Die Versammlung beschloß, die Fünfer-Kommission soll nochmals Verhandlungen mit den ringfreien Brauereien versuchen. Sollten dieselben kein Resultat haben, so bleibt der Kommission beziehungsweise der öffentlichen Versammlung alles Weitere überlassen.

Die Brauerei-Hilfsarbeiter waren am Sonntag in großer Anzahl in Kellers Saal versammelt, um über eventuell zu unternehmende Schritte zur Lohnfrage Stellung zu nehmen. Schüler leitete die Verhandlungen mit einem Vortrag über: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation" ein. Redner weist nach, wie das einige und geschlossene Vorgehen der Organisation bereits Erfolge zu verzeichnen hat. So hat die Kaiser-Brauerei ihren ungelernten Arbeitern (Brauerei-Hilfsarbeiter)n einen Minimallohn von 24 M. per Woche bewilligt. Ebenso haben die Ringbrauereien ein Entgegenkommen gezeigt. — So erfreulich diese Resultate als Anfang für die Lohnbewegung zu verzeichnen sind, so drohe aber von einer Seite Gefahr, welche sehr leicht Verwirrung in dem Vorgehen der Brauerei-Hilfsarbeiter anrichten kann. Es ist dieses das Eingreifen der Organisation der Handels- und Transportarbeiter beider Richtungen. Redner erinnert an die Vorgänge der Hilfsarbeiter in der Unionsbrauerei seitens der lokalorganisierten Handels-Hilfsarbeiter, ebenso verurteilt er auf das schärfste, daß der Centralverband der Handels-Hilfsarbeiter die Kutscher bezw. die Mitfahrer, der Brauereien für sich gewinnen will; dieses sei um so mehr zu verwerfen, als eine ganze Anzahl Kutscher bezw. Mitfahrer bereits dem Verband der Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter angehören. Die Versammlung bekundete ihr Einverständnis mit dem Referenten durch lebhaften Beifall. In der nun beginnenden Diskussion nimmt zunächst Streitner, Vertreter der Handels-Hilfsarbeiter centraler Richtung, das Wort und führt etwa folgendes aus: Seine Organisation habe nichts gethan, was die Brauerei-Hilfsarbeiter schädigen könnte. Die Kutscher sind von selbst zum Verband gekommen, um durch Anschluß an diesen ihre Lage verbessern zu wollen, weil, wie Redner behauptet, die Organisation der Brauerei-Hilfsarbeiter es nicht verstanden habe, hier helfend einzugreifen. Außerdem habe seine Organisation in dieser Sache Verhandlungen anbahnen wollen. Zu diesem Zweck habe sich der Vertrauensmann an den Vertreter der Brauer, Genossen Preuß, gewandt, dessen Auftreten jedoch jede Verhandlung zwecklos gemacht habe. Es sprachen noch einige Redner zu dieser Sache im Sinne Schülers. Link vom Gewerkschaftskartell meint, man solle in der Debatte alles unterlassen, was geeignet ist, nach außen hin Zerfahrenheit in der gegenwärtigen Bewegung anzurichten. Die leidige Angelegenheit wird vor einem andren Forum geregelt werden. — Sodann wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Brauerei-Hilfsarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammelten erklären ferner, daß zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine starke Organisation notwendig ist. Daher verpflichten sich sämtliche Anwesenden, soweit sie dem Verband der Brauerei-Arbeiter noch nicht angehören, diesem sofort beizutreten, da die Lebenshaltung der Brauerei-Hilfsarbeiter nur durch den Centralverband der Brauerei-Arbeiter gehoben werden kann." — Im „Verschiedenen" wurden die Zustände einiger Brauereien besprochen.

Der Centralverband der Handels- Transport- und Verkehrsarbeiter hielt am Sonnabend im Moabiter Gesellschaftshaus eine gutbesuchte Versammlung ab. Martini referierte über die letzten Lohnbewegungen im Berufe. In der Diskussion, an der sich verschiedene Redner beteiligten, wurde unter anderm geschildert, wie nachlässig die Innungs-Krankenkasse in der Erfüllung der ihr obliegenden Pflichten ist. So habe ein erkrankter Arbeiter drei Tage herumlaufen müssen, ehe er ärztliche Hilfe bekam. Es wurde den Arbeitern deshalb empfohlen, sich eifrig um die Verwaltung der Kasse zu kümmern und an den Generalversammlungen teilzunehmen.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter (lokale Richtung) hielt am 8. April ihre Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand die Abrechnung vom 1. Quartal. Diese ergab mit einem Bestand von 303,01 M. eine Einnahme von 1181,11 M. und eine Ausgabe von 907,09 M. Kiderer stellte den Antrag, von dem Bestand 200 M. dem Vertrauensmann, 74 M. dem Kassierer zu überlassen, dem wurde zugestimmt. Beschwerden über unpünktliche Zustellung der Zeitung sowie die Wohnungsänderungen sind an den Spediteur Hermann Lemke, Berlin, Graunstr. 5, Quergebäude II, zu richten.

Charlottenburg. In einer Versammlung der Schmiede, die am 4. April tagte, sprach Tischler Bleek über Ziel und Nutzen der Gewerkschaften. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Stellung zur Maifeier. Man beschloß, wo es möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen. Diejenigen, die arbeiten, sollen zum Maifonds 1 Mark beisteuern.

Rixdorf. Am 5. April hielt die hiesige Zahlstelle des Centralverbands der Maurer ihre Mitgliederversammlung ab. Nach einem Vortrag des Genossen Lankow beschäftigte sich die Versammlung mit der Maifeier. Es wurde beschlossen, den Besuch der Versammlung durch einen Stempel in das Verbandsbuch zu kontrollieren. Ein Accordmaurer wurde aus dem Verband ausgeschlossen.

Eingegangene Druckschriften.

Im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben Heft 13 und 14 des **„Arbeiterrecht"** von Arthur Stadthagen, Mitglied des Deutschen Reichstags, erschienen.

Dem Werke direkt angeschlossen ist der **Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch.** Mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge und Beschwerden usw.

Das „Arbeiterrecht" enthält alles, was für den Arbeiter notwendig ist zu wissen und macht Textausgaben der Gesetze erst verständlich. Das Werk wird in 22 Lieferungen von je 32 Seiten a 20 Pf. erscheinen.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteure entgegen.

Alle acht Tage erscheint ein Heft.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 28. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kant und der Socialismus. — Zur deutschen Bergarbeiterbewegung. Von Otto Hué. — Leo Tolstoi: Auferstehung. Von Robert Schweichel. — Die sociale Lage der Buchbinder und verwandter Berufsgenossen in Deutschland. Von Robert Albert (Dresden). — Berliner Theater. — Litterarische Rundschau: Die Schriftstellerin von Marie Mancke; Die Aerztin von Dr. Hans Hacker; Die Lehrerin von Rosalie Büttner. Dr. Karl Eisenhardt, Die Abrechnung mit England.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben die Nr. 8 des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Vorschläge. — Zur Kellnerinnenfrage. — Aus der Bewegung. — Die Untersuchung weiblicher Gefangener. — Notizenteil von Lily Braun und Klara Zetkin: Weibliche Fabrikinspektoren. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Kellnerinnenbewegung. — Frauenbewegung. — Frauenstimmrecht. — Der Ziegelschlag. Gedicht von F. v. Saar.

Marktpreise von Berlin am 7. April 1900
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*)Weizen	D.-Ctr.	15,10	14,10	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,—
*)Roggen	„	14,20	13,50	Kalbfleisch	„	1,60	1,—
Futter-Gerste	„	14,50	13,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
Hafer gut	„	15,—	14,40	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,30	13,70	Eier	60 Stück	4,—	2,40
„ gering	„	13,60	13,—	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
Richtstroh	„	4,50	4,00	Aale	„	3,—	1,—
Heu	„	7,20	4,80	Zander	„	2,60	1,—
†)Erbsen	„	40,—	25,—	Hechte	„	1,80	1,—
†)Speisebohnen	„	45,—	25,—	Barsche	„	1,80	0,80
†)Linsen	„	70,—	30,—	Schleie	„	3,—	1,20
Kartoffeln, neue	„	7,—	5,—	Bleie	„	1,20	0,80
Rindfleisch, Keule 1 kg		1,60	1,20	Krebse	per Schock	12,—	3,50
do. Bauch „		1,20	1,—				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuß. Landwirtschaftskammern — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner.

†) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 9. April. Die Tendenz war zu Beginn des Getreidemarkts für Weizen und Roggen fest. Die amerikanischen Börsen meldeten niedrigere Notierungen, doch blieben diese auf den hiesigen Markt ohne Einfluß, da die Nachrichten über den ungünstigen Saatenstand immer trüber lauten. Zwar sind die Meinungen über die Einwirkung der andauernden Niederschläge auf die Felder geteilt, doch ist im großen Ganzen die Ansicht vertreten, daß die Wirkung auf die Saaten ungünstig sein wird. Die Umsätze am hiesigen Platz waren nicht belangreich. Das Angebot hielt sich zurück und Auslandsware weniger reichlich offeriert. Weizen zog um ½—1 M., Roggen um ½—¾ M. an, Hafer unverändert, Mais ruhig. Rüböl zeigte schwache Haltung. Am Spiritusmarkt ging es ziemlich lebhaft zu. Gehandelt wurden 15 000 Liter 70er Locoware zur Sonnabendsnotiz mit 48,90 M.

Kartoffelfabrikate vom 9. April. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm 19,60 M., do. supra 20,— M., do. secunda 16—10 M. Prima Kartoffelmehl per 100 Kilogramm 19,57 M., do. supra 20,25 M., do. secunda 16—18 M. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kilogr. 10,70 M.

Eier-Bericht vom 9. April. Normale Eier je nach Qualität von 2,65—3,00 M. per Schock. Aussortierte kleine Ware je nach Qualität von 2,45 bis 2,55 M. per Schock. Tendenz: flau.

Witterungsübersicht vom 9. April 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	750	OSO	4	Regen	7	Haparanda	770	SO	2	wolkig	−2
Hamburg	750	WNW	2	Regen	4	Petersburg	770	Still	—	Dunst	−1
Berlin	749	WNW	3	Regen	7	Cork	758	N	3	hlb. bed.	9
Wiesbaden	754	W	4	bedeckt	4	Aberdeen	753	S	4	bedeckt	5
München	755	W	4	Regen	2	Paris	759	SSW	1	bedeckt	5
Wien	753	SW	3	bedeckt	5						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 10. April 1900.

Zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe mit geringen Niederschlägen und mäßiger Luftbewegung; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementsquittung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Christiana. Kirste. Ein kurzer Auszug aus Ihrem Bericht ist am 5. April im „Vorwärts" erschienen.

Ende. Einen solchen Verein kennen wir nicht. Vielleicht meinen Sie den Verein für Volksunterhaltungen, Vorsitzender Geh. Sanitätsrat Dr. Küster, Tempelhofer Ufer 21.

J. B. Uns unbekannt. Wenden Sie sich an einen höheren Bahnbeamten.

D. 83. Das können wir nicht entscheiden.

Neue Kunstblätter in Kupferradierung

Der große Beifall, den die zu Weihnachten erschienenen

Kunstblätter Marx und Engels

gefunden haben, hat uns veranlaßt, die

Portraits von Bebel, Liebknecht und Singer

in Kupfer-Radierung auf China-Papier folgen zu lassen, und zwar um ihnen eine allgemeine Verbreitung zu sichern, in kleinerem Formate, nämlich 55:40 Centimeter

zum Preise von Mk. 1,50 pro Blatt.

Der beispiellos billige Preis dieser meisterhaft ausgeführten Kunstblätter ist natürlich nur bei Massenabsatz möglich.

Wie von den Marx- und Engels-Radierungen, haben wir auch hiervon eine kleine Anzahl

Remarkdrucke Bebel, Liebknecht, Singer

auf Japan-Papier

zum Preise von Mk. 10 pro Stück, Mk. 25 für alle drei zusammen, herstellen lassen, die wir bestens empfehlen. Von den Marx- und Engels-Remarken sind nur noch eine sehr beschränkte Anzahl vorhanden. Zahlreichen Aufträgen sieht entgegen

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 19, Beuthstr. 2.

Charlottenburg!!

Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.

Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [4087L*

Dem verehrlichen Publikum

gestatten wir uns, die ergebene Mitteilung zu machen, daß wir vom 1. April cr. ab die **Fleisch-Kochanstalt auf dem Städtischen Schlachthof, Eingang Thaerstraße,** in eigne Verwaltung genommen haben.

Der Verkauf von Fleisch, sowie Talg und Schmalz findet täglich von 8 bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags statt.

Rindfleisch pro Pfund 25 Pf.

Schweinefleisch pro Pfund 45 Pf.

bis auf weiteres. 4384Q*

Schlachtvieh-Versicherung vereinigter Viehkommissionäre Berlins.

Prenzlow.

Den Gewerkschaften 2c. zur gefl. Kenntnis: 4229

Berliner Ulk-Trio

durch Zufall 1. Mai frei!

F. Schener, Stralsunderstr. 1.

Zahnarzt Semmel

wohnt jetzt **Moritzplatz,** Oranienstraße 147, i. Hause von Buggenhagen.

Fort mit den Warzen!

Mein Warzenstift beizt nicht u. schmerzt nicht, wirkt aber wunderbar, wie aus folgender Anerkennung zu ersehen ist. Zu beziehen pro Stift 60 Pfg., Porto 20 Pfg. von **Paul Koch,** Gelsenkirchen Nr. 411½. Einziger Lieferant in Deutschland.

Preislisten über Neuheiten gratis und franko.

Freiwillige Anerkennung.

Stadtbach, 26. 9. 1899.

Geehrter Herr Paul Koch!

Ich danke Ihnen recht schön für Ihren wunderbaren Warzenstift. Ich habe eine Warze 11 Jahre gehabt und seitdem ich den Stift gebraucht habe ist die Warze weg.

Achtungsvoll Dom. Dolinschek.

Dr. J. Lilienthal

Arzt für Hautkrankheiten

wohnt jetzt **Kommandantenstr. 46.**

12—2, 4½—6, Sonntags 10—11.

Filzhüte für Herren

neueste Form 1,50 u. 2,00,

hochfeine Mustersachen 2,25 u. 2,50, extrafeine 3,00—4,00. [4391Q*

im **Hut-Engroslager** Prenzlauerstr. 20, 2 Tr.

Confirmand.- u. Kind.-Hüte / in großer Cylinderhüte u. Chap. claq. / Auswahl.

Kathreiner' Malzkaffee

besitzt in hohem Grade das Aroma des Bohnenkaffees. Er ist daher ein wirklich geschmackverbessernder Zusatz und jedenfalls der beste Ersatz für Bohnenkaffee.

Gluten-Kakao
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze

MAGGI

stets vorrätig bei **Hermann Lindke,** N., Pankstr. 13.

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.

Coulante Zahl.-Bed. **H. & M. Lewent.** Beamten ohne Anzahl.

Ueber

500000 Mk.

verloren

werden jährlich von Schneidermeistern! Da ich nur gegen Kasse verkaufe, daher keine Verluste habe, bin ich im stande, [4016Q*

für 25—45 Mark

elegante Anzüge nach Maß,

für 25—42 Mark

elegante Paletots nach Maß,

für 7—15 Mark

elegante Beinkleider nach Maß zu liefern.

Hermann Graf

Schneidermeister

Alexanderstrasse 30.

2. Geschäft: **Adalbertstr. 90,** Ecke Oranienstraße.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Harn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit., heilt sicher ohne Berufsstörung. [3978Q*

R. Wagner, Invalidenstr. 151/I (fr. Wallstraße 23.)

9-2, 5-9, Sonntags 9-2.

! Fuselrein !

muß es sein, was Ihr trinkt. Unbedingt erfüllt diese Anforderung im höchsten Grade der **Stralsunder Korn** von Carl Sass, Getreidebrennerei, Stralsund.

Vorrätig i. all. größ. Destillationen. Generaldepot Usedomstr. 31. Amt III 404. [3937Q*

Möbelstoffe!!

auch Reste! alle Qual. selten billig! Gelegenheitskauf: **Mocquett-Plüsche 5,35 M.** per Meter (130 cm breit). [4381Q* Muster b. näherer Angabe franco.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Haut- und Harn-Leiden

heilt 3966Q*

ohne schädliche Mittel

E. Herrmann, Apotheker, Georgenkirch-Platz Nr. 21.

Sprechst. 10—1½ u. 5—8.

Kunststopferei

von 3728Q*

Frau Kokosky,

Steinmetzstr. 48, Querged. hochpart.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 10. April.

Opernhaus. Die Beichte. Der Evangelimann. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Die Tochter des Erasmus. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Winterschlaf. Hierauf: Paracelsus. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Nora. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Arria und Messalina. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Frau Sonne. Hierauf: Im Exil. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Carmen. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Hinrich Lornsen. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Puppe. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Maria Magdalena. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Cirkus-Fee. Vorher: Einer muß heiraten. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Ein gesunder Junge oder: Onkel Cohn. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Die neue Herrin. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theatersaal): „Von den Alpen zum Vesuv." Im Hörsaal: „Reisebilder aus Kamerun".

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.

Die Puppe. (La Poupée).

Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ed. Andran. Mittwoch und Donnerstag: **Die Puppe.**
Sonnabend, den 14. April. (Eröffnung der Sommer-Saison.)

Berlin nach Elf.

Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.
Oster-Sonntagnachm. zu halben Preisen **Der Bettelstudent.**
Oster-Montagnachm. zu halben Preisen **Der Zigeunerbaron.**
Abends: **Berlin nach Elf.**

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Direktion R. Schultz.
Dienstag, den 10. April 1900:

Das brillante große April-Specialitäten-Programm.
Um 10 Uhr:
Die Frauenparade aus der Operette **„Verkehrte Welt".**
Anfang an Wochentagen 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen 7½ Uhr. Rauchen in allen Räumen gestattet.

Apollo-Theater.

Das grossartige April-Programm.
Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Victoria-Theater, Alexanderplatz.
Abends 8 Uhr: Ensemble-Gastspiel des Wilhelm-Theaters:

Die Cirkus-Fee.
Operette in 2 Akten von E. Jelisch. Musik von H. Scheibenhofer.
Vorher: **Das Versprechen hinterm Herd.** Nandl . . . Frau Decker-Segisser a. G.

Palast-Theater

früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22.
Das große erstklassige **April-Programm.**
Noch nie dagewesen!
Die mysteriösen Elefanten
14 dressierte Ziegen.
Der musik. Electric-Genius.
Nur noch bis Donnerstag das erfolgreiche Berliner Liederspiel
Die neue Herrin.
Hauptrolle Direktor **Fröbel.**
Anf. Vorst. 7½ Uhr, Konzert 6½ Uhr. Billet-Vorverkauf v. 11—1 Uhr.
Freitag u. Sonnabend geschlossen.
Am 1. Ostertag **Fest-Vorstellung.**
Sensationelles neues Programm.

Belle-Alliance-Theater.

Ein toller Einfall.
Schwank in 4 Akten von Karl Laufs.
Kassenerdffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr. — Ende ½11 Uhr.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv."
Im Hörsaal:
„Reisebilder aus Kamerun."
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. **Sternwarte.**
Nachmittags 5—10 Uhr.

Anatomisches Museum
im
Passage-Panopticum.

Heute Dienstag, den 10. April, abends 7 Uhr:
Vortrag eines Arztes über das
menschliche Auge.

CASTANS PANOPTICUM

Original-italienische Sänger- u. Konzert-Gesellschaft
„Colombo".
Die neuen sensationellen
lebenden Photographien.
Stiergefecht. — Mann über Bord. — Stapellauf eines modernen Schlachtschiffs. — Baby-Wäsche u. v. a. m.
Joubert †. — Krüger. — Cronje.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr: **Hinrich Lornsen.**
Bürgerliches Trauerspiel in 3 Aufzügen von Erich Schlaikjer.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Neu einstudiert: **Brand.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Brand.**

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Drittletzte Woche vor der Abreise nach Hamburg.
Täglich: Riesenlacherfolg!
Im Himmelhof.
Thomas, Thielscher, Helmerding, Junkermann, Paulmüller.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Im Himmelhof.**
Freitag, den 13. April (Karfreitag), abends 7½ Uhr: Oratorium-Aufführung **„Elias"** von Mendelssohn.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132.
Deutsche Volksbühne.
Einmalige Aufführung:
Maria Magdalena.
Trauerspiel in 3 Akten von Hebbel. Regie R. Wach. Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.
Vom 9. bis 15. April
Geschlossen.
Am 1. Oster-Feiertag:
Das Schloß am Meer.
Schauspiel in 5 Akten von Walther.

Donnerstag, den 12. April: **Unwiderruflich letzte Vorstellung. Schluß der ersten Saison.**

Cirkus Schumann.

Heute, Dienstag, den 10. April, abends präc. 7½ Uhr:
Gala-Vorstellung.
Ganz besonders gewähltes Programm.
12 der besten Nummern des reichhaltigen Repertoirs. Ferner Auftreten der neu engagierten Kunstkräfte sowie Direktor **Alb. Schumann** mit seinen anerkannt unerreicht dastehenden Original-Dressuren. Zum Schluß: Zum unwiderruflich letztenmale der 1. und 2. Akt von
Doktor Faust.
Eine romantisch-phantastische Handlung in drei Abteilungen vom Hofballettmeister **A. Siems.**
Mittwoch, den 11. d. M.: Grande soirée equestre. Ehren-Abend des Direktors Alb. Schumann.
Donnerstag, den 12. April: Dank- und Abschieds-Vorstellung.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Heute geschlossen.
Nächste Vorstellung:
Sonntag, den 15. April
1. Osterfeiertag.
An den 3 Osterfeiertagen:
Gr. Extra-Vorstellungen
mit darauf folgendem
Tanzkränzchen.

Cirkus Busch.

Nur noch 3 Tage. Heute, abends 7½ Uhr: **Elite-Gala-Abend.** Zum 152. Male: Die Camorra. Außerdem die grandiosen Specialitäten: Shadow Brothers, moderne Gladiatoren, Signor Farini, Jongleur par excellence. Das Dreigespann. Die weiße Dame. Miß Lala Lee. Dir. Busch, der Gipfel der Dressur.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger**
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Deutsche Konzert-Hallen

Stadtbahnhof Börse.
Täglich:
Grosse Theater- und Variété-Vorstellung.
Die Humoristen **Hilbach, Grosch, Zimmermann, Gursch, Benari.**
„Die Lucca von Rixdorf"
sowie
Sergeant Schneidig und militärische Eindrücke.
Beginn der ausländischen Orchester Wochent. 6 Uhr, der Theaterabt. 8 Uhr.

Bekanntmachung.

Die ordentliche
General-Versammlung
der
Orts-Krankenkasse
für den Gewerbebetrieb
der Kaufleute, Handelsleute u. Apotheker
findet statt am
Dienstag, den 24. April cr., abends 8½ Uhr, in den „Armin-Hallen", Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahres-Rechnung pro 1899.
2. Abänderung des § 55 und § 64 des Kassenstatuts.
3. Wie stellen sich die Delegierten zur ärztlichen Behandlung der Familienangehörig. d. Mitglieder?

Der Vorstand:
Aug. Werner, Vorsitzender. **H. Philipsohn,** Schriftführer.

Gänsefedern 60 Pf.

pr. Pfd. (größere zum Reißen). **Schlachtfedern,** wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50, füllfertiger Gänserupf M. 2.00, bessere daunige Waare M. 2.50, 3.00, beste schneeweiße M. 3.50, russische Daunen M. 3.50, weiße böhm. Daunen M. 5.00, gerissene Federn M. 1.50, 2.00, 2.50. Prima gerissene M. 3.00, 3.50. Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46a.
Erste Bettfedernfabrik m. electr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

Falbe

44 Elsasserstr. 44
(am Oranienburger Thor).
Behandl. aller **Haut-, Harn- u. Blasenleiden** ohne Berufsstörung, **ohne schädl. Mittel u. Gifte.** Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9—3. 39702*
Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz.

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Steindrucker

Wilhelm Schülzke

am Freitag verstorben ist. Die Beerdigung findet **heute,** Dienstag, den 10. April, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zionskirchhofs in Nieder-Schönhausen aus statt.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
248/20 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter [414b

Anna Rehfeldt

geb. **Wallals** nach schwerem Leiden am 7. April verstorben ist.
A. Rehfeldt. Gertrud Rehfeldt.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. ds., nachm. 5 Uhr, vom Begräbnisplatz der Freireligiösen Gemeinde (Pappel-Allee) aus statt.

Danksagung.

Allen, welche unserm lieben Sohn und Bruder **Georg Wenzke** die letzte Ehre erwiesen, sowie für die vielen Kranzspenden und den Herren vom Gesangverein sagen wir unsern tiefgefühlten Dank. 421b
Die trauernden Eltern und Brüder.

Danksagung.

Für die überaus große Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Manns sage allen Freunden u. Bekannten, im besonderen der Firma W. Spindler, seinen Kollegen, dem Textilarb.-Verein Köpenick, dem Soc. Arb.-Bild.-Verein, sowie dem Gesangv. „Freiheit" unsern tiefgefühlten Dank.
Ww. Richter nebst Kindern u. Angeh.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von [40849*

Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes.

Donnerstag, den 12. April cr., abends 8½ Uhr, in den **„Armin-Hallen",** Kommandantenstr. 20:

General-Versammlung der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.

Tages-Ordnung!
1. Vorlegung des Verwaltungsberichtes und Rechnungsabschlusses für das Jahr 1899.
2. Bericht des Ausschusses über die vollzogene Rechnungsprüfung und Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung.
3. Antrag auf Bewilligung einer Entschädigung für die Kassenmitglieder des Rechnungsabschlusses.
4. Beratung und Beschlußfassung über die Entscheidung des Bezirksausschusses betreffend die in der Generalversammlung vom 9. November 1899 beschlossene Abänderung des Statuts. 238b
5. Antrag der Kassenbeamten auf Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden und Gehaltserhöhung.
6. Verschiedene Mitteilungen des Vorstands.

Berlin, den 2. April 1900.
Der Vorstand.
A. Doehne, Vorsitzender. **A. Kelpin,** Schriftführer.

Ich habe meine Wohnung vom Moritzplatz (Aschinger-Haus) nach **Prinzenstraße Nr. 59** verlegt. 272b
Dr. Simmel,
Specialarzt f. Haut- u. Harnleiden.

II. Wahlkreis.

Dienstag, den 10. April cr., abends 8½ Uhr, bei Habel, Bergmannstraße Nr. 5/7:

Generalversammlung des Wahlvereins.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl des Gesamtvorstands. 4. Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Mitglieder sind verpflichtet, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Zur Beachtung! Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß noch eine große Anzahl Billets der Treptower Sternwarte auf den Zahlstellen liegen und ersucht der Vorstand, daß die Mitglieder während der Feiertage dieselben zum Besuch der Sternwarte zahlreich benutzen. Ferner haben viele Mitglieder die auf den Zahlstellen befindlichen Karten noch nicht ausgefüllt; dieselben haben dieser Pflicht schleunigst nachzukommen.
238/6* **Der Vorstand.**

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 10. April, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Breuer, Gr. Frankfurterstr. 117:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Reichstags-Abgeordneten **Fritz Kunert** über: „Die gegenwärtige politische Situation". 2. Thätigkeitsbericht des Vorstands. 3. Bericht des Kassierers. 4. Wahl des Vorstands. 5. Wahl der Revisoren. 6. Verschiedenes. 242/12*
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Quittungsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Socialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 10. April, abends 8½ Uhr, in den Arminiushallen, Bremerstraße 72/73:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Ströbel** über: **„Das Liebäugeln der bürgerlichen Nationalökonomen mit der Arbeiterbewegung und die Stellung der Socialdemokratie."** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**
NB. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am **13., 20.** und **27. Mai Sonder-Vorstellungen** in der **„Urania"** stattfinden. Billets sind vom **12. April** ab bei den Bezirksführern zu haben. — Die **Vorstandsmitglieder** werden gebeten, sich am **Mittwoch, den 11. April, abends 9 Uhr,** bei **Krause** einzufinden. 246/19*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung, Einsetzer!

Von heute ab befindet sich der Arbeitsnachweis sowie das Bureau **Engel-Ufer 15** (Gewerkschaftshaus), vorn 1 Treppe, Zimmer 12. Arbeitsvermittelung vormittags von 9 bis 1 Uhr.
Die **nächste Versammlung** findet am **3. Osterfeiertag, vormittags 10 Uhr,** bei **Herzberg,** Alte Jakobstr. 75, statt. Die Kollegen werden ersucht, die Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen und zur Versammlung mitzubringen. **Die Kommission.**

Achtung! Achtung!

Den Genossen des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises
zur Nachricht, daß am **Freitag, den 13. April,** eine 245/4

Herrenpartie nach Pichelswerder

Freunds Inselgarten, stattfindet. Abfahrt früh 8 Uhr Alexanderplatz. Für Nachzügler Treffpunkt nachmittags im Lokal **Freunds Inselgarten,** Pichelswerder.
Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! Putzer. Achtung!

Am **Mittwoch, den 11. April, abends 6 Uhr,** findet eine
Baudeputierten-Sitzung
im **Restaurant Schiller, Rosenthalerstr. 57,** statt.
Jeder Bau muß vertreten sein.
131/12 J. A.: **Franz Schultz.**

Anzüge

und **Paletots** von **30 M.** an, liefert elegant sitzend [43829*
Reinhold Werner,
Gr. Frankfurterstr. 70.
Kl. Andreasstr. 12.

Genossenschafts-Buchdruckerei in Solingen

(Eingetr. Genossenschaft m. beschr. H.)

Geschäftsbericht pro 1899.

Aktiva.			M.
1. Maschinen- u. Utensilien-Conto	. . .	7520,10	
Abschreibung 15%		1128,—	6392,10
2. Druckerei-Conto	. .	660,—	
Abschreibung 10%		66,—	594,—
3. Buchhandlungs-Cto.		380,83	
Abschreibung 10%		38,08	342,75
4. Debitoren-Conto		2570,82	
Ab dubios	. .	194,22	2376,60
5. Sparkassen-Einlage			14,50
6. Kassen-Conto	. .	Bestand	1114,04
			10833,99

Passiva.	M.
1. Kreditoren-Conto	4444,41
2. Genossenschafts-Conto	2210,—
3. Rücklage-Conto	600,—
4. Gewinn-Reserve	3311,17
Jahresgewinn	268,38
	10833,99

	M.
Das Geschäftsguthaben beträgt	2210,—
Die Haftsumme beträgt	3000,—

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1899	74
Ausgeschieden sind i. abgelaufenen Jahre	3
Eingetreten	29
Mithin Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1899	100

Der Vorstand.
J. A.: **August Schreiner,** Vorsitzender.
Der Aufsichtsrat.
J. A.: **Karl Aschauer,** Vorsitzender.

5½ Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's Bäckerei
Wrangelstr. 9. Krautstr. 19. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Chronische Leiden

jeder Art ohne Berufsstörung.
Institut **Jost,** Chausseestr. 117, 1. r.
9—3, 5—9, Sonntags 9—7.
Arbeitern 20 Proz. Ermäßigung.

Achtung, V. Wahlkreis.

Sonntag, den 15. April (1. Osterfeiertag), im Grand Hotel Alexanderplatz:

Wohlthätigkeits-Matinee

veranstaltet von den Parteigenossen. 217/2

Auftreten von vorzüglichem Künstler-Personal.
Kassenerdffnung 11 Uhr. Anfang präcise 12 Uhr. Billet 30 Pf.

„Kösliner Hof", Köslinerstr. 8.

Montag, den 16. April (2. Osterfeiertag):

Grosse Matinee

veranstaltet von den
Socialdemokraten des Wedding und der Oranienburger Vorstadt
unter Mitwirkung des 219/17*
Gesangvereins „Nordwacht" (Dirigent Herr **Blobel**) und des **R. Blobel**schen Musik-Konservatoriums.

Zur Aufführung gelangen:
Chorgesänge, Duette, Terzette, Zither-Ensembles
sowie
„Die Meistersinger von Müncheberg"
(Komische Scene).

Anfang 12 Uhr. Programm 25 Pf.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.**

Sommer-Paletots in größter Auswahl **von 13,50 Mk. an** **M. Schulmeister,** Schneidermeister, **Dresdenerstr. 4** am Kottbuser Thor. 1*

Thee!! Thee!!
Chinesische, Russische u. Indische.

Nur neueste Ernte. 1/8, 1/4, 1/2 u. 1/1 Pfd.-Packg.

pr. Pfd. 1,40, 1,60, 2,00, 2,40, 3,00, 4,00.
Theegruss pr. Pfd. 1,30.
Deutsche Kaffee-Rösterei A. Pennitz, Rosenthaler Strasse 59.

Verlangen Sie gratis u. franko meinen illustr. Hauptkatal. über
Fahrräder
u. Fahrradartikel u. Sie werd. sich überzeug., dass ich b. bester Qualität, unt. 1jähr. Garant., am billigst. bin. — Wiederverk. ges.
Deutsche Fahrrad-Industrie, Richard Driessen, Hannover, Brüderstr. 4.

Schultze,
Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller **Haut-, Harn- und Blasenleiden** ohne jegliche Berufsstörung. 3973L*
Sprechstunden 9—2 u. 5—9.
Donnerstagvormittag keine Sprechstunde.
Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister, **Sarg-Magazin**
Berlin NW., Bremerstrasse 67. **2. Geschäft: Turmstrasse 81.** 3800L* und Beerdigungs-Comptoir.

Coulante Zahlungsbedingungen: **Möbelfabrik.** Für bestes und trockenes Material garantiert!

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei
Julius Apelt, Tischlermeister, 4022Q* **Berlin SO., Skalitzerstraße 6,** am Kottbuser Thor.

Aug. Stein — Uhren — Ringe
Gold- u. Silberwaren
Berlin SO., 177 Oranienstraße 177, Ecke Adalbertstr.
Einsegnungs-Schmucks
mit Opalen, Türkisen, Perlen 2c. [3890Q*
Hochzeits-Geschenke
in Alfenide vom billigsten bis feinsten Genre.

Prachtvolle
Frühjahrs-Hüte für Damen,
größte Auswahl, geschmackvolle Garnierung, von 3, 4, 5, 6 und 7 Mk. bis zu den Elegantesten. 4399Q*
F. Behrens, Chausseestr. 107, Ecke Invalidenstrasse.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager Gediegene Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,** Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! 1*

Accumulatoren- und Elektricitäts-Werke-Aktiengesellschaft
vormals **W. A. Boese & Co.**

Die von der ordentlichen Generalversammlung unsrer Aktionäre für das Jahr 1899 auf 11 Prozent festgesetzte Dividende gelangt von heute ab mit
M. **110,**— auf die Aktien No. 1—3000
„ **55,**— auf die Aktien No. 3001—4500
in **Berlin** bei der **Kasse der Gesellschaft**
oder bei einer der nachbenannten Stellen:
in **Berlin** bei der **Deutschen Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co.**
„ „ bei dem **Bankhause von Koenen & Co.**
in **Frankfurt a./Main** bei der **Deutsch. Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co. Kommandite Frankfurt a./Main,**
„ „ „ bei der **Pfälzischen Bank,**
„ „ „ bei der **Bank für industrielle Unternehmungen,**
„ „ „ bei dem **Bankhause Bass & Herz**
zur Auszahlung.
Berlin, den 7. April 1900.
Accumulatoren- und Elektricitäts-Werke-Aktiengesellschaft
vormals **W. A. Boese & Co.**

Charlottenburg!
Kauft Schuhwaren bei 4398Q*
David,
Krummestr. 65 u. Wilmersdorferstr. 117,
bekannt reelle Ware, billigste Preise, ohne Konkurrenz.

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf Teilzahl. ohne Preiserhöhung zu den coulant. Zahl.-Beding. Katal. gratis
Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau
Lothringerstraße 48 I.
Dicht am Rosenthaler Thor.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.,

Vereinigte Tischler- und Tapezierermeister,
Berlin C., an der Jannowitzbrücke Nr. 4
(direkt Stadtbahnhof Jannowitzbrücke) 3766Q*

Deutschlands grösstes Möbelkaufhaus

für bürgerliche Wohnungseinrichtungen.
Lieferung für Berlin und Umgebung kostenfrei durch unsere eignen Gespanne.
Bei größeren Aufträgen stellen wir den Dekorateur unentgeltlich.

Da bekanntlich durch das Steigen der Rohmaterialen die Möbel etwa 15 Prozent teurer geworden sind, ist es uns noch möglich, durch rechtzeitige große Abschlüsse und großes Lager zum alten Preis, so lange der Vorrat reicht, zu verkaufen. Möbel, welche jetzt schon gekauft werden, können bis zum Gebrauch bei uns unentgeltlich stehen bleiben. Es empfiehlt sich daher, den Einkauf recht bald zu besorgen.

Bitte, verlangen Sie unser Musterbuch gratis und franco.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration mit kleinem Saal und Garten, gutgehend, Norden Berlins, sofort zu verkaufen. Näheres bei Fritz Waschofski, Milchgeschäft, Antonstr. 34.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 201b

Damenkonfektion. Knabenanzüge, Hälftepreis, Stralauerstraße 32. (Moltenmarkt.) 385b

Elegante vorjährige Herrenhosen feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Möbelfabrik. Oranienstraße 2a. Muschelspinde 27, Spiegelspinde 24, Küchenspinde, Ruhebetten, Rohrlehnstühle 5, Kleiderspinde, Wäschespinde, Ausziehtische 15,. Säulentrumeau, Muschelbetten, Marmortoiletten 27, Plüschgarnituren 95, Paneelsofa 75. Vollständige Einrichtungen allerbilligst. Eventuell Teilzahlung unter solidesten Bedingungen. 1168*

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft, auch einzeln, spottbillig Joffenerstraße 38, vorn I. rechts. 52K*

Möbel, bar und Teilzahlung, billigst. Frankfurter Allee 110, I, Ecke Königsbergerstraße. 287K*

Fahrräder. Teilzahlung, mäßige Anzahlung. Lager vierhundert Maschinen, Bahnrenner, 18 Pfund, Straßenrenner, Luxus-Damenräder, Zweisitzer, Kinderräder, Anhängewagen direkt aus Fabrik „Imperial" Diessendachstraße 33. [1878K*

Möbelsuchende kaufen Möbel trotz enormer Preissteigerung, und war zu alten wirklich billigen Preisen, Muschelspinde 27, Muschelspiegel 10, Säulenspiegel 20,50, Trumeaux, geschliffenes Glas, 50, Hochelegante Etageren, Stoffsofas 25. Größte Auswahl in Küchenmöbeln, sowie vollständige Wohnungs-Einrichtungen. Hirschowitz, Mariannenstraße 7a. [141K*

Großer Möbelverkauf. Oranienstraße 73, zwischen Moritzplatz und Alexandrinenstraße. Verkauf Hof in meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude. Großartige Möbel-Ausstellung. Besichtigung ohne jeden Kaufzwang. Meinen Kunden biete ich große Vorteile durch Ersparnis der Ladenmiete, Einkauf gegen Bar, Selbstanfertigung der Polstermöbel als Innungsmeister. Coulante Zahlungs-Bedingungen zu auf Jahre hinaus verteilten Raten. Beamten bei kleiner Anzahlung. Ich liefere schon gediegene moderne Einrichtungen für 150, 200, 300, 400, hochelegante von 500 bis 10 000 Mark. Musterbuch gratis. Brautleute, welche reell und billig kaufen wollen, können sich vertrauensvoll an meine seit zehn Jahren bestehende Firma wenden. Viele Anerkennungsschreiben von hier und außerhalb. Nußbaum und Mahagoni Kleiderspinden, Vertikows 36, Bettstelle mit Matratze, Keilkissen 20, französische Muschel-Bettstelle mit Sprungfedermatratze, Keilkissen 45, Trumeau 45, Küchenspind 20, Kommode 18, Spiegel 8, Divan mit Sitzauszug 30, Stühle 3, Salongarnituren 75, Plüschgarnituren 105. Viele Garnituren neuester Façons billig. Paneelsofa mit Satteltasche und Plüscheinfassung 85, geschnitztes Büffett 110, engl. Schlafzimmer, hell, Nußbaum, mit Mahagoni, chiffe Salons und Speisezimmer äußerst billig. Schreibtische 45 Mark. Bücherspinden, Luxusmöbel. Verliehen gewesene Möbel aller Gattungen jetzt zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt und durch eigene Gespanne in die Wohnung geliefert. 1338*

Betten, ein Posten Polsterbetten und Kinderbetten mit kleinen Fabrikationsfehlern, stellt zum billigsten Verkauf die Eisenmöbelfabrik Glogauerstraße 29. 9,2*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 203b

Teppiche, Gardinen, spottbillig, Pfandleihe Neanderstraße 6. [13/12*

Betten, Steppdecken, spottbillig, Pfandleihe, Neanderstraße 6.

Remontoiruhren, Regulatoren, spottbillig, Pfandleihe Neanderstraße 6.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel liefert seit 22 Jahren für tausende Kassen und Vereine Jean Holze, Hamburg, Dreidahn 45. Verlag socialistischer Bilder. Illustrierte Preislisten gratis und franco. Fraktionsbild der socialdemokratischen Partei 1898.

Aquarium verkauft Wartenberg, Stralauer Allee 17a II. 360b

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Kinderwagen 9,—, 15,— bis 100,— „Baby", Invalidenstraße 160 (Brunnenstraße). 1458*

Kinderwagen Riesen-Auswahl „Baby", Frankfurterstraße 115 (Andreasstraße).

Kinderwagen auf Teilzahlung ohne Preiserhöhung „Baby", Oranienstraße 31 (Adalbertstraße).

Sportwagen 5,— bis 30,— „Baby", Friedrichstraße 18 (Bessselstraße).

Sportwagen „Baby", Brunnenstraße 92.

Bettstellen 8,— bis 60,— „Baby", Chausseestraße 8.

Bettstellen „Baby", Reinickendorferstraße 2d.

Kinderstühle „Baby", Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 55.

Kinderwagen überall Riesenauswahl „Baby", Spandau, Potsdamerstraße 20.

Restauration, im besten Gange, zu verkaufen Hollmannstraße 17. [419b

Sofa (picksauber) billig. Schulze, Bergmannstraße 107, vorn IV. [412b*

Fahrrad-Reparaturen sachgemäß, Emaillierung, Vernickelung. Vermietung tageweise, stundenweise. Gut erhaltene Fahrräder billig. Hussitenstraße 18. 144K*

Vögel, gut eingewöhnt, gutes Vogelfutter, Utensilien empfiehlt Weinak, Wienerstraße 6. †110*

Leere Säcke zu haben bei Hertzig, Forsterstraße 30. †111

Apfelwein, Liter 30 Pfennig. Gutsche, Gurkow N./M. 417b

Gastwirtschaft. Viehhof, nachweislich gutgehend, wegen Uebernahme Grundstücks für jeden annehmbaren Preis sofort verkäuflich. Weidenweg 38 „Goldener Stern". Agenten verbeten. 420b

Vermischte Anzeigen.

Augustabad. Köpnickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 778*

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Möbel, alte, Schlafsofas kauft Lazarus, Auklamerstraße 20. [1078*

Gustav Ladewig, Kommandantenstraße 65, an der alten Jakobstraße. Vereinszimmer mit Pianino für 40 Personen. Telephon: Amt 4a, 6591.

Gleinerts Wedding-Kasino, Schulstraße 29. Saal, 400 Personen, zu Festlichkeiten für das Sommerhalbjahr 1900 Sonnabends noch zu vergeben. 2 Vereinszimmer mit Pianino 40—100 Personen, auch frei. Vor- und Hintergarten und 2 verdeckte Kegelbahnen.

Vereinszimmer empfiehlt Lier, Alte Jakobstraße 119. [288K*

Vereinszimmer m. Pianino Glaue, Krausenstraße 18. [210b

Vereinszimmer. 50 Personen fassend, ist noch einige Tage zu vergeben. Weinahts Restaurant, Grünstraße 21. [392b

Vereinszimmer Simeonstraße 23 Flick. 64K*

Elektrotechnik. Nach Ostern neuer fünfmonatlicher Abendkursus. Bestbewährt. Jackson, Alte Jakobstraße 24.

Vermietungen.

Schlafstellen.

Schlafstelle (anständige) für Herrn Schmidt, Fennstraße 44, Seitenflügel IV 413b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Lesehalle. Annoncen-Expedition Charlottenburg, Grolmannstraße 22.

Farbigmacher verlangt Laase, Rixdorf, Thomasstraße 16. [392b*

Musik-Lehrlinge stellt ein Held, Musikdirektor, Jüterbog. 418*

Tüchtige Farbigmacher und Barodvergolder bei hohem Lohn verlangt Jeers, Skalitzerstraße 28. †111

Gesangverein sucht tüchtigen Dirigenten. Offerten mit Preisangabe unter S. 3 an die Expedition des „Vorwärts". 407b

Schildermaler und Zeichner verlangen Gottheim u. Stamer, Dresdenerstraße 38. 408b

Lehrling für Schildermalerei verlangen Gottheim u. Stamer, Dresdenerstraße 38. 409b

Tüchtige Tischler auf Möbel nach Zeichnung, aber nur solche, verlangt Dresdenerstraße 81. 406b

Tüchtigen Rahmenmacher verlangen Hans Goll u. Co., Fabrik mit elektrischem Betrieb, Alvensleebenstr. 22.

Rahmenmacher verlangt A. B. Schulze, Oranienstraße 185. 405b

Zuschläger. Einige tüchtige Zuschläger für Montage können gegen guten Lohn sofort eintreten. Klärauage Reinickendorf. Anfragen bei Monteur Ernst. [423b

Gürtler auf chirurgische Instrumente verlangen Löwenstein, Große Hamburgerstraße 3. 122/18

Schneider auf Knabenanzüge verlangt Hermann Engel, Landsbergerstraße 86/87. 122/17

Damen-Waschblusen-Arbeiterinnen verlangt gegen Verlage Gustav Frombergs, Kronenstraße 42/43. 415b

Steppdecken-Handnäherinnen bei hohem Lohn verlangt Lewy, Mendelssohnstraße 1. 122/16*

Lehrmädchen auf Putzfedern 12 Mark monatlich Anfangslohn, dauernde Beschäftigung. Josef Schreyer, Hollmannstraße 17. [370b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Als Redacteur oder Expedient
an einem Parteiblatt sucht ein jüngerer Parteigenosse Stellung. Derselbe hat 7 Klassen einer Oberrealschule absolviert, ist 22 Jahre alt und militärfrei. Der Bewerber war bis jetzt ½ Jahr zur Aushilfe an einem Parteiblatt thätig. Offerten unter T. 3 an die Exp. d. Blattes. 418b

Sofort 2 ganz tüchtige **Hammerarbeiter** nach **Breslau.** Hoher Lohn. **1 tüchtiger Silberarbeiter** auf Sportpreise nach Kiel. Sichere und gute Stellung. 70/1
Arbeitsnachweis der Goldschmiede-Gehilfen, Engel-Ufer 15.

Porzellanmaler!
In der Malerei von
Hartmann, Krautstr. 14.
sind Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen erhalten Auskunft von
August Key,
416b] Waldemarstr. 68a, 2. Hof II.

Verantwortlicher Redacteur: **Paul John** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Beschwerde der Organisation der Gastwirtsgehilfen über Zurücksetzung ihres Stellenachweises durch den Oekonomen des Gewerkschaftshauses gaben dem Obmann der Lokalkommission und einem zweiten Mitglied Anlaß, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Eine Zusammenkunft der Beteiligten führte ohne weiteres zu einer vollständigen allseitig befriedigenden Erledigung der Angelegenheit. Von seiten des Lokalkommissionsmitglieds wurde festgestellt, daß irgend welche öffentliche Auseinandersetzungen überflüssig waren, wenn die Gastwirtsgehilfen sich sofort an die Lokalkommission gewendet hätten.

Die Lokalkommission.

Die Genossen des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises veranstalten am Freitag, den 13. April, eine Herrenpartie nach Pichelswerder (Freunds Inselgarten). Abfahrt früh 8 Uhr vom Alexanderplatz. Treffpunkt für Nachmittag in Freunds Inselgarten, Pichelswerder. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Charlottenburg. Diejenigen Mitglieder des socialdemokratischen Wahlvereins, die mit ihren Beiträgen noch im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben zu begleichen. Wer länger als fünf Monat restiert, muß gestrichen werden. Stundungen können nur bei dem 1. Kassierer Häuschke, Goethestr. 13, beantragt werden. Der Vorstand.

Rixdorf. Heute, Dienstag, findet die Generalversammlung des Vereins Vorwärts statt. (Siehe Inserat in der letzten Sonnabendnummer). Gleichfalls werden die Parteigenossen auf die Matinee am 2. Osterfeiertag aufmerksam gemacht. Billets sind an den bekannten Zahlstellen und bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

Der Vorstand.

Steglitz-Friedenau. Im Arbeiter-Bildungsverein spricht am Dienstag in Grubes Lokal, Kaiser-Allee, der Genosse Conrad über amerikanische Arbeiterverhältnisse. Gäste sind willkommen.

Lokales.

Die Streikklausel

sucht der Verband der Baugeschäfte mit heißem Bemühen einem verehrlichen Philisterium mundgerecht zu machen. Die Blätter berichten über eine in diesen Tagen abgehaltene Versammlung des Verbands, in der die Herren Baumeister und Lachmann hervorgehoben haben sollen, daß der Konflikt mit der Stadt Berlin nur ein scheinbarer, und die ablehnende Haltung der Baudeputation nur erfolgt sei infolge einer falschen Auffassung des Begriffs „Sperre" und in Unkenntnis der in den Verbandssatzungen darüber vorgesehenen Bestimmungen. Hiernach kann eine Sperre der Arbeitgeber nur von der Generalversammlung nach Scheiterung vorheriger Einigungsverhandlungen mit den Arbeitern beschlossen, und dieser Beschluß muß zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden. Die Versammlung beschloß den Blättermeldungen zufolge einmütig, an der Ausstandsklausel als dem Lebensnerv eines jeden Baugeschäfts unter allen Umständen festzuhalten, um damit eine Gleichheit für Arbeitgeber und -nehmer zu erzielen, da der jetzige Zustand eine indirekte Begünstigung der Arbeitnehmer bildet, denen mit den Konventionalstrafen das beste Mittel zur Erlangung ihrer Forderungen an die Hand gegeben sei.

Auch eine Zuschrift, die der Baumeister Lachmann an die „Voss. Zeitung" gerichtet hat, liest sich wie lauter Honigseim. Darin heißt es:

„Nichts liegt dem Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten ferner, als in der Streikklausel eine Streikklausel zu erblicken, vielmehr soll diese Klausel in Uebereinstimmung mit den sonstigen Verbandsprincipien nur der friedlichen Abwehr gegen den Terrorismus der Arbeiter dienen. Ein Unternehmer, welcher ohne Ausstandsklausel einen Bau übernimmt, ist während der Bauausführung willenlos den socialdemokratischen Führern verfallen. Wird die Sperre über einen Bau verhängt und den Bauunternehmer schützt nicht die Ausstandsklausel, so muß jede Forderung bewilligt werden. Wer ohne Ausstandsklausel Bauten übernimmt, hat sich schon beim Unterschreiben des Vertrags in die Hand der Agitatoren begeben, denn die Konventionalstrafen, welche bei Ueberschreitung der Herstellungsfristen verhängt werden, machen jeden Unternehmer mürbe. So lange die Ausstandsklausel fehlt, kämpfen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit ungleichen Waffen.

Ist es bei so zuckrigem Gerede ein Wunder, wenn der freisinnige Philister auch in der Stadtverordneten-Versammlung sein Herz, das immer seinesgleichen hold und dem Arbeiter unhold war, ganz besonders lebhaft für das arg bedrängte Unternehmertum schlagen läßt. Brauchen die Bauunternehmer da noch wie zum Hohn bekannt zu geben, daß die Rüdersdorfer Kalkwerke, die zum sechsten Teil der Stadt gehören, ebenfalls so etwas wie eine Streikklausel in ihren Lieferungsbedingungen haben?

Die Verhandlungen in den Baudeputationen, über die wir am Sonntag berichteten, haben gezeigt, daß die Stadtverordneten bei dieser Gelegenheit mehr wie je ihre leidigen liberalen Principien zum Teufel wünschten und sich am liebsten mit Haut und Haaren dem Unternehmertum überantworten möchten.

Da heißt es wachsam sein. Nicht aus dem Grunde, daß wir dächten, die Stadtverordneten-Mehrheit würde sich, die nötigen Ermahnungen vorausgesetzt, der Arbeiterschaft gegenüber doch noch von Gefühlen der Gerechtigkeit leiten lassen. Diese Illusion hat bei uns und auch bei der Mehrheit der Bevölkerung gewiß keinen Augenblick bestanden. Aber was die Herren Liberalen bedenklich machen sollte, das ist die immerhin nicht geringe Verantwortung, die sie der Stadt gegenüber zu tragen haben.

Wenn die Stadtverordneten-Mehrheit dem Verlangen der Bauunternehmer nachgiebt, dann ist die Stadt in Zukunft bei öffentlichen Arbeiten, die sie Unternehmern überweist, verraten und verkauft.

Dann brauchte ein Baumeister in Fällen, wo er seine Submissionsbedingungen nicht einhalten zu können glaubt, und von der Konventionalstrafe freikommen will, nur irgend einen frivolen Streik vom Zaun zu brechen, eine Maßregelung zu verfügen, eine Lohnkürzung oder Arbeitsverlängerung vorzunehmen und der Zweck ist erreicht, die Arbeiter sind in den Ausstand getrieben.

Ja, aber die Kautelen der Unternehmer-Organisation, die Genehmigung des Verbands der Baugeschäfte, die doch erforderlich ist?

Das ist nichts als eine Form. Es ist einfach lächerlich, wenn eine Unternehmer-Organisation sich anmaßt, in eigner Sache als Schiedsrichter urteilen zu wollen. Ist es schon einmal dagewesen, daß die Arbeitgeber und ihre Organe einen Ausstand, und sei er auch noch so sehr von der Not diktiert worden, nicht als frivol und unberechtigt hingestellt, daß sie die Arbeiter nicht in Grund und Boden verdammt und dabei die landesüblichen Phrasen von den gewerbsmäßigen Hetzern usw. heruntergerasselt haben?

Wenn die liberalen Stadtväter sich unter solchen Umständen ihrer kommunalen Pflicht bewußt sind, so haben sie den Herren Bauunternehmern zu antworten, daß das Prunken mit der gerecht urteilenden Generalversammlung und der Scherz über die Gleichberechtigung, die erstrebt werden soll, geradezu beleidigende Zweifel am Intellekt der Kommunalbehörde enthält, und daß die Arbeitgeber, wenn ihnen wirklich der Friede im Baugewerbe am Herzen liegt, sich ja nur mit der von ihnen selber im vorigen Jahre aufgerichteten Organisation, der Achtzehner-Kommission, in ein gehöriges Einvernehmen zu setzen brauchen, daß aber die Berücksichtigung der Ausstandsklausel eine unverantwortliche Verletzung der kommunalen Pflichten bedeuten würde, ein Verlangen, an dessen Erfüllung um so weniger zu denken sei, als die Stadt ganz bequem des Unternehmertums, dieses aber kaum der Stadt entraten könne!

Daß die Gesamtheit der kommunalen Körperschaften eine solche, ihrer einzig würdige Haltung einnehmen wird, glauben wir allerdings nicht. Ob aber nicht wenigstens einige, den demokratischen Blättern nahestehende Herren sich bei passender Gelegenheit die gebührenden Worte auf die Zumutung der Bauunternehmer abpressen werden?

Die Eröffnungsfeierlichkeit im „Gewerkschaftshaus" mußte wegen nicht vorherzusehender Verzögerungen bei der inneren Ausstattung auf Sonnabend, den 14. April, verschoben werden; die Besichtigung durch die Presse 2c. ist für Donnerstag, den 12. April, festgesetzt. Dem öffentlichen Verkehr werden die Räumlichkeiten am Ostersonntag übergeben.

Die Müllschmelzung, welche bis zum Oktober vorigen Jahrs in dem Versuchsofen Gitschinerstr. 15 ausgeprobt wurde, soll, wie wir erfahren, im Lauf dieses Sommers nochmals aufgenommen werden. Nachdem damals festgestellt war, daß das Müll sich schmelzen läßt, soll nunmehr durch Einbauung von Kesseln und Aufstellung von Maschinen praktisch bewiesen werden, wie sich die überschüssige Hitze in Elektricität umwandeln läßt. Die Versuche, welche seiner Zeit unter Kontrolle von Beamten des Berliner Magistrats angestellt wurden, haben ein sehr bemerkenswertes Resultat ergeben. Der Versuchsofen verschmolz täglich 500 Centner Berliner Hausmüll. Der Zusatz an Kohlenstaub, der anfangs auf 50 Proz. des Mülls bemessen war, ließ sich zuletzt bis auf 30 Proz. herabmindern. Der Rückstand des verschmolzenen Mülls betrug dem Volumen nach nur noch ca. 8 Proz. Wenn es also, so bemerkt man von fachmännischer Seite, auch nicht gelungen wäre, den geschmolzenen Rückstand in nutzbringender Weise zu verwerten, so wären 92 Proz. desjenigen Terrains, welches heute zur Unterbringung des Berliner Mülls dient, für andre Zwecke frei geworden. Die Schmelzrückstände sollen jedoch für Wegebefestigungen, ferner zur Herstellung von Sandpapier und sehr widerstandsfähigem Kunststein schlanken Absatz finden. Nunmehr bereitet eine Gesellschaft eine große Müllschmelze vor, bei der, wie schon angedeutet, die Verwertung der beim Schmelzprozeß entwickelten Wärme zur Erzeugung elektrischer Energie versucht werden soll.

In den hygienischen Vortragskursen, welche die „Centralkommission der Krankenkassen Berlins" für die Arbeiterschaft veranstaltet, wird an den nächsten Vortragsabenden „die Hygiene des Auges" und „die Hygiene des Ohrs, der Nase usw." behandelt werden. Ueber jedes dieser Themata wird ein Arzt sprechen. Es ist mit Rücksicht darauf, daß zwei Vorträge über so wichtige Gegenstände naturgemäß auch bei größter Kürze mehr Zeit in Anspruch nehmen, als einer der sonstigen Vorträge, pünktliches Erscheinen der Zuhörer gerade an diesen Abenden dringend erforderlich. Es sprechen über die erwähnten Themata am Donnerstag, den 12. April, in der 80. Gemeindeschule, Brangelstr. 128, Herr Dr. Max Maschke und Herr Dr. G. Rosenthal, in der 84. Gemeindeschule, Keibelstr. 31/32, Herr Dr. Wurm und Herr Dr. Brühl, in der 118./127. Gemeindeschule, Pankstr. 8, Herr Dr. Jacobsohn und Herr Dr. Steinitz und in der 107. Gemeindeschule, Genthinerstr. 4, Herr Dr. Seligsohn und Herr Dr. Alfred Bruck. Dann folgen am Donnerstag, den 19. April, in der 110./174. Gemeindeschule, Schönhauser Allee 166a, die Vorträge der Herren Dr. Wurm und Dr. Steinitz, in der 189. Gemeindeschule, Stephanstr. 27, die der Herren Dr. Jacobsohn und Dr. Rosenthal und in der 40. Gemeindeschule, Gneisenaustr. 7, die der Herren Dr. Maschke und Dr. Bruck. Auch diese Vorträge werden jeder für sich ein Ganzes bilden, so daß also auch denen die Teilnahme möglich ist, welche den bisherigen Vorträgen nicht oder wenigstens nicht regelmäßig folgen konnten. Zum Besuch ist eine Legitimation nicht erforderlich.

Die Berliner Handwerkskammer setzt sich nach der vollzogenen Wahl aus folgenden Vertretern der Unternehmerschaft zusammen:

A. Mitglieder:

1. J. Bernard, Obermeister der Bäcker-Innung, Charlottenburg, Eisenacherstr. 6. 2. L. Kaufmann, Bäckermeister, Schulzendorferstr. 14. 3. Karl Vogler, zweiter Obermeister der Bäcker-Innung „Konkordia", Reichenbergerstraße 176. 4. Fritz Wollschläger, Obermeister der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung, Köpenickerstr. 98b. 6. Fr. W. Pattig, Barbier, Friseur und Perrückenmacher, Grüner Weg 23. 6. Friedrich Schulz, Drechslermeister, Wasserthorstr. 72. 7. Moritz Schmidt, Fleischermeister, Prinzenstr. 40. 8. Richard Berger, Klempnermeister, Zossenerstr. 43. 9. Friedrich Schnare, Malermeister, Grüner Weg 38. 10. Wilh. Lohmann, Malermeister, Frankfurter Allee 73b. 11. Hermann Zehle, Sattlermeister, Friedrichsgracht 34. 12. Paul Heinrich, Schlossermeister, Neue Wilhelmstr. 12. 13. Gustav Krause, Schneidermeister, Niederwallstr. 21. 14. Gerset Göhling, Schneidermeister, Jägerstr. 73. 15. Paul Bierbach, Schuhmachermeister, Behrenstraße 5. 16. Louis Schumann, Schuhmachermeister, Wörtherstraße 45. 17. Hugo Kreß, Tapezierermeister, Köpnickerstr. 70. 18. Ferdinand Marschall, Tischlermeister, Naunynstr. 56. 19. Hermann Richt, Tischlermeister, Lausitzer Platz 3. 20. Bruno Scholz, Webermeister, Friedrichsberg, Kreuzigerstraße 1. 21. Robert Otto, Rats-Zimmermeister, Köpnickerstraße 72. 22. Fritz Bergmann, Korbmachermeister, Andreasstraße 53. 23. J. F. Warncke, Schmiedemeister, Fischerstr. 23. 24. Wilhelm Suhr, Damenmäntel-Schneider, Stallschreiberstr. 4. 25. Wilhelm Faster, Schornsteinfegermeister, Straußbergerstr. 18. 26. Albert Packbusch, Uhrmacher, Neue Jakobstr. 9. 27. Immanuel Clausen, Schuhmachermeister, Große Frankfurterstr. 64. 28. Ferdinand Döbler, Baumeister, Kurfürstendamm 28. 29. Paul Schade, Schuhmachermeister, Schützenstr. 6a. 30. Paul Fürkampf, Konditor, Kommandantenstr. 51.

B. Ersatzmänner.

1. W. Poersch, Bäckermeister, Schöneberg, Hauptstr. 135. 2. G. Millerville, Bäckermeister, Alte Schönhauserstr. 36/37. 3. Oskar Lehmann, Bäckermeister, Alexanderstr. 22. 4. Heinrich Leopold, Barbier, Friseur u. Perrückenmacher, Adalbertstr. 21. 5. Gustav Grützmann, Barbier, Friseur u. Perrückenmacher, Göbenstr. 14. 6. Berthold Ehrlich, Drechslermeister, Kronenstr. 31. 7. Richard Thomas, Fleischermeister, Frankfurter Allee 118a. 8. Alfred Bertuch, Klempnermeister, Kanonierstr. 30. 9. Wilhelm Kluth, Malermeister, Gitschinerstr. 6. 10. Theodor Kappstein, Malermeister, Kurfürstenstr. 150. 11. Hermann Luczynski, Sattlermeister, Johannisstr. 3. 12. Julius Stahl, Schlossermeister, Belle-Allancestr. 83. 13. Fritz Müller, Schneidermeister, Gr. Frankfurterstr. 95. 14. Richard Möller, Schneidermeister, Breitestr. 20. 15. Gotthelf Rothbarth, Schuhmachermeister, Markgrafenstr. 78. 16. Louis Rauschenbach, Schuhmachermeister, Melanchthonstr. 3. 17. Adolf Friedrich, Tapezierermeister, Kleinbeerenstr. 24. 18. Reinhold Schultz, Tischlermeister, Boppstr. 4. 19. Heinrich Schöning, Tischlermeister, Pallisadenstr. 96. 20. Alex. Kölzer, Webermstr., Weberstr. 17. 21. Louis Jessel, Glasermeister, Zimmerstr. 64. 22. Wendelin Gorezky, Lackierermstr., Schönhauser Damm 11. 23. Albert Münster, Kupferschmiedemeister, Schützenstr. 23. 24. Rudolf Lampe, Kürschnermeister, Friedrichstr. 46. 25. Paul Richter, Hofbuchbindermeister, Neanderstr. 4. 26. Max Bergner, Uhrmacher, Charlottenstr. 71. 27. Hermann Pladeck, Schuhmachermeister, Katzlerstr. 17. 28. Wilh. Kümmel, Tischlermeister, Frankfurter-Allee 117a. 29. Hermann Wegener, Schneidermeister, Ruppinerstr. 10. 30. Adolf Westphal, Bildhauer, Giebichstr. 45.

Auch die Wahlen zum Gesellenausschuß sind bereits vollzogen. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß diese Wahl für ungültig erklärt wird, da von den Gewählten einige die Voraussetzung nicht erfüllen, daß sie bei Innungsmeistern beschäftigt sind.

Die Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin wird, nachdem das Statut vom 17. März genehmigt worden ist, am 21. Mai ins Leben treten. Das Kassenlokal wird sich Wallstr. 72, 1 Treppe, befinden. Für die Bemessung der Beiträge bezw. der Unterstützungen werden die Kassenmitglieder nach der Höhe des Verdienstes ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht in sechs Klassen eingeteilt. Der durchschnittliche Tagelohn für diese Klassen ist auf 4 M., 3 M., 2,50 M., 2 M., 1,50 M., —,90 M. festgesetzt. Für die vom 17. bis 20. April vorzunehmenden Wahlen von 94 Vertretern zur Generalversammlung und von 94 Ersatzmännern sind die Wahlberechtigten nach ihrer Beschäftigung in folgende 18 Abteilungen eingeteilt worden: 1. Krankenhäuser; 2. Markthallen; 3. Gasanstalten nebst Centralmagazin und Revierinspektionen; 4. Schlachthof, Viehhof, Fleischbeschau; 5. Obdach, Desinfektionsanstalt II, Friedrich Wilhelms-Hospital, Siechenanstalten; 6. Arbeitshaus Rummelsburg, Waisenhaus Rummelsburg, Irrenanstalt Herzberge, Epileptikeranstalt Wuhlgarten, Erziehungshaus Lichtenberg, Wasserwerk Lichtenberg, Friedhof Friedrichsfelde. 7. Berliner Betrieb der Wasserwerke, Werkstatt Melchiorstraße, Wasserwerk Charlottenburg. 8. Kanalisation, Pumpstationen. 9. Wasserwerk Tegel, Irrenanstalt Dalldorf. 10. Wasserwerk Müggelsee. 11—17. Die sieben Administrationsbezirke der Rieselfelder mit den Heimstätten. 18. Alle übrigen Wahlberechtigten.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe während der kommenden Festtage. Das Polizeipräsidium teilt mit: Gemäß §§ 105b Absatz 2, 105c und 41a der Reichs-Gewerbe-Ordnung wird folgendes zur öffentlichen Kenntnis gebracht: I. Am ersten Oster- und Pfingstfeiertag dieses Jahres dürfen im Handelsgewerbe, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen beschäftigt werden: a) im Handel mit Milch, mit Back- und Konditorwaren, sowie mit Confitüren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags; b) im Handel mit Fleischwaren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags; c) im Handel mit Kolonial- und Vorkostwaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Cigarren während der Zeit von 8—10 Uhr vormittags; d) im Handel mit Blumen während der Zeit von 7—10 Uhr vormittags und von 12—2 Uhr nachmittags; e) im Handel mit Druckschriften auf den Bahnhöfen während der Zeit von 7½—10 Uhr vormittags; f) in der Zeitungsspedition während der Zeit von 4—9 Uhr vormittags. II. Am zweiten Oster- und Pfingstfeiertag finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Anwendung.

Kanalisationswerke und Rieselfelder. An die Kanalisationswerke waren im Jahre 1898/99 durchschnittlich 25 994 Grundstücke (von denen 1078 zu den Nachbarorten Charlottenburg, Schöneberg und Lichtenberg gehörten) mit zusammen 1 773 782 Bewohnern angeschlossen. Die Kanäle bezw. Thonrohrleitungen hatten am Schluß des Jahrs eine Länge von 861 653 Meter. Durch die Pumpstationen wurden im ganzen Jahr rund 75½ Millionen Kubikmeter (75½ Milliarden Liter) Abwässer gefördert, durchschnittlich pro Grundstück und Tag 7,970 Kubikmeter (7970 Liter), pro Kopf und Tag 0,117 Kubikmeter (117 Liter). Die Betriebskosten der Kanalisationswerke stellten sich auf über 1 Million Mark, durchschnittlich pro Grundstück 41,73 M., pro Kopf 61/10 Pf. Die Rieselfelder umfaßten am Schluß des Jahrs 11 478 Hektar. Die Einnahmen aus den Rieselfeldern betrugen im Jahr 1898/99 ziemlich 2½ Millionen Mark, die Ausgaben ziemlich 2½ Mill. Mark, der Ueberschuß 155 554 Mark. Aus dem gesamten Betrieb der Kanalisation, also der Werke und der Rieselgüter zusammen, fließt der Stadt — wenn die Aufwendungen für Schuldentilgung und Verzinsung mitgerechnet werden — kein Gewinn zu, sondern es muß alljährlich noch ein Zuschuß geleistet werden. 1898/99 betrugen die gesamten Einnahmen über 7¾ Millionen Mark, wovon allein über 4¾ Millionen auf die Kanalisationsabgabe kamen, die gesamten Ausgaben 9¼ Millionen Mark, einschließlich 2 Millionen für Schuldentilgung und über 3 Millionen für Verzinsung. Das Mehr an Ausgaben stellte sich demnach auf ziemlich 1½ Millionen Mark, genauer 1 433 605 M. Dieser Betrag mußte aus dem Stadthaushalt gedeckt werden. Wäre zu seiner Deckung die Kanalisationsabgabe entsprechend stärker in Anspruch genommen worden, so hätten von den abgabepflichtigen Grundstücken statt 1½ Proz. des Nutzertrags 1,94 Proz. erhoben werden müssen. Oder, anders ausgedrückt: Wäre die Kanalisationsabgabe im Jahr 1894 nicht bloß auf 1½ Proz., sondern auf 2 Proz. festgesetzt worden — die Bemühungen scheiterten bekanntlich an dem Widerstand der Hausbesitzer — so hätte die Stadt für die gesamte Kanalisation im Jahr 1898/99 keinen Pfennig zuzuschießen brauchen. Was jetzt den Hausbesitzern erspart wird, das muß alljährlich aus den Taschen der Einkommensteuerzahler genommen werden.

Der Opernplatz wird in diesem Jahre endlich das neue Pflaster erhalten, dessen er seit langem dringend bedarf. Das alte Holzpflaster, das bereits seit 1883 liegt und trotz vielfacher Ausbesserung kaum noch befahrbar ist, wird durch Asphalt ersetzt werden. Die Gesamtkosten einschließlich Pflastermaterial werden sich bei einem Flächeninhalt von 10 800 Meter auf 168 000 M. belaufen.

Bei der Westlichen Berliner Vorortbahn fand gestern vormittag die landespolizeiliche Abnahme der für den elektrischen Betrieb eingerichteten Strecke Kaiser Friedrichstraße — Grunewaldstraße — Wilmersdorf — Schmargendorf — Grunewald statt, nachdem schon am Sonnabend eine Probefahrt ausgeführt worden war. Heute früh wird der elektrische Betrieb auf der Strecke eröffnet. Gleichzeitig verschwindet das letzte Pferd der ehemaligen Dampfbahngesellschaft, die als erste von den älteren Gesellschaften den elektrischen Betrieb vollständig durchführt, abgesehen von den gleich mechanisch eingerichteten Straßenbahnen, den Ostbahnen, der Südlichen Vorortbahn und der Bahn nach Nieder-Schönhausen. Mit der Durchführung des elektrischen Betriebs bringt die Westliche Vorortbahn bereits den Sommerfahrplan zur Einführung und stellt eine während des ganzen Jahres und des ganzen Tags durchgeführte Verbindung zwischen dem Potsdamerplatz und dem Grunewald her. Nach Hundekehle geht von der Linkstraße über Schöneberg-Wilmersdorf nach Schmargendorf alle 60 Minuten ein Wagen, nach Grunewald (Roseneck) auf demselben Wege alle 20 Minuten und nach Wilmersdorf (Wilhelmsaue) über Schöneberg alle 10 Minuten. Mit Hilfe der Steglitzer Linie wird zwischen dem Potsdamerplatz und Bahnhof Groß-Görschenstraße ein Fünfminutenbetrieb eingerichtet. Die Fahrpreise betragen vom Potsdamerplatz bis Ringbahnhof Schmargendorf 10 Pf., bis Roseneck 15 Pf., bis Hundekehle 20 Pf.

Unterschlagungen in Höhe von 80 000 M. hat sich, der „Modistin" zufolge, ein hiesiger Vertreter eines bedeutenden Hamburger Hauses, das namentlich in rohen Straußfedern bedeutende Summen in Berlin umsetzt, zu Schulden kommen lassen. Der Chef des Hauses hatte vor einigen Wochen in seinem Bankkonto einige Unregelmäßigkeiten und bat seinen Prokuristen, der schon 18 Jahre bei ihm thätig ist, um Aufklärung, die dieser aber, ohne zunächst dadurch Aufsehen zu erregen, in die Länge zog. Schließlich verschwand er aus dem Geschäft und bald darauf auch aus seiner Wohnung. Bei der dann sofort vorgenommenen Durchsicht der Bücher stellten sich nicht nur Unterschlagungen in Höhe von ca. 12 000 M., sondern auch die Abrechnungen mit dem Berliner Vertreter als so inkorrekt heraus, daß der Chef sofort nach Berlin fuhr, um hier weitere Ermittelungen anzustellen. Diese brachten eine traurige Aufklärung. Der Vertreter, der seit langen Jahren das vollste Vertrauen genoß und sich gerade zur Zeit zum Einkauf größerer Warennengen in London zur Auktion befand, hatte sein Haus schwer hintergangen, so daß sich der Chef entschließen mußte, die Hilfe der Kriminalpolizei in Anspruch zu nehmen. Diese legte zunächst Beschlag auf das bei einer hiesigen Bank untergebrachte Privatvermögen und wartete dann mit dem Chef die Rückkunft des Vertreters ab. Dieser wurde, nachdem er in seiner Wohnung eingestanden, daß er seit 1887 fortgesetzt Unterschlagungen verübt habe, in Untersuchungshaft abgeführt. Etwa 40 000 M. lieferte er dem Chef in Gestalt von Bankguthaben, Lotterielosen, Privatdepots 2c. noch aus. Der untreue Vertreter war verheiratet und hatte ein Einkommen von 15 000 M.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag 5½ Uhr im Hause Markusstr. 42. Während die Frau des Werk-

führers Wolff in der Waschküche beschäftigt war, ließ sie in ihrer Wohnung ihre beiden Kinder im Alter von 8 und 3 Jahren allein zurück. Die Abwesenheit der Mutter benutzten die Kleinen, um aus dem Fenster zu sehen. In einem Augenblick, als das achtjährige Mädchen sich entfernt hatte, kletterte der Knabe auf das Fensterbrett und stürzte hinab. Die sofort hinzugezogenen Aerzte konnten nur noch den Tod des Kleinen konstatieren.

Einen furchtbaren Selbstmordversuch im Untersuchungsgefängnis beging der Telegraphenaufseher Neumann. Er führte von dem Tisch seiner Zelle einen Kopfsprung gegen den Fußboden aus. Die Schädelverletzung, die er hierdurch erlitt, ist derart, daß der Kopf vom Wirbel bis auf die Stirn wie durch einen Scheitel geteilt ist. Neumann hatte in rasender Eifersucht seine Frau mit einem Beil schwer verletzt. Die Frau leidet noch jetzt an den Folgen der schweren Verwundung und es ist nach dem Ausspruch des behandelnden Arztes nicht sicher, ob sie mit dem Leben davonkommen wird. So lange man in dieser Beziehung keine Sicherheit hat, wird die Anklage nicht erhoben werden. Im Falle ihrer Gesundung wird die Anklage auf versuchten Mord, im Falle des Todes auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgang lauten.

Einen Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Wagen der Aushilfslinie Treptow—Spittelmarkt und einer Taxameterdroschke gab es gestern Nachmittag auf dem Spittelmarkt. Das Droschkenpferd scheute und lief vor den elektrischen Wagen. Dieser faßte das Fuhrwerk und beschädigte es schwer. Der Fahrgast rettete sich, indem er hinaussprang. Der Kutscher auf dem Bock blieb unversehrt. Das Pferd lief, da sich die Scherbäume und das Gestränge lösten, weiter, wurde aber bald von einem Schutzmann angehalten, bevor es weiteres Unheil anrichtete.

Frau Gönezi ist am Sonntagvormittag aus dem Untersuchungsgefängnis nach einem Krankenhaus gebracht worden. Sie war im Besitz von 75 M., die das Ergebnis der am letzten Sitzungstage im Schwurgerichtssaal veranstalteten Sammlung bilden. Gönezi wird in den nächsten Tagen durch seinen Verteidiger die Revision beim Reichsgericht beantragen.

Seltsamer Unglücksfall. Zu falschen Gerüchten von einem Kindesmorde gab der seltsame Tod eines Kindes in der Reichenbergerstraße Veranlassung. Dort wohnt in dem Seitenflügel des Hauses Nr. 114 im vierten Stock das Wollnersche Ehepaar. Der Mann ist in einem Speditionsgeschäft thätig, die Frau in einer Molkerei, die sich auf demselben Grundstück befindet. Den Leuten starben in der Zeit, die sie dort wohnen, vier von ihren Kindern im jugendlichsten Alter am Brechdurchfall. Während Wollner sich noch auf seiner Arbeitsstelle befand, ging seine Frau am Freitag gegen Abend in die Molkerei. Der kleinste, zehn Monate alte Knabe lag allein im Bett, sich selbst überlassen. Als Frau Wollner 10 Minuten nach 7 Uhr in die Wohnung zurückkehrte, fand sie ihn als Leiche am Küchenstuhl hängen. Dieser Stuhl, der in der Rückenlehne zwei Querleisten hat, eine breitere oben und eine schmalere darunter, stand vor dem Bett, in dem der Knabe gelegen hatte. Der Kleine hatte sich nun aufgerichtet und seinen Kopf zwischen den beiden Querleisten hindurch gesteckt. Dabei hatte sich der Stuhl so weit nach vorwärts geschoben, daß der Knabe auch mit den Beinen aus dem Bette herausgefallen war. So konnte er den Kopf aus den Leisten nicht mehr herausbekommen und mußte hilflos ersticken. Als die Mutter ihn fand, war der Körper noch warm. Die Frau suchte zunächst vergeblich nach einem Arzt und trug den leblosen Körper nach der Rettungswache am Görlitzer Bahnhof. Hier erwies sich jedoch ärztliche Hilfe als vergeblich. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Das Gerücht von einem Morde fand Nahrung bei der Kunde von den voraufgegangenen vier Todesfällen. Hier war aber nach Ausweis der Totenscheine Brechdurchfall die Ursache. Die gerichtsärztliche Oeffnung der Leiche wird wohl feststellen, wie lange das Kind schon tot war, als die Mutter es auffand.

Beim Reiten tödlich verunglückt ist gestern, Montag, mittag der 48 Jahre alte Bereiter August Voigt aus der Karlstr. 8. Voigt ritt ein neu eingestelltes junges Pferd zu. Das feurige Tier bäumte, überschlug sich und stürzte mit dem Reiter gegen die Bande. Unglücklicherweise fiel der schwere Tierkörper Voigt gerade auf den Brustkorb und drückte ihn zu Boden und gegen die Bande. Als man ihn aus seiner schrecklichen Lage befreite, hatte der Verunglückte das Bewußtsein bereits verloren. Die Mitangestellten und ein Schutzmann brachten ihn mit einer Droschke nach der Charité. Hier versuchte man sofort, durch einen ärztlichen Eingriff das Leben noch zu retten, die Verletzungen waren jedoch zu schwer. Mehrere Rippen waren gebrochen und zum Teil in die Lungen eingedrungen. Voigt starb bereits um 12 Uhr mittags. Er war verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

Von der elektrischen Straßenbahn ist am Sonnabendabend die 29 Jahre alte Tochter des in der Gleditschstraße wohnenden Vice-Admirals a. D. Livonius so unglücklich überfahren worden, daß sie bereits nach einer Stunde ihren Geist aufgab.

Diebstahl im Rabatt-Sparverein Südost. In den Bureauräumen des genannten Vereins wurde am Sonntag, den 8. d. M., ein Einbruch verübt und sind dabei 1100 Quittungsmarken entwendet worden. Die Geschäftsinhaber von Berlin Südost und Rixdorf werden von der Verwaltung dringend gewarnt, diese Marken anzukaufen oder zu verwenden.

Metropol-Theater. Die Jubiläen in den Berliner Theatern werden zahlreich wie Sand am Meer. Zu den Kunstinstituten, die es auf eine hundertste Aufführung ihres Repertoirestücks ankommen lassen, gehört auch das Haus in der Behrenstraße, das seit Jahresfrist sich halb dem Brettl und halb der Ausstattungsoperette ergeben hat. Die „Verkehrte Welt", deren Jubeltag am Sonnabend war, zeigt bei dieser Gelegenheit, daß sie in der vortrefflichen Darstellung, die sie findet, auch noch eine Reihe fernerer Aufführungen vertragen kann. Ein gutes Specialitätenprogramm bildet die Einleitung zu dem lustigen Prunkstück. Unter den Artisten zeichnen sich aus die Trapezkünstler Helfina, die Excentrics Cosmos und das Jupiter-Trio. Als „Stern" des Programms gilt die französische Sängerin und Tänzerin Alice de Tender.

Orgelkonzert. Fräulein Hanna Kirchhoff, Fräulein Marie Albrecht, Herr Karl Nachs, der Hofmusikus Herr Karl Geist aus Weimar und der Organist der Charlottenburger Trinitatis-Kirche, Herr Wilhelm Schmidt, unterstützen den Orgelvortrag des Musikdirektors Otto Dienel in der Marien-Kirche am Mittwoch, den 11. April, mittags 12 Uhr. Es werden Kompositionen von Bach, Händel, Kiel, Merkel, Rheinberger ꝛc. für Orgel, Oboe, Englisch Horn und Gesang aufgeführt. Der Eintritt ist frei.

Feuerbericht. In der Nacht zum Sonntag hatte die Wehr kurz hintereinander bei zwei Bränden einzugreifen. Reichenbergerstr. 57 waren Gerümpel und Hölzer und Petersburgerstr. 76 Stoffe, Kleiderwaren, Regale u. dgl. in Brand geraten. In beiden Fällen nahm das Löschen längere Zeit in Anspruch. Kleinere Zimmerbrände erfolgten nach Klopstockstr. 7, Mückenstr. 79 und Gollnowstr. 2. Um blinden Lärm handelte es sich bei Alarmierungen nach Oranienstraße 109, Admiralstr. 81 und Wusterhausenerstr. 8.

Aus den Nachbarorten.

Zur Abstellung der größten Mißstände auf Bauten hat der Regierungs-Präsident zu Potsdam für den Geltungsbereich der Baupolizei-Ordnungen vom 5. Dezember 1892, vom 24. August 1897 und vom 22. August 1898, sowie für die Städte Potsdam, Brandenburg und Spandau soeben eine neue Polizeiverordnung erlassen. Sie bestimmt, daß bei Hochbauten, wenn einschließlich der Poliere und Lehrlinge mehr als 10 Personen zur Zeit der Rohbauausführung gleichzeitig beschäftigt sind, und ebenso bei von Unternehmern ausgeführten Tiefbauten, wenn an einer Baustelle mehr als 10 Personen länger als eine Woche gleichzeitig beschäftigt sind, Räume zur Unterkunft für die Arbeiter bei ungünstiger Witterung und in den Ruhepausen bereit gehalten werden müssen, die mindestens 2,20 Meter hoch anzulegen, mit dicht haltenden Wänden zu umschließen und mit einem wasserdichten Dache sowie mit Fenstern zu versehen sind. Sie müssen mindestens so groß sein, daß bis zu einer Gesamtzahl von 20 beim Bau dauernd beschäftigten Arbeitern auf jeden derselben eine Grundfläche von 0,75 Quadratmeter, auf jeden weiteren Arbeiter eine Grundfläche von 0,50 Quadratmeter entfällt, einen trockenen hölzernen Fußboden haben und sind auf Verlangen der Polizeibehörde mit Heizeinrichtungen zu versehen. Für die dauernd beschäftigten Arbeiter sind Sitzplätze einzurichten. Baumaterialien dürfen in den Unterkunftsräumen nicht gelagert werden. Bei Tiefbauten müssen die Unterkunftsräume so belegen sein, daß der Beschäftigungsort eines jeden Arbeiters von der Unterkunftsstätte der Regel nach höchstens 650 Meter entfernt ist. Bei Hochbauten müssen für die dauernd beschäftigten Arbeiter Aborte in solcher Anzahl vorhanden sein, daß ein Abort für höchstens 25 (!) Personen dient. Die Aborte müssen derartig eingerichtet sein, daß von außen nicht hineingesehen werden kann. Für Tiefbauten kann die Polizeibehörde die Herstellung solcher Aborte ebenfalls verlangen. Unterkunftsräume und Aborte müssen genügend erhellt sein und stets reinlich gehalten werden. Uebertretungen dieser Verordnung werden an dem Bauunternehmer, und wo ein solcher nicht vorhanden ist, an dem Bauherrn mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder entsprechender Haft geahndet.

Eine Familientragödie hat sich in Rixdorf abgespielt. Dort wohnte bis zum 1. d. M. in der Rosenstr. 21 der Töpfer Eichel mit seiner 38 Jahre alten Frau Auguste geb. Marquardt und den beiden 10 und 8 Jahre alten Töchtern Lucie und Hedwig. Die Leute lebten in geregelten Verhältnissen und bester Eintracht. Eine Erkrankung der Frau aber führte zu einer schrecklichen Katastrophe. Frau Eichel litt, wie sich herausstellte, an Krebs. Als sie das Krankenhaus verließ, um mit ihrer Familie am 1. d. M. nach der Bergstr. 148 überzusiedeln, war sie zwar etwas gebessert, hatte aber keine Hoffnung, jemals ganz wieder hergestellt zu werden. Die neue Wohnung wurde von Grund aus in Stand gesetzt. Frau Eichel jedoch, die durch ihren hoffnungslosen Zustand in nervöse Aufregung versetzt war, äußerte zu den Nachbarn, wenn die Wohnung fertig sei, werde sie auch fertig sein. Am Freitag in der siebenten Abendstunde ging Frau Eichel mit ihren beiden Kindern, an denen sie sehr hing, aus, um ihnen neue Schuhe zu kaufen. Ihr Mann wartete vergeblich auf die Rückkehr von Frau und Kindern. Als er auch am nächsten Tage nichts von ihnen hörte, zeigte er ihr Verschwinden der Polizei an. Seine Vermutung, daß sie zu Verwandten gegangen seien, stellte sich als irrig heraus. Unterdessen sah ein Arbeiter am Sonnabendnachmittag in dem abseits vom Verkehr gelegenen, an die Chaussee anstoßenden Teiche, der zu den Rixdorfer Eiswerken gehört, drei weibliche Leichen liegen, in denen erst später die der Frau Eichel und ihrer Kinder festgestellt wurden. Frau Eichel hat wohl zuerst ihre jüngere Tochter Hedwig hineingeworfen, denn deren Leiche lag etwas vom Ufer entfernt für sich allein im Wasser. Mit der älteren Tochter Emma zusammen sprang dann die Unglückliche selbst nach und ertrank mit ihr dicht am Ufer, wo die beiden Leichen aneinandergeschmiegt gefunden wurden. Die Leichen wurden zunächst in den Eiswerken untergebracht und dann nach der Halle des Gemeindefriedhofs übergeführt, nachdem die Persönlichkeiten und die Vorgänge festgestellt worden waren.

Der Oberfeuerwerker Eckmann von der königlichen Geschützgießerei in Spandau, der, wie bekannt, vor einiger Zeit verhaftet wurde, weil er ohne Wissen seiner vorgesetzten Behörde zu der Türkei in Beziehungen getreten war, indes wegen der Harmlosigkeit des Falles nur eine geringe Strafe erhielt, hat sich entschlossen, aus dem Militärverhältnis auszutreten. Er übernimmt eine Stellung an einem industriellen Unternehmen in Berlin. Seine Behörde hatte seine Versetzung zum Artilleriedepot in Küstrin verfügt; diesen Posten hat er jedoch nicht mehr angetreten.

Einen Kindesmord unter entsetzlichen Umständen soll das 28 Jahre alte Dienstmädchen Johanna Wegener begangen haben, das in Schöneberg, Eisenacherstraße 8 bei der verwitweten Geheimrat M. in Stellung war. Als Sonntagmorgen der Verwalter des Hauses Gossowstr. 1, Friseur Hackbarth, auf die Straße trat, um den Bürgersteig zu reinigen, bemerkte er dort abermals einen in braunes Packpapier gewickelten kleinen runden Gegenstand, den er schon am Sonnabend spät abends mitten auf dem Bürgersteig liegen gesehen, jedoch achtlos bei Seite gestoßen hatte. Er hob jetzt das Päckchen auf und wickelte das Papier ab, worauf er zu seinem Entsetzen den abgeschnittenen Kopf eines neugeborenen Kindes darin vorfand. Er brachte den grausigen Fund nach dem Polizeirevier-Bureau, von welchem sofort die Kriminalpolizei benachrichtigt wurde, die dann bei näherer Untersuchung des Packpapiers auf diesem die Aufschrift „Maentell, Eisenacherstraße 8" und an dem abgeschnittenen Hals des Kinds im Schlund ein Blatt von einem Abreißkalender vom 7. d. M., also dem letzten Sonnabend, vorfand. Die Beamten erfuhren bald, daß die Wegener der That verdächtig sei, und nach anfänglichem Leugnen gestand das Dienstmädchen auch, daß es bereits am 2. d. M. abends heimlich geboren und das Kind die Nacht über bei sich im Bett liegen gelassen zu haben. Am nächsten Morgen sei das Kind tot gewesen, und so habe sie beabsichtigt, es unauffällig zu beseitigen, weshalb sie es zerstückelt und zwar ihm den Kopf sowie die Arme abgeschnitten habe. Diese letzteren habe sie ins Klosett geworfen, während sie den Kopf am Sonnabendabend beim „Einholen" an der Ecke der Gossowstraße auf das Trottoir gelegt habe. Den übrigen Körper jedoch habe sie noch eingewickelt in ihrem Kasten liegen. Die darauf von den Beamten vorgenommene Untersuchung des Kastens förderte in der That den kleinen Leichnam in ein blaues Tuch gewickelt zu Tage, worauf dann die W., welche übrigens schon einmal ein Kind gehabt hat, das dann auch gestorben ist, verhaftet und nach Moabit gebracht wurde. Der noch gesundene Rumpf des Kindes wird der Obduktion unterzogen werden.

Aus Groß-Lichterfelde berichtet man uns: Am Freitag vergangener Woche verunglückte auf einem Neubau des Baumeisters Hausherr, Augusta- und Elisenstraßen-Ecke, der Maurer Jul. Böllert von hier, indem er vom oberen Stockwerk in die Treppen-Etage herabfiel. Er zog sich eine schwere Quetschung des Rückgrats zu. Die Schuld an dem Unglücksfall ist der schlechten Rüstung und dem Umstand zuzuschreiben, daß der Treppenflur vorschriftswidrig nicht abgedeckt gewesen ist. Sofort nach dem Unfall wurde nach dem hiesigen Amt um Requisition des Gemeinde-Krankenwagens telephoniert, worauf dem Anrufenden die ebenso liebenswürdige wie menschenfreundliche Antwort zu teil wurde, er möge den Wagen selbst besorgen; in fünf Minuten sei die Wohnung des Kutschers — die sich übrigens ganz in der Nähe des Rathauses befindet — mit der elektrischen Bahn zu erreichen! — Dabei muß aber bemerkt werden, daß die elektrische Bahn nur alle 20 Minuten verkehrt. Der Verunglückte blieb bis zur Abholung durch den Krankenwagen 3 Stunden liegen. Eine Untersuchung des Falls durch die Lokalbehörde hat bis Sonntag nicht stattgefunden.

Schönholz. Die Eingemeindung unsres Bezirks in den Gemeindebezirk Nieder-Schönhausen ist wiederholt Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen. Die Gemeindevertretung von Nieder-Schönhausen hat der Regierung erklärt, daß sie nicht abgeneigt sei, Schönholz einzuverleiben, vorausgesetzt, daß ihr ein Baarzuschuß von 80 000 M. gewährleistet würde. Die Bewohner von Schönholz haben sich nunmehr an die Regierung gewandt und den Wunsch ausgesprochen, dem Gemeindebezirk Reinickendorf einverleibt zu werden.

Tegel. Hierselbst hat eine Baugesellschaft das Terrain zwischen Tegel und Waidmannslust für Spekulationszwecke erworben. Den Wert der Gegend hofft man dadurch zu erhöhen, daß Geleise der Straßenbahn nach Waidmannslust gelegt werden. Ein elektrischer Bahnbetrieb wird dann die neu entstehende Kolonie mit der Berlin—Tegeler Bahn verbinden. Geplant wird die Errichtung von Häusern mit kleinen sogenannten Arbeiterwohnungen, wobei auf die Ansiedlung Berliner Arbeiter selbstverständlich stark gerechnet wird.

Das Katasteramt, welches die Amtsbezirke Reinickendorf, Tegel, Dalldorf ꝛc. bis Oranienburg umfaßt, wird am 1. Juli nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, nach Oranienburg, sondern nach Reinickendorf kommen.

Gekentert ist gestern nachmittag um 1/21 Uhr bei Karolinenhof ein Segelboot mit zwei Insassen. Der eine derselben, der Maurer Karl Sauer, ist ertrunken.

Gerichts-Zeitung.

Unter der Anklage, unzüchtige Bilder verkauft zu haben, stand gestern der Kurzwarenhändler Carl Liemann vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Anfangs Januar dieses Jahres erschien ein Kriminalbeamter in dem Geschäft des Angeklagten und ließ sich Transparent-Ansichtskarten vorlegen. Er fand darunter eine, die er wie die Behörde in sittlicher Beziehung für anstößig hielt. Im Termin behauptete der Angeklagte, daß er nur Großhandel betreibe. Als der Kunde Karten verlangt habe, sei ihm von der Verkäuferin eine Sammlung vorgelegt worden, die von einem Detaillisten zurückgesandt worden sei. Er selbst habe die fragliche Karte überhaupt nicht zu Gesicht gekommen. Er habe bei der Firma Stricker in München einen Posten von 150 000 Stück bestellt, die in Bündeln von je 100 Stück verpackt werden. In dieser Verpackung würden sie auch an den Kleinhändler wieder abgegeben. Er habe sich damit begnügt, den Lieferanten aufzugeben, nur solche Karten zu schicken, welche in München polizeilich nicht beanstandet seien. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß der Angeklagte für die von ihm verbreitete Ware verantwortlich und daß die fragliche Karte anstößig sei. Das Urteil lautete auf 20 M. Geldstrafe.

Eine aus drei Köpfen bestehende Gesellschaft von internationalen Taschendieben stand gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagten, der Schuhmacher Simon Feldbaum, die unverehelichte Rosalie Rotterömann und der zwölfjährige Sally Pinker wollen aus Warschau stammen und sich gegenseitig nicht kennen. Es ist über ihr Vorleben nichts zu ermitteln gewesen. Die als Zeugen vernommenen Kriminalbeamten bekundeten, daß sie alle drei Angeklagten mehrere Tage lang beobachtet hatten, wie sie in der Leipzigerstraße auf Taschendiebstähle ausgingen. Feldbaum, der, wie die meisten Taschendiebe, eine Pellerine trug, ließ seine Hand in die Taschen der zu bestehlenden Damen gleiten, während die beiden Mitangeklagten ihn deckten. Als es schließlich gelang, den Feldbaum auf der That zu ertappen, warf er das soeben gestohlene Portemonnaie in ein Gebüsch auf dem Dönhoffplatz. Es wurden bei Feldbaum mehrere hundert Mark Geld gefunden, die wahrscheinlich von Diebstählen herrührten, denn kurz vor der Verhaftung der 3 Angeklagten waren viele Diebstähle zur Anzeige gelangt, während solche später nicht mehr vorkamen. Der Gerichtshof konnte den Angeklagten Feldbaum nur wegen eines vollendeten und eines versuchten Diebstahls und die Rotterömann nur wegen Beihilfe verurteilen. Der erstere wurde zu einem Jahre, die letztere zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Knabe Pinker wurde freigesprochen, weil der Gerichtshof im Zweifel war, ob derselbe das strafmündige Alter bereits erreicht hatte.

Vermischtes.

Sieben Personen verbrannt. In Leipzig hat sich am Sonnabend ein großes Brandunglück ereignet: In der Celluloidfabrik von Engelmann u. Richter brach durch die Unvorsichtigkeit eines Lehrlings, der in einem Niederlagsraum des Kellers eine brennende Petroleumlampe fallen gelassen haben soll, plötzlich Feuer aus, welches im Augenblick den feuergefährlichen Inhalt des großen Etablissements ergriff und den ganzen Bau in wenigen Minuten in Flammen dastehen ließ. Der im oberen Stockwerk der Fabrik wohnenden Familie des Hausmanns Thäter war von dem wogenden Flammenmeer sofort jede Verbindung mit außen und jede Gelegenheit zur Rettung abgeschnitten. Der Ehemann sprang in der Verzweiflung zum Fenster hinab und blieb mit zerschmetterten Gliedern liegen. Als die Feuerwehr herbeieilte, stürzte das Etablissement bereits zum Teil zusammen. Außer der Frau und Tochter des Hausmanns Thäter wurden ein Buchhalter, ein andrer Mann, eine zweite Frau, ein Lehrling und ein Kind — insgesamt also sieben Personen in schrecklich verkohltem Zustand als Leichen zu Tage gefördert. Der Lehrling, welcher den Brand verschuldete, vermochte sich zu retten, er wurde schwerverletzt in das Krankenhaus geschafft.

Hochwasser wird von verschiedenen Seiten gemeldet: Dresden, 8. April. Wegen Hochwasser wird vom Montag, den 9. d. M. ab der Betrieb auf der ganzen Strecke der sächsisch-böhmischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft eingestellt. Die Elbe steigt infolge des Regens anhaltend. — Hirschberg i. Schl., 9. April. Nach zweitägigem Regenwetter und infolge Schmelzens des Schnees ist der Bober gestern früh stellenweise über die Ufer getreten und hat weite niedrig gelegene Wiesenstrecken überschwemmt. Das Wasser steigt sehr langsam. — Wien, 8. April. Infolge rapiden Schmelzens des Schnees und heftiger Regengüsse schwollen mehrere Zuflüsse der Donau an, wodurch in einigen Orten in der Umgebung von Wien und in einigen Bezirken Wiens ein namhafter Schaden angerichtet und Verkehrsstörungen herbeigeführt wurden. Auch aus mehreren Bezirken Mährens liegen Meldungen über Hochwasser vor. — Budapest, 8. April. Aus dem Oedenburger Komitat werden zahlreiche Hochwasserschäden gemeldet. Mehrere Ortschaften sind überflutet. In Repezelak wurden vom Bahndamm 220, in Repeze Szemere 100 Meter fortgeschwemmt. Der Bahnverkehr ist vielfach unterbrochen. Menschen sind bisher nicht zu Schaden gekommen.

In Köln sind Sonnabendabend in der Fußartillerie-Kaserne 7 durch Explosion eines Doppelzünders sechs Personen verletzt worden, ein Obergefreiter wurde tödlich verwundet. Die Kasernenstube wurde demoliert.

Knabenmord. Nach einer Meldung des „Crossener Wochenblatts" wurde in dem benachbarten Orte Treppelu der achtjährige Sohn des Häuslers Müller gestern abend ermordet aufgefunden. Man vermutet einen Lustmord. Als Thäter ist der Knecht Heinrich Müller verhaftet worden.

Wieder ein Warenhausbrand. Das erst am 4. April eröffnete Warenhaus der Gebrüder Alsberg in Worms ist am gestrigen Sonntag vollständig ausgebrannt. Das Feuer entstand durch das Herabfallen eines Lämpchen in einer Schaufenster-Dekoration. Der Feuerwehr gelang es, die benachbarten Gebäude zu retten. Menschen sind nicht verunglückt.

Eine Aufsehen erregende Mordthat wird aus der Pfalz berichtet: Die „Pfälzische Presse" meldet aus Zweibrücken am Luitpoldbach: Hier erschoß heute nachmittag Oberlieutenant Brückner zuerst die Frau Hauptmann Hansstingel und dann sich selbst.

Von einem fürchterlichen Wolkenbruch ist Mittel-Texas heimgesucht worden. Das Land ist weithin überschwemmt. Eine 17 Meilen nördlich von Austin befindliche Eisenbahnbrücke wurde von den Fluten weggerissen. Infolge dessen stürzte ein von Saint-Louis kommender Eilzug in die Tiefe, wobei viele Personen ums Leben gekommen sein sollen. — Nach weiteren Meldungen aus Mittel-Texas ist infolge des Wolkenbruchs ein großer Materialschaden verursacht. Etwa 40 Menschen haben das Leben eingebüßt. Der Damm des Coloradoflusses in Austin ist gebrochen; das große Reservoir hat sich über das Land ergossen. Viele Häuser sind zerstört. Infolge des Sturzes des Eisenbahnzuges von der Brücke bei Austin sind Menschen nicht verunglückt.

Briefkasten der Redaktion.

B. B. 100. Seit der 192. Lotterie im Jahre 1895 gewinnt genau jedes zweite Los.

Alexis 112. 1. Ja. 2a. Ja, gleichzeitig ist Einstellung der Zwangsvollstreckung zu beantragen. 2b. Nein. 3. Nein, überhaupt nicht.

H. Sch., Mühlenstr. Schwach gebaute Brust.

F. G. 3. Normale Schschärfe. Körperschwäche durch zurückgebliebene Entwicklung.

Rummelsburg 2. Wir bitten die Anfrage zu wiederholen.

Schwargendorf 7. Der Ausgang des Prozesses hängt davon ab, welchen Preis der gerichtliche Sachverständige für angemessen hält.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.